Mittwoch, 17. August 1983 · D ***

Axel Springer Verlag AG, [illegible] 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme [illegible] twig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347 [illegible] blatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 190 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 100,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Andropow verlangt Reformen: Noch vor dem nächsten Fünf-Jahres-Plan sollen in der sowjetischen Wirtschaft drastische Reformen greifen, erklärt Staats- und Parteichef Andropow vor Partei-Veteranen. Er kündigt indirekt auch Verbesserung des Lebensstandards als Anreiz für Wirtschaftstätigkeit an.

Vorstoß Vogels: Der SPD-Fraktionschef hat in einem Brief an Bundestagspräsident Barzel Einladungen des Bundestags an eine Delegation der „DDR"-Volkskammer vorgeschlagen. Der Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses, Reddemann (CDU), warnte vor Profilierungssucht auf diesem Gebiet und nannte Vogels Vorstoß „töricht und schädlich".

Honecker in Warschau: Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende ist zu einem dreitägigen Besuch nach Polen gereist. Er wurde von Staatschef Jablonski und Ministerpräsident Jaruzelski begrüßt.

Versammlungsverbot in Danzig: Die polnischen Behörden haben ein einmonatiges Versammlungsverbot über das Gebiet Danzig verhängt. Dies gilt als Reaktion auf das Ultimatum der Untergrund-Gewerkschaft Solidarnosc, bis zum 22. August Verhandlungen aufzunehmen.

Versöhnungsplan Nkomos: Der nach Zimbabwe aus freiwilligem Exil zurückgekehrte Oppositionsführer hat Regierungschef Mugabe einen Plan zur nationalen Versöhnung vorgelegt.

Gefechte in Kabul: Von den schwersten Gefechten in der afghanischen Hauptstadt seit dem Einmarsch sowjetischer Truppen Ende 1979 berichten westliche Diplomaten in den Nachbarländern Afghanistans.

Shamir bei Ceausescu: Israels Außenminister Shamir ist in Bukarest vom rumänischen Staatschef empfangen worden. Rumänien bemüht sich um eine internationale Nahost-Konferenz.

Moshe Arens in Libanon: Überraschend ist Israels Verteidigungsminister Arens zu Gesprächen mit libanesischen Politikern nach Beirut gereist.

Manöver-Beobachter: Honduras hat seine Nachbarstaaten – auch Nicaragua – eingeladen, Beobachter zu den gemeinsamen Manövern Honduras–USA zu entsenden.

Peking–Moskau: Chinas Führung hat ihr Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion bekräftigt. Parteichef Hu Yaobang zu japanischen Journalisten: Hoffnung auf „Normalisierung".

Heute: US-Senatoren besuchen die UdSSR; sie werden von Andropow empfangen. – USA und Japan beraten in Tokio über Transfer von Verteidigungs-Technologie. – In der Nacht zum Mittwoch will Chiles Regierung „wichtige Entscheidungen" bekanntgeben.

ZITAT DES TAGES



» Eine unverfrorenere Aufforderung an den Wähler, die Katze im Sack zu kaufen, habe ich eigentlich selten gehört. Und hier heißt der Sack Börner, und die Katze ist grün. «

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) zur Wahlaussage der SPD-Hessen

FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Benzinpreis: Nach Texaco erhöhen Aral, BP und Esso um drei Pfennig. Der Benzinverbrauch stagnierte im ersten Halbjahr bei knapp 22 Millionen Tonnnen trotz Zunahme der Benzinwagenzahl um ein Prozent.

VW: 150 Lehrplätze über die bisherigen Steigerungen hinaus neu eingerichtet.

Lambsdorff: Wenn Bonn konsequent weiterspart, ist zumindest eine relative Unabhängigkeit gegenüber den US-Zinsen möglich, erklärt der Wirtschaftsminister.

Achtprozenter-Tender: Der Bund begibt achtprozentige Kassenanleihen gegen Kursangebote.

RWE: Deutschlands größtes E-Werk verzeichnet im Geschäftsjahr 1982/83 (30. Juni) erstmals Absatzrückgang um 2,3 Prozent auf 116,2 Milliarden kWh.

Golf: VW erhofft vom neuen Golf Ertragsanstieg. Konzernumsatz im ersten Halbjahr nur von 20 auf 20,115 Milliarden DM gestiegen.

MAN: Verlust von 300 Millionen DM (durch „außerordentliche Erträge" auf 150 Millionen bereinigt) im Geschäftsjahr 1982/83 nach plus 31,7 im Jahr davor.

Argentinien: Britische Zustimmung zu 1,5-Milliarden-Anleihe nach Freigabe aller im Falkland-Krieg eingefrorenen britischen Guthaben.

Staatsbetriebe: Mittelstands-Verband kritisiert Wettbewerbsvorteil der Betriebe der öffentlichen Hand (17 Prozent) durch Steuerbefreiungen.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern uneinheitlich. Die Rentenmärkte profitierten erneut vom sinkenden Dollarkurs. WELT-Aktienindex 141,4 (141,3); Dollarmittelkurs 2,6772 (2,7114) Mark; Goldpreis je Feinunze 419,75 (416,00) Dollar.

KULTUR

Polen: In einem neuen, illegalen Verband „Solidarität der Kreativen" gehen Künstler auf Konfliktkurs zum Jaruzelski-Regime.

Bad Hersfeld: „Ohne Erbitterung" scheidet der Intendant der Hersfelder Festspiele, Hans Gerd Kübel, aus seiner Tätigkeit.

Jerusalem: Überreste aus der ersten Besiedlung vor 5000 Jahren im umstrittenen Grabungsgebiet des Kidrontales entdeckt.

SPORT

Motorsport: Rallye-Weltmeister Walter Röhrl, in dieser Saison beim italienischen Werk Lancia unter Vertrag, wechselt zu Audi.

Leichtathletik: Eine Osloer Zeitung meldet, Sprint-Weltmeister Carl Lewis habe sich in Helsinki durch Doping gesteigert.

AUS ALLER WELT

Turbolader: Chrysler hat mit der Produktion der ersten Turbolader-Sportwagen mit Vorderrad-Antrieb in den USA begonnen.

Kein Paßzwang in Marokko: Einwohner der Bundesrepublik und West-Berlins werden in Marokko demnächst mit dem Personalausweis einreisen können.

Wetter: Weiterhin sommerlich warm. An der Küste zeitweise bewölkt. Temperaturen bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Sowjetwirtschaft: KP-Chef Andropow fordert Abkehr von „alten Ideen"

Was heißt „Umdenken" auf allen Entscheidungsebenen? / Für Anreize

KLAUS JONAS, Bonn

Die sowjetische Wirtschaft soll offenbar erheblich drastischer reformiert werden als im Westen bisher angenommen wurde. Das geht aus Äußerungen des Staats- und Parteichefs Jurij Andropow hervor, in denen dieser in aller Deutlichkeit eine Abkehr von den bisher starren Management-Mechanismen der Planwirtschaft und ein Umdenken auf allen Entscheidungsebenen forderte.

Andropow wies in einer Rede vor Parteiveteranen in Moskau darauf hin, daß die Sowjetunion „in eine neue Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung" getreten sei, in der die gewachsenen Möglichkeiten und die gewachsenen Bedürfnisse der Menschen die Notwendigkeit diktierten, das Niveau der gesamten ökonomischen Tätigkeit zu heben. Das könne nur durch einen „reibungslos funktionierenden, gut eingespielten Mechanismus" erreicht werden, der die Abkehr von „alten Ideen und Gewohnheiten zugunsten von neuen" erforderlich mache.

In einer indirekten Kritik an seinem Vorgänger Breschnew wies Andropow darauf hin, daß die von den letzten Parteitagen gestellten Aufgaben bei weitem nicht erfüllt seien, und daß oft nicht energisch genug nach Wegen zur Lösung der neuen Aufgaben gesucht worden sei. Jetzt gelte es, das Versäumte nachzuholen. „Das erfordert neben allem anderen Veränderungen in der Planung und Leitung sowie im Wirtschaftsmechanismus. Und wir sind verpflichtet, solche Veränderungen zu vollziehen, um sozusagen voll gewappnet den neuen Fünfjahresplan zu beginnen." Bei alledem, müsse man jedoch „zutiefst vorsichtig" vorgehen.

Andropows Rede ist der einstweilige Höhepunkt einer seit Monaten laufenden Kampagne der Partei, in der mit dem Ziel höherer und besserer Produktion, Führungskräfte und Arbeiter *aufgefordert werden,* mehr Eigeninitiative zu zeigen, mitzudenken, Konkurrenzgeist und Freude an der eigenen Arbeit zu entwickeln und für diese Leistung dann auch entsprechend bezahlt zu werden. In einem am 1. Januar beginnenden Wirtschaftsexperiment sollen einige Fabriken und Produktionsbetriebe in der Ukraine, Litauen und Weißrußland probeweise mehr Eigenverantwortung in allen Bereichen erhalten.

Andropow ging in seiner Rede auch auf Bedenken ein, daß der Prozeß der Modernisierung der Wirtschaft nicht ohne Veränderungen der Gesellschaft vorangehen könne. Er sagte: „Mit Recht reden wir von der ideologischen Sicherstellung der wirtschaftlichen Arbeit. Doch nicht geringere, besser wohl größere Bedeutung, hat die wirtschaftliche oder, weiter gefaßt, die soziale Sicherstellung der ideologischen Arbeit. Denn jede Art von Unordnung, Mißwirtschaft, Gesetzesverletzungen, Raffsucht und Korruption entwerten die Arbeit tausender Propagandisten. Wenn wir also von der Verbesserung der ideologischen Arbeit reden, haben wir eine komplexe, vielschichtige Aufgabe vor uns, deren Lösung *aktives Handeln in allen Richtungen* voraussetzt. Und das gilt nicht nur für die Ideologie. Jede große Aufgabe erfordert eine komplexe Lösung, die sowohl geistige als auch materielle und organisatorische Faktoren berücksichtigen muß."

Scharf kritisierte Andropow erneut Schmarotzertum, Passivität und Undiszipliniertheit bei der Arbeit. Derartige Erscheinungen müßten „ent-

Fortsetzung Seite 8

„Sparpolitik gegen hohe US-Zinsen"

Lambsdorff erwartet keine Änderung der Wirtschaftspolitik Washingtons vor Wahlen '84

DW. Bonn

Wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre Sparpolitik konsequent fortsetzt, ist zumindest ein „relatives Maß von Unabhängigkeit" gegenüber den hohen Zinsen der USA möglich. Darauf wies Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) gestern im Deutschlandfunk hin. Lediglich zu klagen und zu kritisieren, führe nicht weiter.

Der Minister hält es für „realistisch, wenngleich für unerfreulich", daß sich die amerikanische Politik bis zu den Präsidentschaftswahlen im November 1984 nicht ändere. „Darauf haben wir uns einzustellen", meinte er. Natürlich wäre es ihm lieber, wenn die US-Wirtschafts- und Haushaltspolitik mehr Rücksicht auf die Partner in der Welt nähme.

Für nutzlos halte er den Vorschlag des CDU-Bundestagsabgeordneten Hauser, zusammen mit anderen Teilnehmern des Weltwirtschaftsgipfels (im Williamsburg Ende Mai) in Washington vorstellig zu werden und auf Abbau des riesigen Haushaltsdefizits und damit der hohen Zinsen zu drängen: „Herr Hauser ist in doppelter Hinsicht auf dem Holzwege", sagte Lambsdorff.

Zum einen sei „leider" in Williamsburg keineswegs beschlossen worden, das Defizit abzubauen und damit die Zinsen zu drücken. Vielmehr hätten die Amerikaner erklärt, die Zinsen hätten mit ihren hohen Haushaltsdefiziten nichts zu tun. Schon in Williamsburg habe er am Konferenztisch gesagt, diese Argumentation könne man den Partnern ernsthaft nicht „verklickern". Die Deutschen könnten sich also keineswegs darauf berufen, die Amerikaner hätten Wohlverhalten versprochen.

Der Vorschlag Hausers sei auch deswegen nutzlos, weil der CDU-Abgeordnete übersehen habe, daß alle Regierungen, die in Williamsburg dabei waren, öffentlich und nichtöffentlich unablässig in Washington vorstellig geworden seien, die US-Politik zu ändern. „Wir werden uns realistischerweise damit abzufinden haben", meinte der Minister.

Deswegen gelte es, die eigenen Anstrengungen fortzusetzen und die Bundesrepublik Deutschland „so unabhängig wie irgendwie möglich" von der amerikanischen Zins- und Konjunkturentwicklung zu machen. Dazu gehöre es, die Grundtatsachen deutscher Wirtschaftspolitik in Ordnung zu bringen. Man solle dafür sorgen, daß die Preise nicht steigen, die Defizite nicht uferlos werden und die Leistungsbilanz „bei uns stimmt". „Das bedeutet ein jedenfalls relatives Maß von Unabhängigkeit auch von der Zinsentwicklung in den USA."

Seite 2: Die eigenen Muskeln
Seite 9: Devisenhandel

Morde an Kroaten vor Aufklärung?

Bayern: Belgrader Agent stellt sich / An Vorbereitungen zu Mordanschlägen beteiligt

WERNER KAHL, Bonn

Ein langjähriger Agent des jugoslawischen Geheimdienstes, der nach eigenen Angaben an den Vorbereitungen zahlreicher Mordanschläge gegen führende Exil-Kroaten in Deutschland, Frankreich und der Schweiz beteiligt war, hat sich der Polizei in Bayern gestellt. Von den Aussagen des 37jährigen Überläufers aus Belgrad erwarten die Sicherheitsbehörden erstmals Aufklärung über die bisher nur vermutete Rolle des kommunistischen Geheimdienstes in der Mordserie, der seit 1965 nach der neuesten Statistik des Bundeskriminalamtes bisher 35 Exil-Jugoslawen zum Opfer gefallen sind.

Der Ermittlungsrichter des Bayerischen Obersten Landesgerichts, der inzwischen Haftbefehl erließ, ordnete zugleich Schutzmaßnahmen für den geständigen ehemaligen Agenten (der Name ist der Redaktion bekannt) gegen mögliche Racheakte an. Nach seiner Einreise 1970 als Gastarbeiter in die Bundesrepublik Deutschland hatte der Jugoslawe zwei Jahre später politisches Asyl beantragt. Seit 1973 setzte ihn der geheime Nachrichtendienst „Sluzba Drzavne Bezbednosti" (SDB) – unter der alten Bezeichnung „UDBA" besser bekannt – zum Aufspüren von Gegnern des Regimes ein. Er hatte Auftrag, die persönlichen Verhältnisse und Lebensgewohnheiten führender Mitglieder exilkroatischer Vereinigungen festzustellen. Der Geheimdienst zahlte dafür monatlich zweitausend Mark.

Trotz mehrerer Ermittlungsverfahren und des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung erhielt der Agent 1974 durch die deutschen Behörden die Anerkennung als politischer Flüchtling. Innerhalb der kroatischen Emigrationsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland trat er seit dieser Zeit als Agitator gegen das Regime in der Heimat auf und forderte gewaltsame Aktionen gegen staatliche jugoslawische Einrichtungen in Deutschland.

In den Vernehmungen kommt jetzt zur Sprache, welche Personen der jugoslawische Geheimdienst unter Einschaltung des geständigen Agenten aus dem Wege räumen ließ. 1978 hatte er den Auftrag erhalten – aber nach seinen Angaben abgelehnt – den führenden Exilkroaten Busic zu erschießen, oder in eine Falle zu locken, wo ein bezahlter Killer die Liquidierung übernehmen würde. Busic wurde am 16. Oktober in Paris erschossen. Weitere Mordfälle, mit denen der Jugoslawe in Verbindung gebracht wurde, waren die Erschießung des Exil-Kroaten Ante Kostic 1981 in München sowie des im Schweizer Asyl lebenden Stanko Nizic an seinem Arbeitsplatz in Zürich. Die Justiz prüft ferner Hinweise aus anderen Quellen auf eine mögliche Mittäterschaft des Ex-Agenten bei der Ermordung von Nikola Milisevic 1979 in Frankfurt, Du an Serdlar (dem 72jährigen Führer der Serben) 1980 in Düsseldorf sowie bei dem gescheiterten Mordanschlag auf den Gastwirt Luka Kraljevic 1982 im Kreis Dillingen.

Das vorerst letzte Opfer des Untergrundkampfes auf deutschem Boden, der 57jährige Verleger und frühere jugoslawische Mineralöl-Marketingchef Stepan Durekovic, wurde am 29. Juli dieses Jahres erschossen in seiner Druckerei in Wolfratshausen aufgefunden. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Benno Erhard, der kürzlich die Eindämmung der illegalen Tätigkeit ausländischer Geheimdienste auf deutschem Boden gefordert hatte, erklärte gestern auf Anfrage der WELT: „Es wird endlich bestätigt, daß die An*haltspunkte,* der *jugoslawische* Geheimdienst könnte seine Hand im Spiel haben, nicht Vermutungen gewesen sind."

OAU will in Tschad vermitteln

Abzug aller fremden Truppen verlangt / Rebellen rücken nicht vor / Libyen verstärkt Truppen

rtr/AFP, Brazzaville/N'djamena

Der Vorsitzende der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU), Äthiopiens Staatschef Mengisto Haile Mariam, soll sich als Vermittler um einen Waffenstillstand im Tschad-Konflikt bemühen. Mengisto wurde dazu von einem informellen Treffen elf afrikanischer Staats- und Regierungschefs in Brazzaville beauftragt. Der in der Nacht auf gestern veröffentlichten Erklärung schloß sich nur Zaires Präsident Mobutu Sese Seko nicht an, der die tschadische Regierung mit Truppen unterstützt und auf einer Verurteilung der libyschen Intervention bestand. In der Stellungnahme wird vor einer weiteren Internationalisierung des Konflikts gewarnt, der politisch und nicht militärisch gelöst werden solle, und es wird der Abzug aller fremden Truppen verlangt.

Nachdem der Norden Tschads von den Rebellen erobert worden ist, rücken die Aufständischen unter Ex-Präsident Goukouni Weddeye zur Zeit nicht weiter vor. Nach Angaben des tschadischen Informationsministers Mahamat Soumaila bauen die Regierungstruppen von Salal im Osten bis Abeche im Westen eine neue Verteidigungslinie auf.

Inzwischen hat Frankreich sich bereit erklärt, die Hilfe für die bedrängten tschadischen Regierungstruppen weiter zu verstärken. Informierte Kreise erwarten, daß bis Ende der Woche möglicherweise tausend Mann in Tschad stünden. Wie die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS unter Berufung auf Geheimdienstquellen meldet, soll Frankreich inzwischen zwölf seiner in Afrika stationierten „Jaguar"-Kampfflugzeuge so verlegt haben, daß das Kampfgebiet in Tschad in ihrem Einsatzbereich liegt. Ihr Einsatzradius werde durch Tankflugzeuge erhöht.

Nach Informationen des amerikanischen Außenministeriums hat auch Libyen inzwischen weitere Truppen und schwere Waffen nach Tschad entsandt. Wie Außenamtssprecher Allen Romberg dazu mitteilte, befänden sich derzeit bereits 2500 Libyer in Tschad. Zugleich gebe es Anzeichen dafür, daß Libyen auch verstärkt Kampfhubschrauber, Panzer, gepanzerte Truppentransporter, Lastwagen, Artillerie sowie Raketenwerfer in den zentralafrikanischen Staat entsende. Außerdem soll sich mindestens ein sowjetischer Offizier in Tschad aufhalten, der die libyschen Truppen beim Einsatz der von Moskau gelieferten Flag-Raketen-Batterien berate.

Seite 5: „Operation Manta"

DER KOMMENTAR

Briefträger

HEINZ BARTH

Wir hatten immer gehofft, daß im feinmechanischen Charme Hans-Jochen Vogels neben einem Köcher voll semantischer Widerhaken auch die festen Überzeugungen eines erprobten Parlamentariers versteckt sind. Nach diesem Versteck brauchen wir nicht länger zu suchen. In einem Schreiben an Bundestagspräsident Barzel verblüffte er uns mit dem ungewöhnlichen Vorschlag, eine Delegation der Ostberliner Volkskammer nach Bonn einzuladen. Er führte damit einen Auftrag aus, den ihm Erich Honecker bei der Unterredung, die er ihm schon im Mai gewährte, mit auf den Weg gegeben hatte.

Vogel hat lange gebraucht, uns mit diesem Vorschlag zu überraschen. Genau gesagt: bis kurz vor der Hessenwahl. Als erstes drängt sich die Frage auf, warum Honecker nicht selbst eine Vertretung des Bundestages einlädt, sondern sich die Einladung auf dem Umweg über die SPD bestellt. Es kann Vogel unmöglich entgangen sein, daß er als Briefträger mißbraucht wurde, weil sich Honecker nicht dem Prestigeverlust der zu erwartenden Ablehnung aussetzen wollte.

Da fragt man sich, wie fein mechanisiert das politische Gespür des SPD-Fraktionschefs eigentlich ist. Daß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" Kontakte auf Regierungsebene bestehen müssen, entspricht dem Zwang der Wirklichkeit. Daß sie auch auf der Parteiebene nicht immer zu umgehen sind, ist zu bedauern, aber nicht zu vermeiden. Hingegen wäre es eine erschreckende Instinktlosigkeit, würde Vogel wirklich glauben, was er sagt – nämlich daß er kein „Hindernis" sehe für das, was man nur Kumpelei zwischen den Parlamentariern einer gestandenen Demokratie und den Marionetten einer „Volks"-Kammer nennen kann, bei der die Lüge schon mit dem Namen anfängt.

Da wir Hans-Jochen Vogel nicht Unverständnis für die Demokratie vorwerfen möchten, bleibt nur die Feststellung, daß er leichtfertig mit ihr umspringt. Glaubt er wirklich, damit Eindruck auf die linken Wähler der Grünen in Hessen zu machen? Es ist sein spezielles Pech, daß ihm die Demagogie so leicht aus der Hose rutscht wie ein offenes Hemd im Sommer.

Barzel: Kontakt zur Volkskammer problematisch

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) steht Vorschlägen für die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der „DDR" kritisch gegenüber. Solche Beziehungen dürften keinesfalls das Interesse Berlins berühren und sie setzten ein Mindestmaß an Freizügigkeit auch für die Abgeordneten voraus. Mit diesem Hinweis auf die Auffassung Barzels reagierte der Bundestag gestern auf die Aufforderung von Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, förmliche Kontakte zur Volkskammer der „DDR" aufzunehmen. Das Schreiben Vogels wurde veröffentlicht, ehe es bei Barzel eintraf. Es wurde inzwischen dem in Urlaub weilenden Parlamentspräsidenten nachgesandt.

Vogel schlägt darin vor, eine Delegation der „DDR"-Volkskammer nach Bonn einzuladen. Vogel hat unter Hinweis auf sein Gespräch mit SED-Generalsekretär Honecker Ende Mai hinzugefügt, er gehe davon aus, daß eine solche Einladung angenommen werden würde. Der Hinweis auf Berlin, den Barzel gegeben hat, muß im Zusammenhang mit der Entscheidung der Volkskammer gesehen werden, ihre Berliner Abgeordneten mit den übrigen gleichzustellen. Außerdem tagt die Volkskammer in Ost-Berlin und will damit den Hauptstadtanspruch untermauern. Deshalb, so hatte Barzel geraten, sollte man „sorgfältig und möglichst leise" darüber nachdenken, ob der Bundestag seine Beziehungen zur Volkskammer ausbauen könne.

Harte Antwort auf Walesas Ultimatum

AFP, Warschau

Die Warschauer Behörden haben gestern für die Woiwodschaft Danzig ein absolutes Demonstrationsverbot verfügt. Jede „illegale Versammlung und Kundgebung" sei ab sofort bis zum 15. September untersagt, hieß es von offizieller Seite. Für Zuwiderhandlungen wurden Schnellverurteilungen nach den geltenden Sondergesetzen angedroht. Die Kirche wurde gewarnt, ihre Kultstätten nicht für „religionsfremde" Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Verbot reagierte Warschau offenbar auf die jüngste Initiative des Arbeiterführers Lech Walesa. Dieser hatte am Tag zuvor seine bisherige Zurückhaltung aufgegeben und hatte eine deutliche Forderung an die Behörden in Warschau gestellt. Vor den Toren der Danziger Lenin-Werft, im Beisein von rund 500 Arbeitern, verlangte Walesa, die Regierung müsse bis Montag nächste Woche mit der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" Gespräche über eine Verwirklichung der Danziger Abkommen vom August 1980 aufgenommen haben. Andernfalls werde landesweit ein Bummelstreik durchgeführt. Die Aktion werde dann zwischen dem 22. und dem 31. August durchgeführt werden.

Die Verhärtung des Arbeiterführers und der Untergrund-„Solidarität" erfolgt zwei Wochen vor dem dritten Jahrestag der Danziger Abkommensunterzeichnung, mit der die Staatsführung die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft und eine soziale Erneuerung in Aussicht gestellt hatte.

Nkomo will in Zimbabwe um sein Mandat kämpfen

Oppositionschef wieder in Harare

AP/rtr/dpa, Harare

Oppositionsführer Joshua Nkomo ist nach fünfmonatigem Exil in Großbritannien gestern nach Harare, der Hauptstadt Zimbabwes, zurückgekehrt. Bei seiner Ankunft auf dem Flughafen wurde der 66 Jahre alte Führer der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU) von etwa 50 Anhängern mit dem ehemaligen Schlachtruf der ZAPU-Guerrillas, „Si, Si", begrüßt. Zu dem Empfangskomitee gehörte auch Staatsminister John Nkomo vom Amt des Ministerpräsidenten.

„Ich werde wie ein Löwe nach Zimbabwe kommen und nicht wie ein Lamm", hatte Nkomo am Sonntag in London angekündigt. Damit spielte er auf eine für heute im Parlament von Zimbabwe geplante Debatte an, bei der ihm die Regierungspartei das Mandat als Volksvertreter wegen zu langer Abwesenheit entziehen will. Das britische Innenministerium hatte Nkomo erst am Freitag seine Aufenthaltserlaubnis verlängert. Nkomo, der vor fünf Monaten seine Zuflucht in der britischen Hauptstadt damit begründet hatte, Regierungschef Robert Mugabe wolle ihn umbringen lassen, hat nach eigenen Worten keine Sicherheitsgarantie erhalten. Die halbamtliche Nachrichtenagentur Zimbabwes, IANA, meldete jedoch kurz vor seinem Abflug, die Polizei plane kein Vorgehen gegen ihn.

Nach seinen eigenen Worten will sich der zimbabwische Oppositionsführer mit der Regierung von Ministerpräsident Mugabe politisch arrangieren. Wenige Stunden nach seiner Rückkehr gab er auf einer Pressekonferenz bekannt, er habe in London einen Plan für eine mögliche Lösung der Probleme Zimbabwes ausgearbeitet.

Nach Ansicht Londoner Beobachter benötigt Mugabe die Unterstützung Nkomos, um Ordnung in das politische Chaos des jungen Staates zu bringen. Während des Bürgerkriegs gegen das weiße Minderheitsregime von Rhodesien, wie Zimbabwe damals hieß, waren die Guerrilla-Truppen APU Nkomos und der ZANU Mugabes miteinander eng verbündet gewesen. Nach Erlangung der Unabhängigkeit kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Gefolgsleuten der beiden Politiker.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die eigenen Muskeln
Von Peter Gillies

Der Kurs des amerikanischen Dollars ist wieder unter die 2,70-DM-Marke gefallen. Ende eines Höhenflugs? Dieser Schluß ist zumindest verfrüht. Der Dollarfall um rund dreieinhalb Pfennig ist die Reaktion auf die unerwartet schwache Ausdehnung der Geldmenge in der ersten Augustwoche. Dieser Indikator ist jedoch wetterwendisch und keineswegs geeignet, fundamentale Trends zu untermauern.

So spricht vieles dafür, daß der Dollar begehrt und teuer bleibt. Am hohen Defizit im US-Haushalt ändert sich nichts, die amerikanische Konjunktur steuert weiter Erholungskurs, in den Vereinigten Staaten winken weiter hohe Zinsen für die ausländischen Anleger. Sie finanzieren bereits rund ein Fünftel des US-Defizits – und sie tun es gerne. Der Spielraum für weitere Dollarsteigerungen ist freilich gering, denn wer sich von den hohen Zinsen jenseits des Teiches zu fast 2,70 DM in den Dollar locken läßt, könnte leicht das Währungsrisiko vernachlässigen.

Fast könnte man zur Tagesordnung übergehen, denn eine unterbewertete Mark stützt den deutschen Export (verteuert freilich die Einfuhren) – wenn nicht der Zinssog wäre. Für eine Volkswirtschaft, die gerade Anlauf zu einem Aufschwung nimmt, sind steigende Zinsen das schiere Gift.

Schicksalhafte Zinsknechtschaft? Der Bundeswirtschaftsminister verwies gestern zu Recht darauf, daß Klagerufe und wiederkäuende Kritik das Problem nicht lösen. Realistisch sei vielmehr, sich darauf einzustellen, daß die USA ihren Kurs beibehielten, mutmaßlich sogar bis zum Herbst 1984, wo der Präsident gewählt wird.

Das bedeutet freilich keineswegs, daß bei uns die Zinsen nicht sinken könnten. Dazu müssen wir, wie Lambsdorff es ausdrückte, „unser Schicksal in unsere eigenen Hände nehmen". Im Klartext heißt dies: weitere Inflationsbekämpfung, Abbau der noch immer viel zu hohen Staatsschulden, Augenmaß beim Sozialkonsum, weitere Aktivierung unserer Leistungsbilanz.

Auf diesem Weg ist die deutsche Wirtschaft schon weiter, als dies die internationalen Finanzmärkte zur Kenntnis nehmen. Die deutsche Leistungsbilanz dürfte nach Schätzungen in diesem Jahr mit einem doppelt so hohen Aktivsaldo abschließen wie 1982. *Eine Inflationsrate mit einer Zwei vor dem Komma* weist Stabilität aus, die Auftragsbücher füllen sich stetig, die Produktion zieht an.

Wenn diese fundamentalen Daten sich herumsprechen – und keine politischen Einflüsse sie zerstören –, könnte die Mark alsbald wieder unter Aufwertungsdruck geraten. Das aber bedeutet Abkoppelung vom US-Hochzins und Einleitung weiterer Zinssenkungen bei uns. Wer also den Aufschwung will, muß die eigenen Muskeln trainieren.

Krankheit und Konjunktur
Von Martin Bergmann

Der Krankenstand in den Betrieben ist gesunken. Er betrug zur Jahresmitte bei den Ortskrankenkassen 4,62 Prozent, im Wachstumsjahr 1980 dagegen rund sechs Prozent. Treibt die Angst um den Arbeitsplatz Tausende von Beschäftigten an die Werkbank – zum Schaden ihrer Gesundheit?

Diese Auslegung wäre verwegen. Schon immer spiegelte der Krankenstand auch konjunkturelle Höhen und Tiefen wider. Im Boom neigten Arbeitnehmer wie Ärzte zu etwas großzügigerer Ausfertigung von Krankmeldungen, in der Rezession zögerten sie damit.

Die Grenze zwischen Gesundheit und Kranksein ist fließend. Mancherlei Unpäßlichkeit – von der neuro-vegetativen Störung über die Erkältung bis zum „dicken Kopf" – kann das eine wie das andere sein. Hier hängt es von der Selbsteinschätzung des Arbeitnehmers und der Entscheidung seines Arztes ab, ob eine Krankmeldung erfolgt oder nicht.

Die allgemeine Konjunkturlage prägt dieses Ermessen. Kämpft der Betrieb ums Überleben, drohen ihm rote Zahlen oder gar Arbeitsplatzverluste, stellt es einen Beitrag zur Kostensenkung und Arbeitsplatzerhaltung dar, wenn man trotz Unpäßlichkeit am Arbeitsplatz erscheint.

Vielleicht aber haben strukturelle Gründe die konjunkturellen Wirkungen verstärkt. Das Kostenbewußtsein ist allgemein gewachsen, der Sozialstaat wird kritischer beobachtet, die Ärzteschaft zur Senkung der Gesundheitskosten ermuntert. Nicht vergessen sei auch die verbesserte arbeitsmedizinische Betreuung. Vom gewachsenen Kostenbewußtsein profitieren letztlich alle – durch Senkung der Krankenkassenbeiträge.

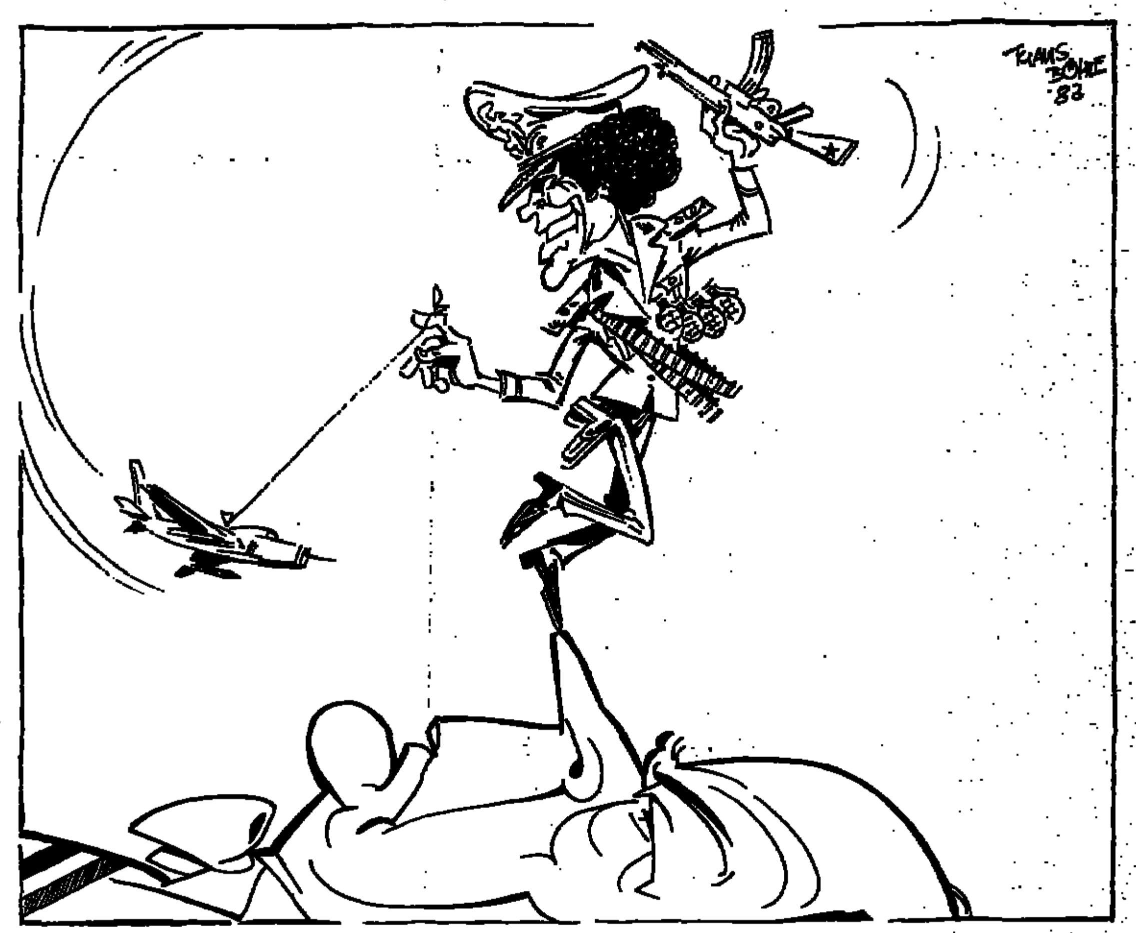
Von Freisler bis Honecker
Von Jörg Bernhard Bilke

In Ost-Berlin konnte kürzlich ein Mann seinen 90. Geburtstag feiern, dem Erich Honecker persönlich ein begeistertes Glückwunschschreiben sandte: Arno von Lenski, 1939/42 ehrenamtlicher Richter an Roland Freislers Volksgerichtshof, 1942/43 eneralmajor der Wehrmacht an der Ostfront, neun Jahre später Generalmajor der „Kasernierten Volkspolizei" (1952/56) und danach Generalmajor der „Nationalen Volksarmee" (1956/58).

Verwunderlich an diesem Lebenslauf ist nicht so sehr, daß die SED in dieser Figur die alte Rechts-Links-Koalition, mit der die Weimarer Republik zerschlagen wurde, wiederaufleben ließ – dafür gibt es in Olaf Kappelts „Braunbuch DDR" (1981) genügend Beispiele. Viel gravierender für die Parteigeschichte ist, daß hier einer jener Nazi-Blutrichter, die angeblich alle in der Bundesrepublik Deutschland hausen, in höchste Ämter des SED-Staates aufsteigen konnte.

Der geborene Ostpreuße Arno von Lenski, der 1939 auf Vorschlag des Reichsjustizministers durch den „Führer" höchstpersönlich in den Volksgerichtshof berufen wurde, hat an zwanzig Todesurteilen gegen deutsche, polnische und niederländische Widerstandskämpfer mitgewirkt. Was ihn nicht hinderte, sich nach der Gefangennahme bei Stalingrad am 2. Februar 1943 durch das „Nationalkomitee Freies Deutschland" umerziehen zu lassen. Schon 1949, im Jahr seiner Rückkehr aus sowjetrussischer Kriegsgefangenschaft, trat er der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NDPD) bei, deren führender Funktionär er bis 1958 blieb.

In jenem Jahr, als er in den Ruhestand versetzt wurde, schmückte ihn der SED-Staat mit der Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus 1933 bis 1945". Zu seinem Geburtstag gratulierte ihm sein heutiger Führer Honecker höchstpersönlich: „In entscheidender Stunde trafen Sie Ihren patriotischen Entschluß und stellten sich auf die Seite des Friedens und des Fortschritts, gegen Krieg und Faschismus." Die Opfer des Blutrichters Lenski können sich nicht dazu äußern.



Tschad-Tschad-Tschad ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die ungewissen Posaunen
Von Armin Boyens

Am 16. Oktober werden in Jülich Posaunen zu „einer Art evangelischer Prozession" blasen. So wollen es 33 Superintendenten der Evangelischen Kirche im Rheinland. Was werden die Posaunen blasen?

Die Unterzeichner des rheinischen Aufrufs verlassen nicht nur die Gemeinsamkeit der Friedenswochen innerhalb der EKD, die gemeinsam mit Bittgottesdiensten in Mitteldeutschland stattfinden, sie schlagen offenbar auch in ihrer eigenen rheinischen Landeskirche einen Sonderweg ein. Im Januar 1982 gab die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland eine gemeinsame Erklärung „Die Friedenszusage Gottes und unser Streit um den Frieden" heraus. Darin rief dieses Leitungsgremium auf zum Gebet „für die Soldaten und Zivildienstleistenden, daß ihr Zeugnis und ihr Dienst zum Frieden führen möge, daß sie sich als Brüder annehmen". Ein Jahr später ist im Aufruf der rheinischen Superintendenten hiervon keine Rede mehr.

Die Synode der Rheinischen Landeskirche sprach 1982 offen von unter Christen möglichen unterschiedlichen Auffassungen über den richtigen Weg zum Frieden: „Die einen unter uns meinen, daß die Friedenszusage Gottes uns ermutigt, kalkulierbare Vorleistungen der Abrüstung zu wagen und auf die Stationierung von Massenvernichtungsmitteln in unserem Land zu verzichten; die anderen sehen in diesem Schritt eine Gefährdung des Friedens. Wir dürfen dem Streit über den richtigen Weg zum Frieden nicht ausweichen. Aber wir müssen uns deswegen nicht entzweien. Wir brauchen einander." Von diesem Geist der Duldsamkeit gegenüber Andersdenkenden und einer realistischen Betrachtung der Wirklichkeit ist in dem Aufruf der Superintendenten nichts mehr übriggeblieben. Hier gibt es nur noch das schneidende „Nein", das die eigene Position absolut setzt. Bleibt die Frage: Woher haben die Superintendenten die Vollmacht, wer hat sie beauftragt, so zu sprechen? Die Rheinische Kirchenordnung sieht kein politisches Mandat für Zusammenschlüsse friedens- oder sonstwie bewegter Superintendenten vor.

Aber vielleicht sind die Posaunen von Jülich am 16. Oktober gar keine Friedens-, sondern Kriegsposaunen. Tatsächlich hat ein selbsternannter Sprecher der 33 erklärt, die Posaunen würden am Sonntag, dem 16. Oktober, zum „Widerstand der Kirchen" blasen; die rheinischen Superintendenten hätten sich den 16. Oktober als „Widerstandstag der Kirchen" von der sogenannten Friedensbewegung zuweisen lassen. Keiner der Superintendenten behauptet freilich, wir lebten in der Bundesrepublik in einer Diktatur, der man um des Gewissens willen Widerstand leisten müsse; oder daß die verfassungsmäßige Ordnung unseres Staatswesens beseitigt werden solle, in welchem Falle jeder Bürger gemäß Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes das Recht zum Widerstand hat.

Was blasen also die Posaunen von Jülich? In der Bibel gibt es die Geschichte von einer anderen Prozession, in der auch Posaunen geblasen wurden: um Jericho. Die Mauern Jerichos stürzten ein, und die Festung wurde von den Israeliten erobert. Das waren Kriegsposaunen. Und sie gehören in die Tradition des „Heiligen Krieges". Die rheinischen Superintendenten wollen doch gewiß nicht die Tradition des „Heiligen Krieges" wiederbeleben. Aber was wollen sie dann? Sie wollen z. B. keine Kirchensteuern für ihren Marsch nach Jülich in Anspruch nehmen. Die Kosten für die Veranstaltung zahlen die Teilnehmer, wie sie erklären, aus eigener Tasche. Offenbar aus der richtigen Erkenntnis, daß die Posaunen-Prozession von Jülich ein privates Unternehmen ist, das der politischen Privatmeinung einiger Bundesbürger entspricht. Aber wenn man schon die Kirchensteuer aus dem Spiel läßt, warum nicht auch die kirchliche Amtsbezeichnung Superintendent? Warum rufen die Unterzeichner zu einer Privat-Prozession nicht auch schlicht in ihrem eigenen Namen als Bürger andere Bürger auf, mit ihnen das zu tun, was sie nach ihrer privaten politischen Meinung für nötig halten?

Jedenfalls sollte der Superintendenten-Titel auch nicht von ferne in den Verdacht des politischen Mißbrauchs geraten. Erst recht gilt dies vom Gottesdienst der Kirche. Die 33 rheinischen Superintendenten wollen am Gottesdienst in Straßenkleidung teilnehmen, aber ihren Talar beim abschließenden Abendmahl tragen. Nach der Rheinischen Kirchenordnung gehören Gottesdienst und Sakrament des Heiligen Abendmahls der ganzen Kirche, nicht irgendeiner politischen Gruppierung. Alle Christen sind eingeladen, nicht nur solche einer bestimmten politischen Überzeugung. Und die Pastoren, was die Superintendenten ja auch und zuallererst sind, sind für alle Christen da. Gottesdienste dürfen niemals als Instrument einer politischen Demonstration mißbraucht werden. Auch darüber macht die Rheinische Kirchenordnung sehr deutliche Aussagen. Von Demonstrationsgottesdiensten oder einem „Widerstandsabendmahl" steht in ihr kein Wort.

Haben die rheinischen Superintendenten an alle ihre Gemeindeglieder gedacht? Haben sie beispielsweise bedacht, daß ihre Rede vom Widerstand auch mißverstanden werden könnte? Die Christen könnten auf den Gedanken kommen, daß sie ihren Superintendenten als Pastor gewählt haben, aber nicht als Parteiführer; daß sie einen Seelsorger für alle wollen – aber keinen *Politiker für wenige*. Und daß sie Politiker und Parteiführer im Superintendenten Widerstand leisten müssen, weil sie nicht mehr zu erkennen vermögen, daß er sich noch an Bekenntnis und Ordnung ihrer und seiner Kirche hält.

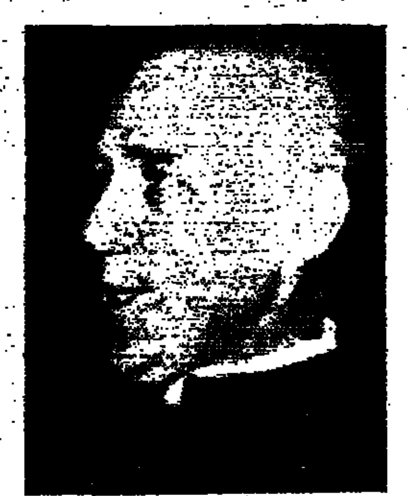
GAST-KOMMENTAR



Dr. theol. Armin Boyens ist Verfasser des zweibändigen Werkes „Kirchenkampf und Ökumene" FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Bela Varga
Leitete Ungarns Parlament
Von Ladislaus Hory

Der US-Kongreß erinnerte dieses Jahr mit Nachdruck an einen Helden aus Osteuropas dunkelsten Jahren: Monsignore Bela Varga. New Yorks demokratischer Senator Daniel Moynihan erklärte: „Der letzte Präsident des freien ungarischen Parlaments, Monsignore Bela Varga, feierte kürzlich seinen 80. Geburtstag. Monsignore Varga lebt in New York und ist ein hervorragender katholischer Priester und ein demokratischer Führer Ungarns. Papst Paul VI. zeichnete ihn für seine kirchlichen Verdienste mit dem Titel Päpstlicher Protonotar aus, und Präsident Charles de Gaulle verlieh ihm die größte französische Auszeichnung, Légion d'Honneur, weil er entflohenen französischen Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkrieges große Hilfe geleistet hatte."



Unzähligen Verfolgten geholfen: *Monsignore Varga* FOTO: DIE WELT

Das amerikanische Magazin „Time" hat vor Jahren über den einstigen Pfarrer von Balatonboglár berichtet, der unzähligen polnischen Offizieren und Zivilisten, die vor Nazis und Sowjets geflohen waren, und später ungefähr 2000 französischen Soldaten, die aus deutschen Kriegsgefangenenlagern entkommen waren, geholfen hat, der vor allem auch Juden gefälschte Dokumente verschaffte, mit denen sie sich in Ungarn niederlassen konnten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Sowjets zeitweise die Demokratie in Ungarn duldeten, erlangte Varga eine führende Position in der Kleinlandwirte-Partei. In den einzigen freien Wahlen Ungarns nach dem Zweiten Weltkrieg gewann Vargas Partei die Mehrheit. Varga wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt. Als die ungarische Demokratie 1947 beendet wurde, flüchteten Varga und andere ungarische Parteiführer in die westliche Freiheit. 1948 rief er das Ungarische Nationalkomitee in New York ins Leben und vertrat mit anderen Politikern die Sache der ungarischen Freiheit international.

Monsignore Varga ist heute noch der Leiter des Ungarischen Komitees – ein Führer der freien Ungarn, ein Symbol der ungarischen Demokratie, des Katholizismus und der Tradition und ein lebender Zeuge für den Geist einer Nation, die Anspruch auf Freiheit und nationale Unabhängigkeit erhebt.

Im Repräsentantenhaus sagte der Abgeordnete Bill Green: „Es ist höchst angemessen, daß wir im Kongreß diesen ungarischen Pfarrer beglückwünschen, der sein Leben lang für die von uns hochgeschätzten Werte gekämpft hat: Freiheit, Gerechtigkeit und menschliche Würde."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Schwarzwälder Bote

Zu den Grünen meint das Oberndorfer Blatt:

Die Grünen, vor kurzem noch der Schrecken der etablierten Parteien in der Bundesrepublik, sind auf dem besten Wege, sich mit eigener Kraft ins politisch-parlamentarische Abseits zu begeben. Also genau dorthin, wo sie herkamen und mit einem Bein auch immer verblieben waren. Immer mehr zeigt sich, daß die Grünen im Grunde keine Partei, weit eher eine Bewegung sind. Sie muß sich totlaufen, wenn ihre Repräsentanten sich nicht auf Spielregeln einigen können, die letztlich systemkonform sind.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung „Les Echos" spricht in einem Kommentar zu Tschad von einem „französisch-amerikanischen Jalta":

Oberst Khadhafi wäre der Gauleiter von Juri Andropow geworden. Der libysche Diktator hat zuerst der PLO nach der Vertreibung aus Damaskus jede konkrete Hilfe verweigert und auf die Teilung der arabischen Welt gesetzt. Spielt er jetzt in Richtung N'Djamena nicht seine letzte Karte? Eine Karte, die Frankreich bedauernd aus den Händen reicher Kunden fallen sieht, die es gerne, wie Castro, mit großer Zurückhaltung behandelt. Die Idee eines französisch-amerikanischen Jalta ist nicht neu.

Bild

Die Massenzeitung bemerkt zum heißen Herbst:

Es werde Tote geben im „heißen Herbst", hatte die Theologin Dorothee Sölle vorausgesagt. Ihre Prognose hat sich nun „vorfristig" erfüllt: Eine Frau starb an den Verletzungen, die sie durch Steinwürfe bei den Krefelder Krawallen erlitt. Was für ein „Frieden", der im Leichenschauhaus endet! Die Kreise der Täter werden sagen, das hätten sie nicht gewollt. Aber wer den ersten Stein wirft, verantwortet auch die allerletzte Konsequenz: den Tod Unschuldiger. Angesichts des Todesopfers gilt mehr denn je: Wehret den Anfängen. Sonst könnte es Fortsetzungen einer lebensgefährlichen „Friedensbewegung" geben.

BERLINER MORGENPOST

Zum Berlin im „Spiegel" meint die Zeitung:

Der „Spiegel" hat an negativen Schauertiteln für Berlin zusammengetragen, was das linke und nihilistische Zeug hält. Hier führt nicht kritische Zuwendung, sondern eine an Haß heranreichende Abneigung die Feder. Man wird fragen müssen, was der „Spiegel" mit solcher Veröffentlichung eigentlich bezweckt. Daß Berlin ums Überleben zu kämpfen hat, ist bekannt. Da wirkt es doppelt beklemmend, wenn der Eindruck erweckt wird, jeder Pfennig für den „perversen Haushalt" Berlins sei zum Fenster hinausgeworfen. Hier werden auf verantwortungslose Weise Anti-Berlin-Emotionen geschürt, über die sich nur die Leute freuen können, die Ost-Berlin zur „Hauptstadt der DDR" gemacht haben.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung kommentiert den Papstbesuch mit den Worten:

Auf jeden Fall kann sich niemand täuschen. Der Hinweis auf die verfolgte Kirche hat den Höhepunkt des Papstbesuches gebildet. Der Appell von Lourdes steht in der Geschichte neben dem von Tschenstochau. Der Jungfrau Maria hat Johannes Paul II. ein für allemal den Glauben anvertraut. In der Kirche wie im Staat spielt das Vertrauen eine große Rolle. Johannes Paul II. stärkt es mit seiner ruhigen Gewißheit, seinem festen und unnachgiebigen Glauben, seine vollkommene Vereinbarung von Mensch und Priester, Staatsmann und Prophet. Diese Vollkommenheit zieht das Volk an, das andere Dinge braucht, um zu leben, als Ungewißheit und Infragestellungen.

Der Gast aus Pankow – eine Beleidigung für die Polen
Man weiß, daß Honecker genauso unbeschwert seine Soldaten schicken würde / Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn SED-Chef Erich Honekker als erster Partei- und Staatsführer des Ostblocks seit Ausbruch der polnischen Krise der Volksrepublik Polen nun einen offiziellen Besuch abstattet, so ist das kein Zufall. Damit soll auch nicht nur vor aller Welt dokumentiert werden, daß Moskau den „Sündenfall" der polnischen Kommunisten vergeben hat. Vor allem geht es Andropow darum, die nördliche Flanke des Warschauer Paktes wiederherzustellen.

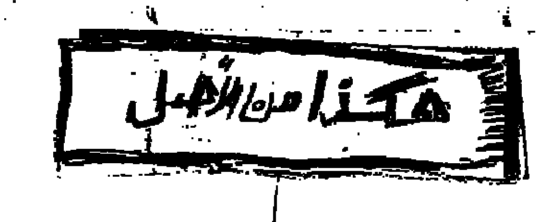
Wenn die Sowjetunion sich des polnischen Zwischenraums inklusive der Weichsel-Brücken, der strategischen Bahnverbindungen und der Straßen nicht mehr sicher sein kann, muß sie befürchten, daß die stärkste militärische Zusammenballung, die sie auf europäischem Boden unterhält, nämlich die „Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland", plötzlich wie eine Dame ohne Unterleib dastehen könnte. Überdies bedeutet eine geschwächte sowjetische Position an der Weichsel auch eine Schwächung Moskaus gegenüber der Bundesrepublik und den anderen Staaten des Westens. Es war gleichfalls kein Zufall, daß ausgerechnet während des Kohl-Besuches in Moskau die „Prawda" bekanntgab, der Kreml habe Jaruzelski den Lenin-Orden verliehen.

Polnische Oppositionelle pflegen immer wieder von der „geopolitischen" oder „geostrategischen" Lage ihres Landes zu sprechen: Von der geographischen Beklemmung, die jeden Polen heute beim Blick auf die Landkarte überkommen muß. Sein Land hat nicht nur den überwältigenden Nachbarn im Osten, sondern sieht sich im Westen der „DDR" gegenüber, die Polen wie eine Klammer an das sowjetische System bindet. Der Besuch Honeckers ist eine Funktion und ein Resultat dieser geopolitischen Tatsache. *Es liegt schon eine grimmige Ironie darin, daß die „Treue" Polens zum realen Sozialismus sowjetischer Prägung ausgerechnet von einem Deutschen aus dem deutschen „Arbeiter-und-Bauernstaat" bekräftigt werden* mußte, der sich neuerdings so heftig auf ein angebliches preußisches Erbe beruft. Wer denkt da nicht an das Zusammenspiel Bismarcks mit dem Zaren, wenn es um die Unterdrückung der polnischen Freiheitsansprüche ging?

Stalins Außenminister Molotow erklärte im Herbst 1939 nach der deutschen Eroberung Polens und nach der deutsch-sowjetischen Interessenabgrenzung, Polen sei ein künstliches, durch den Versailler Vertrag geschaffenes Gebilde, und deshalb sei es nur zu begrüßen, wenn es von der Landkarte verschwinde. Erst der deutsche Angriff auf die Sowjetunion und Stalins Kriegsbündnis mit den westlichen Alliierten veranlaßte den Kreml zur Akzeptierung eines polnischen Staates. Die Sowjets waren *freilich entschlossen*, in Warschau niemals wieder eine Regierung ans Ruder zu lassen, die Neigungen zeigen konnte, die polnische Ost-Expansion und Ost-Mission früherer Zeiten fortzusetzen. Zugleich wurde durch das Hinmetzeln der polnischen Offiziere im Walde von Katyn und durch das passive Verhalten der Sowjetarmee beim Ausbrechen des Warschauer Aufstandes 1944 die sowjetische Haltung bekräftigt, daß man in Moskau an einem physischen Weiterbestehen der alten polnischen Elite- und Führungsschichten keineswegs interessiert sei. Hitler hatte den Sowjets bereits einen großen Teil der blutigen Arbeit abgenommen – und den Rest, so glaubte man, könnten die polnischen Kommunisten mit sowjetischer Hilfe besorgen.

Aber Stalins weiterer Plan, Polen unauflöslich an die sowjetische Politik zu binden, indem man es auf Kosten Deutschlands vergrößerte, ging nur zum Teil in Erfüllung. Die polnische Nation änderte ihren Charakter nicht. *Das durchaus bereitwillig akzeptierte Geschenk der Oder-Neiße-Gebiete vermochte die tief sitzende Abneigung der Polen gegen alles Russische nicht zu mildern.* Zudem ging es ja längst nicht mehr allein um Lemberg oder Wilna, sondern um die Lebensart der polnischen Nation.

Dabei ist den Polen nicht verborgen geblieben, daß es in der „DDR" eine deutlich spürbare antipolnische Stimmung gibt, geschürt von Berichten über das „Aufkaufen" von Konsumgütern in „DDR"-Läden, während in der angeblich revanchistischen Bundesrepublik geradezu eine Polen-Begeisterung und eine Welle der Hilfsbereitschaft in Form von Paketsendungen einsetzte. Für Honecker sind die Polen ein gefährliches Volk, in dem ein Freiheitsbazillus umgeht, der auf seinen Staat übergreifen könnte. Für die Polen ist Honecker ein Vertreter ihrer Zuchtmeister. Sie haben nicht vergessen, daß sein Vorgänger Ulbricht die Sowjets besonders intensiv drängte, *in die CSSR einzufallen*; sie wissen, daß die Stiefel seiner Soldaten auch die polnischen Freiheitsbemühungen niedertrampeln würden und daß Honecker der erste wäre, der Andropow dazu drängte. Was für ein Staatsbesuch!





Im Getto wird der Terror zur nationalen Heldentat

„Unruheprovinz" ist zum festen Beinamen für Nordirland geworden. Seit 14 Jahren stehen hier britische Soldaten zwischen protestantischer Mehrheit und katholischer Minderheit. Es geht in diesem Konflikt nicht nur um Religion, nicht nur um nationale Träume, sondern auch um gesellschaftliche Macht.

Von DETLEV AHLERS



Widerstand heißt die Parole in den Katholiken-Vierteln Nordirlands: Kinder in Ballymurphy
FOTOS: DETLEV AHLERS

An Häuserwänden werden „nationale Helden" geehrt, „gefallen gegen die Besatzungsmacht". Eine dieser Helden-Gedenkwände, von denen es viele gibt in den katholischen Ghettos, ist die am Working Men's Club, dem Treffpunkt der Arbeitslosen von Ballymurphy im Westen von Belfast. Ballymurphy, das ist eine Hochburg der Irisch-Republikanischen Armee und ihres politischen Arms, der Partei Sinn Fein, was soviel heißt wie „Uns allein".

Der Name des Klubs ist die gelindeste Merkwürdigkeit in den katholischen Vierteln eines protestantischen Staates. So nennt man die Grenze zu den Gebieten der Protestanten liebevoll „Friedenslinie", obwohl gerade dort am häufigsten geschossen wird. So ist das Viertel umgeben von festungsartigen Polizeirevieren, doch um normale Kriminalität kümmert sich kein Polizist. So ist Belfast eine Hafenstadt, doch viele Einwohner von Ballymurphy haben noch nie die See gesehen. So hassen sie ihren Staat wie den Teufel, doch leben fast ausnahmslos von Sozialunterstützung.

West-Belfast ist neben Londonderry und Armagh eines der Ballungszentren der Katholiken, die etwa ein Drittel der Eineinhalb-Millionen-Bevölkerung Nordirlands ausmachen, aber kaum ein Zehntel der Provinz bewohnen. Während jahrhundertelanger Unterdrückung sind sie zusammengepfercht worden. Und Ballymurphy ist typisch für West-Belfast: 47 Prozent der 685 Haushaltsvorstände (Männer oder Witwen) sind arbeitslos, 13 Prozent beschäftigt, 15 Prozent invalide und der Rest über 60 Jahre alt. West-Belfast hat mit die höchste Kindersterblichkeit in der EG.

Obwohl die Fronten nicht nur an der „Friedenslinie" klar abgesteckt sind – die Sicherheitskräfte sind fast ausschließlich protestantisch, Demonstranten und Terroristen zum größten Teil katholisch –, versichern Sinn Fein und Sozialarbeiter in Ballymurphy, daß in Nordirland kein Religionskrieg wütet, sondern es sich, je nach Standpunkt, um soziale Auseinandersetzungen oder sozialistische Revolution mit religiöser Entstehungsgeschichte handele.

„Nach Ballymurphy haben einige protestantische Ehepartner hingeheiratet, auch in der IRA sind protestantische Revolutionäre", berichtet Patrick Smith im Sinn-Fein-Büro. „Mit diesem Namen hätte er nur geringe Aussichten, einen Arbeitsplatz zu finden", meint Brian McLaughlin, Leiter des Jugendzentrums in der Straße Moyard Park. „Mit dem protestantischen Namen Billy Smyth wäre er besser dran."

McLaughlin wohnt seit zehn Jahren in Ballymurphy, dessen sozialer Wohnungsbau vor 15 bis 20 Jahren aus grauen Zementziegeln zusammengefügt wurde. Manche Familien haben versucht, die Haustüren und Fensterumrandungen farblich abzusetzen, doch was sie auch anrührten – dunkelblau, hell- und dunkelrot –, keine Farbe verträgt sich mit dem dumpf-dreckigen Zement. Über das Viertel zieht der kalt-saure Rauch der Kohleheizungen. Kinder tummeln sich auf Schuttbergen in den Straßen. Dort ist immer viel Leben, denn nur wenige Jugendliche ziehen morgens zur Arbeit aus. Und kaum einer verläßt freiwillig die Geborgenheit des Gettos.

Im Gegensatz zu den protestantischen Teilen Nordirlands, die zu Puritanismus neigen, ertönt in Ballymurphy bis tief in die Nacht Radiomusik. Es wird viel getrunken, und anschließend gibt es nicht selten Streit und Prügel für Frau und Kinder, die zunehmend Rauschmittel schnüffeln.

Die fehlende Anerkennung in der Gesellschaft – sprich: Arbeit – treibt die jungen Leute früh in die Ehe. Dann kommen viele Kinder. Das päpstliche Verbot der Pille wird offenbar streng befolgt. Die Wohnungsnot und die Weigerung der Mehrheitsbevölkerung, katholische Viertel wachsen zu lassen, zwängt Jungvermählte in die Häuser ihrer Eltern. Die 685 Wohnungen in Ballymurphy (Küche, Wohnzimmer, zwei oder drei Schlafzimmer) werden durchschnittlich von vier bis fünf Menschen bewohnt.

Allerdings, so meint Ciaran de Baroid vom Selbsthilfe-Zentrum, sei die Verantwortung für die Familie der Hauptgrund, warum die IRA nur etwa über 350 Kämpfer verfügt. „Mit 20 träumt man vom Heldenmut, mit 25 müssen zwei Kinder ernährt werden. Und die Länge der Haftstrafen ist allen bekannt." Mit den Zielen und Methoden der IRA scheinen die meisten Getto-Bewohner übereinzustimmen. Die 1981 im Hungerstreik gestorbenen Häftlinge sind die Helden, im Working Men's Club hängen die Bilder der zehn um Bobby Sands über der Theke wie in Deutschland Vereinswappen.

Im Sinn-Fein-Büro ist jemand, der nach sechs Jahren Haft sagt, er könne für die IRA sprechen: „Der Rauswurf der Briten ist nur der erste Schritt auf dem Weg zu einem vereinten sozialistischen Irland. Wir kämpfen nicht gegen die andere Religion. Wir kämpfen gegen die Wirtschaftsstrukturen, die fest in der Hand der Protestanten sind. Deshalb sind sie die Ausbeuterklasse. Nach der Vereinigung Irlands haben die protestantischen Sozialisten eine konstruktive Aufgabe." Für die gleichen Ziele, mit noch mehr Grausamkeit, kämpfen etwa 80 Terroristen der Irisch-Nationalen Befreiungsarmee.

Die drei Durchgangsstraßen nach Ballymurphy sind am Ende des Ortsteils von Polizeirevieren mit zehn Meter hohen Wellblechzäunen besetzt. Kleinere Straßen sind seit Jahren gegen Autoverkehr zubetoniert, wie die Mündung der Springhill Avenue zur Springfield Road. „Dort oben nicht rechts abbiegen", wird der Fremde gewarnt. Denn schräg gegenüber ist protestantisches Gebiet. An der Grenze wird die Buslinie 9 häufig beschossen, denn ab dort sitzen nur noch Katholiken im Bus. Etwa 50 protestantische Terroristen haben sich offenbar zur Aufgabe gemacht, jeden Kontakt zu unterbinden. Diskotheken mit gemischtem Publikum und Protestanten mit katholischen Freundinnen sind ihre Hauptziele.

Es scheint, als hätten Polizei und Armee mit rigorosen Kontrollen den grausamen Autobomben-Terror in der gefährdeten Innenstadt von Belfast aufhalten können – die Zerstörung der wirtschaftlichen Anziehungskraft der Provinz ist eines der Ziele der IRA, sagt Polizeisprecher Wilson. Seit einigen Jahren konzentrieren sich ihre Angriffe auf die Polizisten der Royal Ulster Constabulary (8000 Mann und 4500 in Reserve), das paramilitärische Ulster Defence Regiment (7000 Mann) und die regulären britischen Truppen (8 Infanterie-Bataillone, 10 000 Mann). Auch ihre Familien, Nachbarn und Verwandten sind gefährdet. Im Dezember wurde ein irisches Mädchen ermordet, weil sie einen britischen Soldaten geheiratet hatte.

In den Gebieten der Mehrheitsbevölkerung, die britischer zu sein versucht als die in England, können sich die Soldaten frei bewegen. Zwei Drittel des Belfaster Stadtgebiets aber, die Gegend um Londonderry und Süd-Armagh, dürfen sie außerdienstlich nicht betreten.

Im betonverbarrikadierten Polizeirevier an der Springfield Road sind Soldaten und Polizisten zusätzlich von einer Mauer des Hasses umgeben. Als er von ihnen spricht, verliert Sozialarbeiter McLaughlin seine Zurückhaltung: „Die dreckigen Hunde!"

Eines der drei Polizei-Forts aus den 60er Jahren hat das Gebiet einer versuchten Kleingewerbe-Ansiedlung okkupiert, berichten die Mitarbeiter im Selbsthilfe-Zentrum. Aber auch anders scheitern fast alle Versuche der von London gesteuerten Nordirland-Verwaltung, Arbeit zu den Katholiken zu bringen. Denn alle Industrie ist in protestantischen Gebieten. Investoren meiden das unruhige West-Belfast.

Und inzwischen drückt die Arbeitslosigkeit auch die Protestanten (21 Prozent). So werden in den Firmen bei der Vergabe von Arbeit die Angehörigen bevorzugt, die von Mitarbeitern empfohlen werden. „Eine ganz natürliche Sache, daß Vater und Onkel so den Nachwuchs unterbringen", meint John McDaniel. „Nur eben: Es sind die Protestanten, die sich in den Firmen für jemand einsetzen können." Er leitet eine Maßnahme, die dem deutschen zweiten Arbeitsmarkt ähnelt: Jugend-Werkstätten.

Auf der Straße zum Stadtteil Andersonstown stehen seine Schuppen. 170 Schulabgänger erlernen dort handwerkliche Fertigkeiten: Autos reparieren, Elektrik, Nähen, Schreinern. Nach zwei Jahren werden sie in die Arbeitslosigkeit entlassen. „Aber es ist wichtig, ihnen in den Aufbruchjahren zwischen 15 und 17 das Gefühl zu geben, gebraucht zu werden. Viele hören hier zum ersten Mal in ihrem Leben: Du kannst etwas!" 100 Mark in der Woche bekommen sie. Disziplinarmaßnahmen mit Lohnkürzung wendet McDaniel so selten wie möglich an; schon manches Mal saßen die Betroffenen weinend vor ihm, weil das Geld für Nahrung zu Hause gebraucht wird.

Die meisten versacken wieder in Ballymurphy und Andersonstown. Sie scharen sich zu streunenden Gruppen, plaudern im Working Men's Club mit den Vätern, spielen Billard und Dart. Kein einziges braungebranntes Gesicht ist im August in Ballymurphy zu sehen.



Von den einen verfolgt, von den anderen verehrt: Angehörige der Irisch-Republikanischen Armee, die wegen terroristischer Aktivitäten in den Gefängnissen landen, werden in den Gettos der Katholiken oft als Helden gefeiert. Diese Häuserwand in Ballymurphy zieren Porträts von sechs jener zehn Männer, die 1981 im Belfaster Maze-Gefängnis sich zu Tode hungerten, weil sie als politische Häftlinge anerkannt werden wollten.

Amerika – Tiefdruckgebiet in der deutschen Seele

In Deutschland, so scheint es dem deutschen Beobachter aus Washington, wird in diesem Sommer eifrig an einem Zerrbild vom kriegslüsternen Amerika gebastelt. Eindrücke von einer Heimatreise.

Von TH. KIELINGER

Wir waren sechs Stunden gefahren. Aufgebrochen in Berlin, um 16 Uhr, die Grenzkontrollstelle Rudolphstein in Bayern um 20 Uhr erreicht, dann noch zwei Stunden bis Regensburg. In dieser Zeit würde man von New York aus Richmond in Virginia erreichen – auf der Landkarte ein kaum zu messender Katzensprung. Berlin–Regensburg dagegen ist eine Geschichte und Hunderte von Landschaften weit voneinander entfernt.

Der Blick, angepaßt an die amerikanische Dimension strategisch-großer Räume, hatte eine Woche Zeit gehabt, sich an die Landschaftsmodelle deutscher Lieblichkeit zu gewöhnen. Die Elbniederung in Vierlande, Malente in der schleswig-holsteinischen Schweiz, Brandenburg, das Vogtland, Frankenwald und Fichtelgebirge. Verstummen mußten wir, als es im Sommerabendlicht die Straße ins Vogtland hinaufging, im Westen besäumt vom Thüringer Wald. Grün und Gelb und Preußisch Blau in lyrischer Verdichtung. Felder, Wald, Höhenzüge, die nach einem Eichendorff riefen.

„DDR" – der Begriff wird momentan unscharf, verdrängt durch das Kaleidoskop dieser verschmelzenden Bilder. Die Natur scheint mit den ruhigen Pulsschlägen eines Schlafenden auszuatmen. Sie ist, obendrein, nahezu menschenleer. Die Behörden haben sie ausgedünnt, hier in der Grenznähe.

Regensburg. Orte, von denen man seit der Jugend träumt, können wie Drogen in die Blutbahn eindringen. Dies ist das Land, dies sind seine alten Städte, derentwegen wir aus Amerika „heimgekehrt" sind, um Ferien zu machen. Es reizt besonders 1983, da die Dreihundert-Jahr-Feier deutscher Einwanderung in die Neue Welt begangen wird, einmal die umgekehrte „Immigration" zu proben.

Zehn Uhr abends, der Concierge des Hotels, im Schatten von St. Peter, schiebt freundlich die Anmeldeformulare entgegen. Ich erwarte geradezu einen einleitenden Vortrag aus seinem Munde. Er muß sich doch hier auskennen: Regensburg gestern, heute und morgen. Geschichte will erzählt sein. Doch etwas lenkt den Mann am Empfang ab. Er sieht die Eintragung: Wohnort – Washington. Sein Gesicht wird von einem Anschein des Kummers besucht. Was ist los, fällt der Kulturfilm aus?

„Das ist nicht mein Typ von Präsident"

„Na, dieser Reagan", kommt es stockend aus unserem Gegenüber. „Der macht ja ein Sozialprogramm, also wirklich." Wovon ist hier die Rede – von Reagan oder Regensburg oder was? Die Zweifel lösen sich schnell. „Diese Ungerechtigkeit, diese Armut. Kann man das übersehen und einfach weiter Geld in die Rüstung stecken? Das ist nicht mein Typ von Präsident."

Mit einem Ruck bin ich aus meiner Regensburg-Verlorenheit in das Gezänk der Gegenwart zurückgestoßen. „Nicht mein Typ von Präsident" – wer hat eigentlich danach gefragt? Ich möchte etwas über diese Stadt erfahren und bekomme statt dessen die Benotung Präsident Reagans zu hören, an der Mündung des Regen in die Donau, inmitten eines Jahrhundertsommers, umgeben von einer hochgeputzten, auch dem Materialismus nicht abholden mittelalterlichen Großstadt.

Wer dieses schöne Deutschland bereist, möge sich gefaßt machen auf eine Litanei der Vorwände zum Unglücklichsein und Mißvergnügen. Es kann nicht an der berüchtigten Enge des Raumes liegen, von der man so viel hört als dem angeblichen Unruhestifter in der deutschen Seele. Vor Münchens Toren liegt Venedig, Oberitalien, wen das interessiert. Karlsruhe und Straßburg sind Nachbarorte. Paris ist von Bonn wochenendnah. Und überall hat der engste Flecken seine Ausdehnung in die Tiefe, gemessen nach Geschichte und Kultur.

Es kann auch nicht an fehlender Lebensqualität liegen. Raffinesse des Konsums, Kennerschaft im Geschmack, Ansprüche, die ihren Weg zur Verwirklichung finden – es steht alles auf dem Höhepunkt. Das Volk der Dichter und Denker scheint sein Talent heute der Dekoration der Schaufenster und den mit Liebe erdachten Zutaten des Alltags zugewandt zu haben, die Mittelstadt wetteifert um den Oskar für Verbraucherästhetik.

Vor dem Lebensgenuß die Schwere des Gedankens

Die deutsche Küche? Man möchte sich an Josef Hofmiller und seinen Essay „Kochkunst und Dichtkunst" anlehnen und folgern, daß, mögen auch die literarischen Ergüsse oft von zweifelhafter Natur sein, in Deutschland doch immer noch hervorragend gegessen wird.

Hier weiß man durchaus um die guten Dinge des Lebens – aber vor den wirklichen Lebensgenuß haben die Götter die Schwere des Gedankens, die betrüblichen Resultate permanenten Richtens und Rechtens gesetzt. Es steht immer eine Störung vor Augen: Das Warten in der Menge, die linke Fahrbahn, die nicht frei wird, die neue Regierung, die auch nicht das Glück verordnen kann, die Vergangenheit, die nicht bewältigt sein darf nach dem Diktum der Mandarine.

Nach der Lektüre der Gazetten wird es einem klar: Die geistigen Eliten, die sogenannten, verraten wenig Liebe für ihr Volk. Wann hört der Deutsche von publizistischer Kanzel einmal etwas Gutes über sich und sein Volk? In einem klein gewordenen, wenn auch noch immer juwelbesetzten Land gehen zu viele dem anstrengenden Geschäft der Selbstverkleinerung nach.

Die alles überlagernde Störung aber, das Nonplusultra der Glücksverhinderung, scheint Amerika zu heißen. Selbst dort, wo man kein Blut über die Uniform amerikanischer Generäle schüttet, gehört das Nörgeln über „diese Amerikaner" zum guten Ton. Die Beziehungen zur Neuen Welt spitzen sich auf den Sprengkopf von Raketen zu. Ein großer Nachrüstungsbedarf an Ressentiments kommt da zutage.

So gerät der Besucher in eine unerwartete Klemme: Er möchte die ganze Zeit über feiern, was er sieht (Landschaften, immer wieder Landschaften), was er hört (ein Orgelkonzert im Ulmer Münster beispielsweise), was er schmeckt (eine Schweinshaxe im Regensburger „Bischofshof", notabene) – aber das ist eigentlich im Schatten der Raketen und Reagans Sozialpolitik nicht „in", von den Kürzungen am deutschen Anspruchsetat ganz zu schweigen. Also bitte, werde wesentlich, das heißt kritisch, auf diesem Territorium, wo die Amerikaner morgen Krieg führen wollen ...

Erfrischt von der Heiterkeit eines besonnten Landes, verweigert man am besten diese Einladung zum Hexenwahn. Man fühlt sich von falschen Slogans umgeben wie von unheimlichen Viren. Was sogenannte Meinungsbildner von sich geben, säuert sogleich den Morgenkaffee zwischen Flensburg und Berchtesgaden. Wenn die Mattscheibe Oberlehrer spielt, wird die Nation zur Schulklasse. Es gibt – noch – kein Entrinnen.

In einem gesellschaftskritischen Fernsehfilm über den Alltag eines protestantischen Gemeindepfarrers fällt zu vorgerückter Abendstunde das unlotbare Wort: „Ich frage Sie, was ist Sünde?" 22.45 Uhr und noch immer kein Entrinnen. So auch mit Amerika: Sauertöpfisch serviert zwischen Elbe, Main und Donau, wird es erst zum permanenten Gegenstand der Kritik, dann zum Dauerbrenner unserer Unlust.

Heißer Herbst: Das scheint nichts anderes zu bedeuten als die hysterische Bindung an den Totempfahl USA. Wir werden uns aus dieser Verkrampfung befreien und zu einer gelasseneren Beziehung zurückfinden müssen. Verlieren der Brite, der Franzose, der Italiener ihre nationale Ruhe, weil er mit den USA verbündet ist? Wie entstehen überhaupt Legenden wie diese, daß die Amerikaner in Europa Krieg führen wollten? Wäre das Glück eines Feriensommers in Deutschland 1983 möglich ohne die Garantien von jenseits des Ozeans, ohne den Schutz, der uns 38 Jahre ununterbrochenen Frieden beschert hat?

Zweimal in diesem Jahrhundert wurden die Amerikaner – gegen ihre Instinkte – überredet, Europa vor dem Selbstmord zu bewahren und Kriege zu beenden, nicht, um sie anzufangen. Wer also erfindet die Mär vom kriegsvorbereitenden Amerika?

Legenden sind gefährliche Versuchungen. Etwas in Deutschland will immer wieder aus der Haut fahren und jenseits der Grenzen Prügelknaben für unser vermeintliches Elend ausmachen. Vor dem Ersten Weltkrieg war es England, welches uns angeblich den „Platz an der Sonne" verwehrte. In den zwanziger Jahren kam der unheilvolle Verdacht gegen das Judentum in Mode. Heute reibt man sich an Amerika als dem Tiefdruckgebiet der deutschen Seele.

Man muß nicht mehr auf Hexenjagd gehen

Welche Verirrung. Dabei braucht man nur durch das Spalier sowjetischer Soldaten zu steuern, in Dallgow-Döberitz, fünf Kilometer von West-Berlin entfernt, und dann durch die Mauer in Staaken wieder ins Freie zu gelangen, um einen Begriff von der Großwetterlage zu bekommen, die in Europa Realitäten mit dem Bajonett aufpflanzt. Die Rotarmisten stehen herum wie die verwöhnten Söhne aus neureichem Hause. Ihre Unterkünfte, soweit man sieht, sind freilich ein Bild des Jammers – aber ihre Herrschaft muß alle Imperialisten der Geschichte erblassen lassen.

Wir lassen Kritik, berechtigte, mit der Fähigkeit zum Glücklichsein in Konkurrenz treten. Doch der innere Friede macht das Nachdenken über die Bedingungen des äußeren Friedens verläßlicher: Man muß dann nicht mehr auf Hexenjagd gehen, nach Prügelknaben Ausschau halten, sondern kann kalkulieren nach Interesse, Gewichtung, Macht und Balance. Wir haben zweimal dafür, daß wir nicht kalkulieren konnten, bitter bezahlt. Inzwischen, nach 38 Jahren einer friedlichen Einbettung in die Weltgeschichte, müßten die Voraussetzungen zur Abwehr neuer Angriffe der alten Irrationalität eigentlich geschaffen sein. Man muß den Anfängen wehren, dem, was das Ressentiment uns einzuflüstern versucht.

„20 000 Lehrstellen unbesetzt"

AP, Bonn

In der Bundesrepublik sind nach Auffassung des bildungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Klaus Daweke, schätzungsweise 20 000 Lehrstellen unbesetzt, weil Jugendliche trotz einer festen Zusage des Betriebes ihre Ausbildung nicht angetreten haben. Wie Daweke gestern in Bonn dazu ausführte, lasse sich diese Zahl aus den Ergebnissen von Niedersachsen hochrechnen, wo nach einer Umfrage der Unternehmerverbände 2900 Jugendliche am 1. August nicht zum Ausbildungsbeginn erschienen seien.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, wies unterdessen die vom DGB und der Industriegewerkschaft Metall geäußerte Kritik an der Lehrstellenaktion der „Bild"-Zeitung und der Bundesanstalt für Arbeit als „völlig unverständlich" zurück. „Wer mit Bürokratelei und kleinkarierten Bedenken diese Bemühungen torpediert, setzt sich dem Verdacht aus, daß ihm entweder die berufliche Zukunft vieler Jugendlicher angesichts der Reinheit der eigenen Lehre gleichgültig ist oder – schlimmer noch – daß ihm ausbildungslose Jugendliche ins politische Kalkül passen", meinte der Abgeordnete in Bonn.

Dollarkurs tangiert Verteidigungsetat

dpa, Bonn

Bei einem weiter unverändert hohen Stand des Dollarkurses müssen möglicherweise die Ausgabenansätze des Verteidigungsetats für 1984 überprüft werden. Diese Ansicht hat gestern der Parlamentarische Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Peter-Kurt Würzbach (CDU), vor der Presse vertreten. Für 1983 bereitet der Kursanstieg des Dollar nach seinen Angaben im Bereich des Verteidigungsetats dagegen „keine Sorge". Der größte Teil der Dollar-Rechnungen für Beschaffungen in den USA sei bereits im ersten Halbjahr bezahlt worden.

SPD klagt gegen Finanzminister Palm

dpa, Stuttgart

Im Zusammenhang mit der sogenannten Partei-Spendenaffäre hat die SPD Opposition im Stuttgarter Landtag beim baden-württembergischen Staatsgerichtshof Klage gegen Finanzminister Guntram Palm (CDU) erhoben. In der gestern veröffentlichten Klageschrift wird Palm vorgeworfen, gegen die Landesverfassung zu verstoßen, weil er sich unter Berufung auf das Steuergeheimnis geweigert hat, einem Untersuchungsausschuß des Landesparlaments Steuerakten vorzulegen. Der Ausschuß war eingesetzt worden, um mögliche Steuerhinterziehungen in Zusammenhang mit Parteispenden an CDU, SPD und FDP aufzuklären.

Einmalige Bezüge steuerbegünstigt

dpa, München

Einmalige Bezüge, die ein Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber für eine mehrjährige Tätigkeit erhält, können zur Berechnung der Einkommensteuer auf bis zu drei Jahre verteilt werden. Dadurch wird die sonst eintretende Tarifprogression zum Teil beseitigt. Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs in München kann diese Regelung auch ein Arbeitnehmer in Anspruch nehmen, der beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben wegen Erreichens der Altersgrenze von seinem Arbeitgeber einen einmaligen Geldbetrag erhält. (BFH-Urteil VI R 109/79).

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Diskussion um v. Weizsäcker und das Versprechen an die Stadt

Das Unbehagen über Präsidenten-Spekulationen wächst / Bisher kein Nachfolger in Sicht

Von HANS-R. KARUTZ

Von der Industrie- und Handelskammer bis zu den CDU-Ortsvorsitzenden reicht in Berlin die Reihe derer, die mit größtem Unbehagen die Debatte darüber verfolgen, ob Richard von Weizsäcker den Ruf als Bundespräsident erreichen werde oder nicht. Denn Berlin lebt nach Jahren der Erschütterung vom Vertrauen auf gegebene Zusagen und vom Zutrauen in die gegenwärtige politische Führungsspitze. Die Wende, von der die Union seit Beginn ihrer Amtsübernahme in Bonn spricht, absolvierte an der Spree ihren ersten Probelauf.

Mitten in einer Phase, in der viele wirtschaftliche und politische Daten eine Aufwärtsbewegung in Berlin signalisieren, droht die Debatte über Weizsäckers eventuellen Weggang nach Bonn wieder den Hang zur Mutlosigkeit zu stärken, den viele Berliner längst überwunden glaubten.

Unter dem Motto „Berlin tut gut" verkündete die Stadt in den letzten Monaten nach außen ihr neues Selbstbewußtsein. Es gründete sich auch auf die Zusage des Bundeskanzlers, Berlin als „nationale Aufgabe" zu betrachten und diesem Anspruch entsprechend auszustatten. Angesichts des beharrlichen und mit Milliardenbeträgen forcierten Versuchs der „DDR", Ost-Berlin durch architektonische Glanzlichter immer mehr „Hauptstadt"-Charakter zu verleihen, muß sich der freie Teil der Stadt auf alle seine Kräfte konzentrieren, diesem Anspruch durch Eigenleistung und Vertrauen in die eigene Kraft zu begegnen.

Dazu braucht es Ruhe und Beständigkeit im Innern. Als die Union im September 1978 mit Richard von Weizsäcker einen der schon damals angesehensten deutschen Politiker in Berlin präsentierte und dem durchaus erfolgreichen Peter Lorenz den Verzicht auf den Platz Nummer 1 zumutete, gingen die Berliner von der Gewißheit aus: Gelingt es von Weizsäcker, das überholte und brüchige SPD-Machtkartell abzulösen, dann ist der Stadt über Jahre hinaus eine Bewegung in lichtere Höhen gewiß. 1981 gaben die Berliner Wähler dem Freizeit-Kletterer von Weizsäcker glatte 48 Prozent ihrer Stimmen.

Wer, fragt man sich heute, hätte mit Konzernen, Banken, Bundes- und Weltunternehmen wie Daimler, Siemens oder der problembeladenen AEG mit größerem Erfolg über ihr Berlin-Engagement verhandeln können? Wer hätte die Wirtschaftskonferenz zur Stärkung Berlins im Dezember 1982 mit einer besseren Erfolgsbilanz abgeschlossen? Wer anders als von Weizsäcker konnte glaubhaft vertreten, was er im Sommer 1981 in seiner Regierungserklärung angekündigt hatte: „Wir können und wir wollen uns wieder der Welt öffnen."

Seither sind die Hürden, die Industrie und Handel der Stadt immer wieder zu nehmen haben, keineswegs niedriger geworden. Aber die apokalyptischen Reiter, die kürzlich der Berliner DGB und nun auch der „Spiegel" in einer schwarz in schwarz malenden Darstellung in den Sattel hoben, sind nicht die bestimmende Wirklichkeit dieser Stadt. Ein Brutto-Sozialprodukt von fast 59 Milliarden Mark (1982), Lieferungen im Wert von

Landesbericht Berlin

27 Milliarden Mark und ein Einkommensniveau, das an die Spitzenstellung Hamburgs zumindest heranreicht, weisen Berlin weder als Armen- noch als Siechenhaus der Bundesrepublik aus.

Alle Kräfte anzuspannen und auch mit den Geldbeträgen aus Bonn, die 55 Prozent des Berliner Haushaltes ausmachen, sorgfältig und effizient umzugehen, verlangt einen hohen Einsatz. Das Amt des Regierenden Bürgermeisters kann deshalb in den Augen der Berliner nicht alle zwei, drei oder vier Jahre zum politischen Wechselbalg werden.

Schien Helmut Kohl noch im März 1983 nach der gewonnenen Wahl entschlossen, von Weizsäcker in der nach dem Amt des Kanzlers wichtigsten Aufgabe der Republik zu halten, so scheint diese Absicht zumindest ins Wanken geraten zu sein. Das mag an der Statur von Weizsäckers liegen, dem allgemein die Eignung zum Bundespräsidenten zugesprochen wird wie kaum einem anderen. Doch er erwiese Berlin den größeren Dienst, wenn er sich zum Bleiben entschlösse.

Auch Helmut Kohl müßte bei einem Bleiben ein Stein vom Herzen fallen. Denn wer könnte eine Berliner Vakanz ausfüllen? Die alte Hauptstadt, die stellvertretend für alle Deutschen ihre Aufgabe wahrnimmt und die Nation repräsentiert, verträgt gerade jetzt keine zweitbeste Lösung. Die Berliner erinnern sich an den von Richard von Weizsäcker wie von Hans-Jochen Vogel immer wieder angeführten Kardinalpunkt der „Entsolidarisierung" an einem so schwierigen und kräftezehrenden Platz wie Berlin.

Bei allen Nachfolger-Debatten, Lösungsmuster nicht zu erkennen. Bürgermeister Heinrich Lummer, ein gestandener Mann mit Sympathien auch bei rechten FDP-Politikern, stößt in der eigenen Truppe auf Vorbehalte. Fraktionschef Eberhard Diepgen (41) mag, wenn er klug ist, durch das Schicksal vieler politischer Frühstarter gewarnt sein. Blickt man ins Land hinein, sind die denkbaren Kandidaten nicht eben Legion. Ob die Benennung Manfred Rommels mehr bedeuten sollte als das Auflassen eines Versuchsballons, läßt sich noch nicht ausmachen.

Die FDP in Berlin ist durch das Fegefeuer einer Beinahe-Spaltung geschritten. Sie werden ihre parlamentarische Existenz nicht riskieren. Deshalb kann sie ein Wechsel im Amt des Regierenden Bürgermeisters nicht kalt lassen. Die stillschweigende und später ordentlich besiegelte Koalition vom Sommer 1981 war in erster Linie auf Weizsäcker gemünzt. Da jüngste interne Umfragen in Berlin die FDP an der Fünf-Prozent-Grenze und darunter sehen, muß der Partei an einem starken „Regierenden" gelegen sein.

Schon in dieser Phase heikler Spekulationen meinen manche Sozialdemokraten in der Stadt, wieder den Wind des Erfolges zu schmecken. „Ohne Weizsäcker steigen meine Chancen", sagt SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock.

Doch auch die abschätzige Bemerkung eines CDU-Spitzenmannes, „Jeder von uns würde gegen Ristock gewinnen", zeugt von Überheblichkeit. Die sozialdemokratische Grundneigung der Berliner ist ja keine Erfindung der Wahldemoskopen, und selbst heute weist keine Umfrage eine absolute Mehrheit für die Union aus. Leichte Zunahmen der SPD (1981 = 38,4 Prozent) und ein Anwachsen der „Alternativen" auf zehn Prozent könnte leicht zu hessischen Verhältnissen auch in Berlin führen, sollte die FDP scheitern.

Der Kanzler wird das Risiko wägen, durch neue politische Konstellationen in Berlin einen CDU-Wahlerfolg im Mai 1985 zu gefährden, zumal wenige Wochen später dann an Rhein und Ruhr die Wahl-Probe auf das Exempel in Bonn gemacht wird.

Richard von Weizsäcker bleibt bei diesem unbefriedigenden Stand der Diskussion seinem Lieblingsspruch treu: „Es kömmt, wie es kömmt, und so kömmt's." (Adalbert Stifter)

Hessische SPD begibt sich in Griff der Basis

Neue Entscheidungspraxis bindet die Parteispitze

D. GURATZSCH, Frankfurt

Wenig beachtet von der Öffentlichkeit, hat die hessische SPD auf ihrem letzten Parteitag am vergangenen Wochenende in Wiesbaden einen Beschluß gefaßt, der das Gesicht der Partei in der Zukunft verändern muß. Er wurde als Antrag Nummer 6 vom Frankfurter Unterbezirk eingebracht und hat folgenden Wortlaut: „Vor schwerwiegenden politischen Entscheidungen der SPD-Landtagsfraktion sollen die Landtagsabgeordneten die Meinung der Parteibasis einholen; dazu gehören neben den Parteitagen Mitgliederversammlungen und Wahlkreisdelegierten-Konferenzen." Nur drei der 233 Delegierten stimmten dagegen.

Der Charakter dieses Beschlusses steht außer Zweifel: Mit ihm zieht ein Stück grüne „Basisdemokratie" in die hessische SPD ein. Und das bedeutet für die Parteienordnung in der Bundesrepublik ein Signal. Ist doch ein entsprechender Beschluß weder im Godesberger Programm der SPD verankert noch bis heute etwa bundesweit „Beschlußlage" der deutschen Sozialdemokratie.

Was daraus für die künftige Parteiarbeit der hessischen SPD folgt, läßt sich nur erahnen. Immerhin hat der Frankfurter Unterbezirk in den Vordiskussionen seines Antrages bereits Beispiele für seine Anwendung gegeben. Der Beschluß soll unter anderem bei der Festsetzung von Neuwahlen, bei der Aufstellung von Kandidatenlisten und bei der Entscheidung von Koalitionsfragen gelten. Wie sehr sich Ministerpräsident Holger Börner an diese Praxis bereits gebunden fühlt, offenbarte er unmittelbar in einem Redebeitrag zu dem Antrag. „Ich verbürge mich dafür, daß die Partei auf einem Sonderparteitag gefragt wird, wenn wider alle Erwartung (bei den bevorstehenden Wahlen, d. Red.) eine unklare Situation eintreten sollte."

Etwa keine Konflikte?

Aber die Abgrenzung von „schwerwiegenden Entscheidungen" wird sich auf die genannten Beispiele nicht einengen lassen. Sind all die berühmten Konfliktthemen der hessischen Innenpolitik aus den vergangenen Jahren vom Kernkraftwerk Biblis bis zur atomaren Wiederaufarbeitungsanlage, von der Ernstbachtalsperre bis zur Grube Messel, vom Kohleabbau auf dem Hohen Meißner bis zum Autobahnbau und zur Umgehung Eltvilles etwa nicht „schwerwiegend" für die Landespolitik? Die Startbahn West wäre vermutlich bis heute noch nicht in Bau gegangen, wenn es vor zwei Jahren schon die jetzt eingeführte Entscheidungspraxis gegeben hätte.

Allein die Abgrenzung, was wirklich schwer wiegt für die hessische SPD, wird in der Zukunft zu neuem innerparteilichen Hader und zu einer weiteren Demontage der sozialdemokratischen Spitzenpolitiker führen. Durch die Hintertür ist etwas eingeführt worden, das die Politik eines sozialdemokratischen Kabinetts, wenn es durch die Wahlen zustande käme, lähmen und es in Konfliktfällen bis an den Rand der Regierungsunfähigkeit führen müßte.

Grüner Härtungsprozeß

In der Konsequenz ergibt sich daraus eine weitere Verschattung des sozialdemokratischen Wahlslogans „Schafft klare Verhältnisse". Nicht nur, daß die Partei ihren Wählern solche Verhältnisse nur für den unwahrscheinlichen Fall garantieren kann, daß sie die absolute Mehrheit erringt. Nicht nur, daß ihr Spitzenkandidat Holger Börner mit seinen schnell wechselnden Meinungen und seinem grünen Häutungsprozeß als Garant solcher Verhältnisse kaum noch scharfe Konturen besitzt – er wäre nach der neuen Beschlußlage gar nicht mehr Herr seiner Politik, sondern mit seiner Person und seinem Programm, so wie es die Grünen bereits vorführen, den wechselnden Strömungen und zufälligen Mehrheiten der Parteibasis ausgeliefert.

Mit anderen Worten: Auch ohne daß die Grünen wieder in den Hessischen Landtag einziehen und ohne daß sie mit der SPD koalieren oder zusammenarbeiten, wird das von ihnen in die hessische Politik eingeführte Element der Unbeständigkeit und Instabilität in der Politik der hessischen Sozialdemokratie und damit im neuen Hessischen Landtag Einzug halten. Das aber sind mit Sicherheit nicht jene „klaren Verhältnisse", die sich der hessische Wähler von Neuwahlen verspricht.

„Wir wollen die ganze Macht, ohne schwarze, ohne grüne, ohne gelbe Streifen", hatte der Europaabgeordnete der hessischen SPD, Rudi Arndt, dem Parteitag in Wiesbaden zugerufen. Der zum Beschluß erhobene Antrag 6 zeigt jedoch, daß diese „ganze Macht" von der sozialdemokratischen Parteibasis schon vor der Wahl verteilt und zerstückelt worden ist. Der Hirsch ist zwar noch nicht erlegt – er ist vielleicht noch nicht einmal in Sicht. Aber es wurden bereits die Lebensmittelkarten verteilt, die den Genossen ihren Anteil sichern.

Lettische Oppositionelle verurteilt

GREGOR KONDEK, Kiel

Das höchste Gericht der „Sozialistischen Lettischen Sowjetrepublik" in Riga hat ein erstes Urteil in der zur Zeit laufenden Serie von Prozessen gegen lettische Christen, Oppositionelle und Nationalisten gefällt. Nach einem neuntägigen Prozeß wurde am 12. August die 52jährige Krankenschwester Lidiya Doronina (geborene Lasmane) wegen „antisowjetischer Propaganda und Agitation" zu fünf Jahren Lagerhaft und drei Jahren Verbannung verurteilt. In Riga wurde dieses Urteil mit Bestürzung aufgenommen, denn Lidiya Doronina leidet seit Jahren an einer schweren Tuberkulose, die Folgen zweimaliger langjähriger Haftzeiten, zu denen sie bereits verurteilt war.

Als Beweis für die „antisowjetische Propaganda und Agitation" wurden Schriftstücke, Publikationen und Dokumente verschiedener Helsinki-Gruppen und der inoffiziellen Friedensbewegung in der Sowjetunion, der „Vertrauensgruppe zwischen den Völkern der UdSSR und der USA", herangezogen, die man am Tag der Verhaftung in der Wohnung der Krankenschwester beschlagnahmt hatte.

Wie unterdessen aus dem Bereich des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes in Riga infolge einer Indiskretion bekannt wurde, ist mittlerweile gegen den 55jährigen Gunars Freimanis und den 32jährigen Gederts Melngailis ebenfalls der Prozeß eröffnet worden. Freimanis war von 1964 bis 1968 wegen der Verbreitung von Gedichten schon einmal in Haft, und der praktizierende Christ Melngailis war seit Jahren bis zu seiner Verhaftung am 6. Januar massiven Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt.

Israel kürzt Verteidigungsetat

AP, Tel Aviv

Das israelische Kabinett hat im Rahmen allgemeiner Sparmaßnahmen auch den Verteidigungshaushalt deutlich gekürzt. Wie der staatliche Rundfunk dazu meldete, beschlossen die Minister in einer stürmischen Kabinettssitzung, in deren Verlauf Finanzminister Yoram Aridor seinen Rücktritt androhte, eine Kürzung der Militärausgaben um 279 Millionen US-Dollar für die nächsten beiden Jahre. Aridor hatte Streichungen von 350 Millionen Dollar vornehmen wollen, war jedoch auf den erbitterten Widerstand von Verteidigungsminister Mosche Arens gestoßen, der nur Kürzungen von 148 Millionen Dollar zulassen wollte. Diese 148 Millionen sollen in dem schließlich gefundenen Kompromiß 1984 und weitere 131 Millionen 1985 eingespart werden. Der im März beschlossene Verteidigungshaushalt für die folgenden zwölf Monate sieht Ausgaben von fünf Milliarden Dollar vor.

Peking hofft auf Normalisierung

dpa, Peking

Der chinesische Parteivorsitzende Hu Yaobang hat in einem Interview mit der japanischen Tageszeitung „Mainichi Shimbun" in Peking die Absicht seines Landes bekräftigt, zum 1. Juli 1997 die gesamte britische Kronkolonie Hongkong wieder unter chinesische Oberhoheit zu stellen. In den verbleibenden 13 Jahren bis zum Auslaufen des britisch-chinesischen Pachtvertrages wolle Peking ausreichend Erfahrungen sammeln, wie die Prosperität Hongkongs auch nach der Übernahme erhalten werden könne.

Über die Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen sagte der Parteichef, daß Peking hoffe, die Spannungen weiter abbauen zu können. Nach seiner persönlichen Überzeugung, fügte Hu hinzu, würde es auch dazu kommen. Die dritte Verhandlungsrunde zwischen Peking und Moskau soll in der zweiten Septemberwoche in der chinesischen Hauptstadt fortgesetzt werden.

Berlin bietet Wissenschaftlern aus aller Welt ein gemeinsames Dach

Internationales Begegnungszentrum für 26 Millionen Mark eröffnet / 78 Wohnungen

F. DIEDERICHS, Berlin

Die „Stadt der Wissenschaften", so Senator für Wissenschaft und Forschung, Wilhelm Kewenig (CDU) über den internationalen Rang Berlins bietet jetzt Forschern aus aller Welt mit einem architektonischen Kleinod ein in der Bundesrepublik einmaliges Dach über dem Kopf: Mit dem in dieser Woche eingeweihten „Internationalen Begegnungszentrum für ausländische Wissenschaftler" im Bezirk Wilmersdorf wurden die notwendigen Lebensbedingungen für Forscher geschaffen, die zusammen mit ihren Familien nach Berlin kommen und bisher vor dem zeitraubenden Problem der Wohnraumbeschaffung standen.

Das nach Wertung der zuständigen Senatsverwaltung „größte Begegnungszentrum für Wissenschaftler im ganzen Bundesgebiet" besteht aus 78 vollständig eingerichteten Wohnungen mit ein bis vier Zimmern, die für maximal drei Jahre zu einem Mietpreis von 13 Mark pro Quadratmeter an die Akademiker vergeben werden. Die mehr als 5700 Quadratmeter Wohnfläche des 26-Millionen-Objekts wurden von der Landesregierung, dem Bund, der Alexander-von-Humboldt-Stiftung sowie der Stiftung Volkswagenwerk finanziert. „Das Zentrum trägt dazu bei, den Ruf Berlins als ein Zentrum der Wissenschaften zu festigen und stellt gleichzeitig die Weltoffenheit und Gastfreundlichkeit der Stadt eindrucksvoll unter Beweis", so der CDU-Politiker Kewenig bei seiner Laudatio zur Eröffnung.

Wie sehr ein solches Zentrum fehlte, wird schon daran deutlich, daß die Wohnungen schon zum Zeitpunkt der Eröffnung ausnahmslos ausgebucht sind. Derzeit wohnen dort Wissenschaftler aus 30 Ländern, die von der Freien Universität, der Technischen Universität, der Hochschule der Künste, dem Wissenschaftszentrum, dem Hahn-Meitner-Kernforschungsinstitut oder der Max-Planck-Gesellschaft eingeladen wurden. Als erster Mieter in dem fünfstöckigen Begegnungszentrum bezog ein amerikanischer Physikprofessor von der University of Washington in Seattle sein Quartier in Berlin – er experimentiert an den Schwerionenbeschleunigern des Berliner Hahn-Meitner-Instituts.

„Kommunikation" in diesem Zentrum zu schaffen wurde von den Planern ebenso großgeschrieben wie das Bemühen, den Gästen Berlins angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Eine „kontaktfreundliche Bauweise" mit Gemeinschaftsräumen, einer Bibliothek, einem Gewächshaus und einem Dachgarten, auf dem die Wissenschaftler Grün nach eigenem Gusto kultivieren können, solle Gemeinsamkeiten fördern und nationale Grenzen überwinden helfen. Wie sehr Berlin seine ausländischen Gäste am Herzen liegen, beweist auch ein Glaspavillon am Haupteingang des Zentrum: Hier können sich die Forscher auf Zeit Kunstwerke ausleihen, die der Senat mit öffentlichen Mitteln auf Kunstausstellungen erworben hat. Auch mit diesem Angebot huldigt Berlin der Ansicht, die Heinrich Heine schon 1828 vertrat: „Berlin gibt den Ort dazu her, wo sich eine Menge Menschen, und zwar darunter viele Menschen von Geist, versammeln."

Deutsche Jugend: Kühler Blick auf die USA?

Reportage der „New York Times" aus der Bundesrepublik

RS. Bonn

Als Generation, die sich nicht länger durch die Kriegsverbrechen Hitlers belastet fühlt und zugleich vielfach den Vereinigten Staaten reserviert gegenübersteht, charakterisiert der Korrespondent der „New York Times" die Generation der 20 bis 30jährigen in der Bundesrepublik Deutschland. In einem gestern von der „International Herald Tribune" nachgedruckten Artikel bescheinigt James M. Markham den jungen Deutschen das fast vollständige Fehlen eines auflebenden Nationalismus beeines Patriotismus. Gleichzeitig machte der Journalist bei der deutschen Jugend jedoch eine zunehmende Suche nach einer eigenen – deutschen – Ausdrucksweise in der Umgangssprache und in der Kunst aus.

In seinem Bericht beschäftigt sich Markham ausführlich mit den Grünen, die überwiegend von Wählern unter 35 Jahren unterstützt werden. Er macht jedoch deutlich, daß lediglich 15 Prozent der Jugendlichen die Grünen wählen. Die Prominenz der Grünen führt der Journalist größtenteils auf deren Ressentiments gegenüber den USA zurück, die nach seiner Ansicht bei großen Teilen der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls anzutreffen seien. Um diese These zu illustrieren, berichtet der Journalist über seine Gespräche mit Jugendlichen in dem Westerwald-Dorf Eschelbach. So hätten in einem Lokal elf Jugendliche zwischen 18 und 26 folgende Haltung akzeptiert: Die Außenpolitik Präsident Reagans ist eine Gefahr für Westdeutschland, sie droht das Land in einen Atomkrieg zu verwickeln. Weitere Meinungen dieser Jugendlichen waren: „Ich habe kein nationales Gefühl gegenüber Deutschland. Ich fühle mich mehr als Europäer." Oder: „Ich bin echt aggressiv gegenüber den Amerikanern."

Diese Aussagen haben offenbar die „Herald Tribune" zu der Überschrift: „Westdeutschlands schuldfreie Generation wirft einen kühlen Blick auf die USA" veranlaßt. In dem Bericht wird jedoch deutlich, daß fast 80 Prozent der Jugendlichen es „gut" finden, daß die Bundesrepublik Mitglied der NATO ist, gegenüber zehn Prozent, die die NATO ablehnen.

Die Wandlungen der Ausländerbeauftragten Funcke

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

In einem Brief an Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Liselotte Funcke (FDP), festgestellt, daß es ein ihr zugeschriebenes Zitat: „Zimmermanns Bemerkungen zur Ausländerpolitik sind Futter für die Rechtsradikalen" nicht gebe. Entgegen diesen Bekundungen bleibt die in Hagen erscheinende Zeitung „Westfalenpost" dabei, daß diese Worte in einem Interview mit dem Blatt, das in Frau Funckes Wahlkreis erscheint, gefallen sind.

Nicht zurückgenommen oder korrigiert wurde von Frau Funcke die in dem Zeitungsbericht ihr zugeschriebene Äußerung, an der wachsenden Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik seien „auch die Regierenden in Bonn nicht schuldlos", wobei die FDP-Mitglieder der Regierung eingeschlossen sind. Dazu erklärte der Sprecher des Bundesinnenministeriums Michael-Andreas Butz am Dienstag: „Es spricht nicht für konstruktive Zusammenarbeit, wenn Frau Funcke so massive Vorwürfe drei Tage lang im Raum stehen läßt und sich zu einer Teilkorrektur erst entschließt, nachdem Regierungssprecher Jürgen Sudhoff öffentlich im Namen der Bundesregierung derartige Redensarten zurückgewiesen hat." Man dürfe von einem Bundesbeauftragten verlangen, daß er sich gerade beim Problem Ausländer unzweideutig präzise ausdrücke und nicht bei Redakteuren laut denke. Auf Anfrage ließ die „Westfalenpost" erklären, Frau Funcke habe sich telefonisch von der Richtigkeit der Zitate überzeugen lassen und gesagt, es sei ihr da wohl etwas „durchgerutscht".

Hauptansatzpunkt des Widerstandes von Frau Funcke gegen Zimmermanns Ausländerpolitik ist der Plan, daß türkische Gastarbeiter ihre Kinder nur bis zum sechsten Lebensjahr nachholen können und nicht danach, da dann eine Integration oder ein Erlernen der Sprache nicht mehr möglich seien. Dies war exakt auch das Konzept des letzten SPD-Arbeits- und Sozialministers Heinz Westphal. Als Westphal es im Juli 1982 bekanntmachte, meldete Liselotte Funcke Einspruch. Fast vergessen wie diese Episode sind Frau Funckes Pläne von März 1982, als sie sich für „finanzielle Anreize" zur Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer aussprach und dabei die Summe von rund 50 000 Mark für jeden Rückkehrer nannte. Ihr Amtsvorgänger als Ausländerbeauftragter, der vormalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), wandte sich gegen diese Menschenfreundlichkeit mit Hinweis auf die „astronomischen Kosten" für die Staatskasse.

Bekannt wurden dann Frau Funkkes Versuche, der auch von Bundeskanzler Helmut Schmidt vertretenen Position entgegenzutreten, nach der Ausländer sich nach einer Reihe von Jahren entscheiden müßten, ob sie in ihre Heimat zurückkehren oder die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen wollten. Die Bundesrepublik Deutschland, so Schmidt damals, sei „kein Einwanderungsland". Frau Funcke schlug vor, eine „gestufte Doppelstaatlichkeit" einzuführen, da viele Ausländer die Aufhebung ihrer ursprünglichen Staatsbürgerschaft nicht nachweisen könnten. Auch dürfe man vor Einbürgerung nicht „ausreichende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift" oder „geordnete Familienverhältnisse" verlangen.

Ihren Rückzug ins Privatleben hat die 65jährige Politikerin, die 18 Jahre lang dem Bundestag angehörte und von 1969 bis 1977 Bundestags-Vizepräsidentin war, schon in einem Interview am 21. Juli 1983 mit dem Satz angedeutet: „Ich könnte natürlich nicht Ausländerbeauftragte sein, wenn ich gegenüber der Regierung in den entscheidenden Punkten eine andere Auffassung vertreten müßte."

Kanadas Liberale brauchen Aufwind

Kabinettsumbildung mit Blick auf die Wahlen / Kandidiert Trudeau?

A. v. KRUSENSTIERN, New York

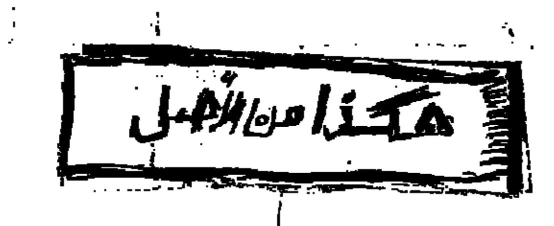
„Wenn man in einem sinkenden Schiff sitzt, ist es besser, irgend etwas zu unternehmen, als still ergeben zu ertrinken." Nach Meinung eines Leitartiklers des „Toronto Star" ist das die einzige Erklärung für die Kabinettsumbildung, die Kanadas Ministerpräsident Pierre Elliott Trudeau vorgenommen hat: Fünf relativ unbekannte Minister wurden durch fünf noch unbekanntere Hinterbänkler des Parlaments ersetzt. Acht anderen wurden innerhalb des Kabinetts neue Aufgaben zugewiesen. Warum Trudeau diese Änderungen vornahm, ist keinem Kanadier so recht klar.

Als einziges klassisches Ressort wurde das Verteidigungsministerium vom Revirement betroffen. An der Spitze dieses Ministeriums steht jetzt Jean-Jacques Blais statt Gilles Lamontagne. Die kanadische Verteidigungspolitik wird davon nicht betroffen, da Trudeau jeden Cent, der für Verteidigungszwecke ausgegeben wird, für verschwendet hält, und vom jeweiligen Verteidigungsminister nur verlangt, daß er keine unangenehmen Forderungen stellt.

In Kanada sind spätestens im Frühjahr Neuwahlen fällig. Gallup-Umfragen ergeben regelmäßig, daß Trudeaus Liberale in der Gunst der Wähler tief nach unten abgerutscht sind: Weniger als ein Drittel würde heute für die Liberalen stimmen, und die konservative Opposition gibt sich siegessicher.

Am Wichtigstens ist es für die Liberalen, ihre Position im industriellen Herzen Kanadas, im Großraum Toronto, zu verbessern. Das ist vermutlich der Grund, warum Trudeau bei der Regierungsumbildung gleich drei Abgeordnete aus Toronto ins Kabinett geholt hat. Der bisherige Umweltminister John Roberts, der jetzt das Ressort Arbeitsbeschaffung und Einwanderung leitet, bestätigte dies: „Die Kabinettsumbildung wird uns bei der Lösung unserer Probleme in Toronto helfen", sagte er. Brian Mulroney, Kandidat der Konservativen für das Amt des Premierministers, bezweifelt allerdings, daß die Regierungsumbildung die Stellung der Liberalen verbessert hat. „Ein großer Tag für die Mittelmäßigkeit", höhnte er. „Aber es ist natürlich schwer, durch das Mischen von Karten etwas zustandezubringen, wenn man nur schwache Karten in der Hand hält."

In der Öffentlichkeit wurde die Regierungsumbildung mit Achselzukken quittiert. Die einzige politische Neuigkeit, die die Kanadier heute wirklich interessieren würde, wäre eine klare Antwort Trudeaus auf die Frage, ob er noch einmal kandidieren will. Manche Parlamentarier glauben, daß er sich schon bald äußern wird, damit die Liberale Partei Zeit hat, bis zur Wahl einen neuen Parteichef aufzubauen.



Trotz seiner Politik der Stärke ist Reagan schon Wahlkämpfer

Erfolge im Kongreß, aber schlechte Zensuren bei Meinungsumfragen

TH. KIELINGER, Washington

„Die Kanonen des August" betitelte die Historikerin Barbara Tuchman ihr berühmtes Buch über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. „Guns of August" vermeinen die Amerikaner jetzt wieder zu hören, wenn sie den Geräuschen lauschen, die die Außenpolitik Präsident Reagans in diesem Sommer macht. Nicht, daß eine neue Katastrophe weltkriegsähnlicher Art drohte. Aber ein wenig benommen ist man doch von all den Kanonenbooten, die die Administration *in der Welt aufkreuzen läßt*.

Manöver in Honduras; Expeditionen von Flugzeugträgerverbänden in die Karibik und in die Nähe von Nicaraguas Pazifikküste; Awacs-Radarflugzeuge, die nach Sudan geschickt werden, zur Aufklärung über Tschad, wenn es sein muß; der Flugzeugträger „Eisenhower" vor Libyens Küste; Manöver in Ägypten, So*malia und Oman. Das Weiße Haus* faßt zusammen und nennt es: Flagge zeigen. Das Volk erinnert sich an einen anderen Terminus: Kanonenbootpolitik.

Das Vorgehen verrät die Handschrift Präsident Reagans. Es hebt sich ab von der Angst und den Zweifeln seines Landes. Alle Umfragen belegen es: Die Bevölkerung *schreckt vor solchen außenpoliti*schen Demonstrationen der Stärke eher zurück. Entsprechend niedrig sind die Zensuren, die man Reagan für sein politisches „Muskelspiel" erteilt. Während er nach wie vor positiv für seine Gesamtleistungen im Amt bewertet wird (52:44 Prozent, nach der letzten ABC/„Washington Post"-Umfrage), kehrt sich das Ergebnis, *allein auf die Außenpolitik bezogen*, ins Negative: 42:49 lautet das Verdikt.

Seit neuestem fächert man diese Ergebnisse auch nach den Geschlechtern auf. Sie zeigen, daß die Kluft in den Präferenzen zwischen Männern und Frauen in Amerika mit immer deutlicherem Bezug auf das Wahljahr 1984 hin interpretiert wird – mit einem für Reagan ungünstigen Resultat. Die Wählerinnen – glaubt man den Umfragen und den Äußerungen prominenter Sprecherinnen – scheinen auf große Distanz, wenn nicht Abneigung zur Präsidentschaft Reagans geschaltet zu haben.

In diesem Sommer macht Reagan Politik für den amerikanischen Mann, wie es scheint. Das mag zwar den Präsidenten nicht weiter anfechten, beginnt dagegen die Wahlstrategen in seinem Lager ernsthaft zu beunruhigen. Politik ist für Reagan Darstellung und Durchsetzung von Macht, im Rahmen des Möglichen.

Er geht bei seiner Politik der Stärke unbeirrt seinen Urteilen und Instinkten nach, die sich mit denen seines Sicherheitsberaters William Clark decken. Dabei haben beide an Flexibilität hinzugelernt; sie haben erfahren müssen, daß es *Machtstrukturen* außerhalb des Weißen Hauses gibt, die es zu respektieren gilt.

Examina in Realpolitik

Reagan mußte beim Pipeline-Streit mit den Europäern erkennen, wo die stärkeren Bataillone standen, und er ließ seinen Widerstand fallen. Er trug *dem spezifischen Gewicht der amerikanischen* Farmer Rechnung und machte mit den Sowjets einen neuen langfristigen Weizen-Liefervertrag. Er lernte die Sorgen der europäischen Bündnispartner um die Genfer Abrüstungsgespräche kennen und zeigte sowohl bei den INF- als auch bei den START-Verhandlungen neue Flexibilität.

Diese Examina in Realpolitik haben den Präsidenten in seiner inneren Sicherheit eher gestärkt. Er muß jetzt nicht nach militärischen Demonstrationen der Stärke greifen. Aber er will amerikanische Bereitschaft beweisen, auf Gebieten, wo er sie allzu lange vermißt zu haben glaubt. Daß das Land zweifelt und unsicher wirkt, ist nicht die Schuld des Präsidenten. Eher sind es die nach dem Vietnam-Fiasko erlebten Jahre des unsicheren Umgangs mit den Instrumenten der Macht, die die Maßstäbe verrückt und die USA in anhaltende Zweifel über ihre Fähigkeiten und ihre Grenzen gestürzt haben.

Der Kongreß zeigt sich von Reagans Aufführung dennoch beeindruckt. Es hat nur eine nennenswerte Niederlage für den Präsidenten in den vergangenen sieben Monaten gegeben, die Abstimmung im Repräsentantenhaus gegen eine Fortsetzung der Hilfe für die in Nicaragua operierenden „Contras".

Reagan verlor zwar auch in der „Freeze"-Debatte. Aber das angenommene Papier war so verwässert in seiner Sprache, daß das Weiße *Haus gut damit leben konnte. Auch* die gewünschte Verteidigungssteigerung um zehn Prozent kam nicht durch, wurde fast halbiert. Aber das militärische Aufbauprogramm blieb dennoch unangetastet.

Das Wirtschaftsprogramm der (jetzt mehr gemäßigten) Kürzungen und der Steuererleichterung blieb ebenfalls in der Substanz unangetastet. *Hinzu kommen eine erstarrende* Konjunktur, sinkende Arbeitslosigkeit, aber gleichzeitig bleibt dieser Aufschwung durch die nicht kurierten Defizite gefährdet. Wie gefährdet, zeigte sich gerade an dem auf 11 Prozent gekletterten Leitzins (Prime Rate). Die Finanzmärkte leben in beständiger Sorge, daß weiter anziehende Zinsen den Aufschwung enthaupten könnten.

Dies käme fast auch einer politischen Enthauptung Reagans gleich. Die Wirtschaft ist derzeit sein stärkster Trumpf, abgesehen von der persönlichen Wertschätzung, die die Amerikaner ihm entgegenbringen.



Frankreichs „Operation Manta" soll Libyen warnen. Wird Tschad geteilt?

Eingreifen macht Unterschiede der Pariser Koalition deutlich / Sozialisten sind betreten

H. WEISSENBERGER, Paris

Die Stationierung der nach Tschad entsandten französischen Fallschirmjägereinheiten und die auffällige Zurückhaltung der Regierung in Paris in ihren Kommentaren zur Lage in Tschad lassen in der Öffentlichkeit immer stärker den Verdacht aufkommen, daß Frankreich bereit ist, eine De-facto-Teilung seiner ehemaligen Kolonie hinzunehmen.

Die Gerüchte um angebliche Verhandlungen oder zumindest diplomatische Kontakte, direkt oder indirekt, zwischen Tripolis und Paris halten sich hartnäckig. Diese Gerüchte wurden nicht zuletzt durch eine Erklärung des ehemaligen Industrieministers Jean-Pierre Chevenement, des Chefs des linken Flügels der sozialistischen Partei, genährt. Er sagte, er habe „volles Vertrauen in die französische *Diplomatie*, Frankreich so weit als möglich von einem glitschigen Terrain fernzuhalten".

Die Entsendung kleiner Fallschirmjägereinheiten nach Salal und Abéché wird von der Regierung in Paris offiziell als ein „Warnsignal" an Libyens Staatschef Khadhafi interpretiert: „Bis hierhin und nicht weiter."

Die Opposition sieht dies jedoch anders, nämlich als Anzeichen dafür, daß Paris bereit sein könnte, die gesamte Region des BET im Norden (Borku-Ennedi-Tibesti) dem Rebellen Goukoumi Weddeye und damit indirekt den Libyern zu überlassen. Von Khadhafi erwarte man im Gegenzug, daß er den Rest des Landes unter der Regierung von Hissène Habré unangetastet läßt.

Einen ungewöhnlichen Vorschlag unterbreitete der kommunistische Milliardär Jean-Baptiste Doumeng: „Warum geben wir nicht ein Stück Tschads Libyen und das andere der Zentralafrikanischen Republik?" Er sprach damit offen aus, was nicht wenige Kommunisten denken. Die KPF ist gegen das militärische Eingreifen Frankreichs, will deshalb jedoch die Regierungskoalition nicht platzen lassen. Der kommunistische Minister für die öffentliche Verwaltung, Anicet le Pors: „Die KP ist eine Regierungspartei, die auf dialektische Weise ihre eigenen Überlegungen und die Zugehörigkeit zur Regierung in Einklang bringt."

Die Intervention in Tschad unterstreicht nicht nur erneut die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialisten und Kommunisten in der Außenpolitik, sondern löste auch innere Spannungen und Betretenheit in der sozialistischen Partei aus. Einerseits ist in Frankreich die herbe Kritik nicht vergessen, die Mitterrand und seine Partei an den „neokolonialistischen" Interventionen Giscard d'Estaings in Afrika übten, andererseits steht die Entsendung von Militärs in krassem Gegensatz zu der progressiven Dritte-Welt-Ideologie der Partei, die auch in Mitterrands Wahlplattform Eingang gefunden hatte.

Für die Linkssozialisten ist die „Operation Manta", wie der Code-Name für das Tschad-Unternehmen lautet, mehr als peinlich. Der „rechte Flügel" des sozialistischen Spektrums dagegen hat erkannt, daß es sich in Tschad nicht nur um eine Auseinandersetzung „zwischen zwei Chefs, Habré und Weddeye" handelt, wie Außenminister Cheysson noch vor wenigen Tagen in einer wenig glücklichen Formulierung befand, sondern um einen „lokalen Krieg innerhalb des Ost-West-Konflikts".

So unterzeichneten eine Reihe von Linksintellektuellen, darunter der *Schriftsteller André Gluecksman* und der Sänger Yves Montand, in der linken Tageszeitung „Libération" einen Aufruf, in dem eine „direkte und wirksame" Intervention in Tschad, einschließlich des Einsatzes von französischen Flugzeugen, gefordert wird.

Die Opposition hält sich vorläufig mit wenigen Ausnahmen zurück. Denn weder de Gaulle noch Pompidou noch Giscard d'Estaing war es gelungen, den Frieden in Tschad zu sichern. (SAD)

Widerspruch bei Chiles Streitkräften

Generäle verurteilen gewaltsames Vorgehen gegen Demonstranten

WERNER THOMAS, Miami

Bei einer Messe in der Kathedrale von Santiago, bei der Erzbischof Juan Francisco Fresno seines 25jährigen Bischofsjubiläums gedachte, beklagte er das Blutvergießen der letzten Tage. Der Haß habe „die Seele der chilenischen Familie vergiftet". Er beschwor seine Landsleute, „außerordentliche Anstrengungen" zu unternehmen, „um diese schreckliche Welle der Gewalt zu beenden".

Von Regierungsseite wurden „wichtige Maßnahmen im politischen und wirtschaftlichen Bereich" angekündigt. Damit solle die „endgültige Lösung der Probleme des Landes" erreicht werden, meinte der Generalsekretär der Regierung, Marquez de la Plata. Innenminister Onofre räumte ein, daß die wirtschaftliche Situation in Chile für viele, vor allem für die Arbeitslosen, zu Recht Anlaß zu Demonstrationen gebe.

Noch ist den Chilenen der vierte nationale Protesttag in Erinnerung. Die bisher schwersten Demonstrationen gegen die Regierung Präsident Pinochets hatte mindestens 24 Tote und 62 Verletzte gefordert; 2425 Personen wurden festgenommen.

„Ohne das massive Auftreten der Sicherheitskräfte wären die Proteste ohne größere Zwischenfälle verlaufen", meinte der christdemokratische Parteichef Gabriel Valdes, der die *Oppositionsbewegung* Demokratische Allianz führt. Die Zeitungen berichteten, daß die Soldaten gelegentlich in Wohnungen schießen, in denen auf Kochtöpfen getrommelt wurde – das Geräuschsignal der Demonstranten. So starb das achtjährige Mädchen Marcela Angelica Marchant Vivar, das gerade seine Hausarbeiten machte.

Die Bischofskonferenz verurteilte „die Drohungen, Provokationen und die Repression". Selbst zwei Generäle distanzierten sich öffentlich von dem Vorgehen der Sicherheitskräfte. Armeegeneral i. R. Roberto Viaux Marambio, der den Ruf hat, weit rechts zu stehen, erklärte: „Polizeiaktionen sind nicht die angemessenen Aufgaben der Streitkräfte."

Luftwaffenchef Fernando Matthei bestritt die Darstellungen von Regierungssprechern, die Sicherheitskräfte seien von „subversiven Elementen" provoziert worden. „Ich habe in keinem der von mir besuchten Stadtteile Zusammenstöße gesehen." Die Luftwaffe trage keine Verantwortung *für die Todesfälle, betonte er und* sagte: „Es wird Zeit, daß wir uns mit den politischen Parteien verständigen. Die Zeit für politische Diskussionen ist gekommen." Obwohl Matthei als Mann mit liberaler Gesinnung gilt, hat er bisher immer den Präsidenten verteidigt und seine Absichten unterstützt, bis mindestens 1989 zu regieren.

Innerhalb der Armee, dem mächtigsten Truppenverband, den Pinochet nach wie vor kommandiert, gab es zwar noch keine Meinungsverschiedenheiten, die an die Öffentlichkeit drangen. Der christdemokratische Führer und Ex-Außenminister Valdes erinnerte aber: „Auch die Armee-Offiziere sind Chilenen, und ich hoffe, daß sie sich dessen bewußt sind."

Valdes registrierte „ermutigt" das Verhalten der US-Regierung während der Krise. „In den letzten Monaten haben die Vereinigten Staaten das Interesse an einer Rückkehr zur Demokratie bekundet, ein positiver Positionswechsel nach Jahren der stillen Diplomatie." Als Valdes im Juli fünf Tage im Gefängnis saß, bezeichnete der State-Department-Sprecher Alan Romberg seine Festnahme „bedauerlich" und nannte den Christdemokraten „einen prominenten demokratischen Führer". Romberg betonte, seine Regierung unterstütze „den Übergang zur Demokratie, den die breite Mehrheit der Chilenen wünscht".

Die Zeitungen Santiagos haben diese und andere Äußerungen Rombergs an prominenter Stelle verzeichnet. In diplomatischen Kreisen Santiagos wird die Meinung vertreten, daß Washington zu Pinochet auf Distanz geht. (SAD)

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Freihändiger Verkauf auf dem Wege einer öffentlichen Versteigerung in der Gemeinde Cologny – Genf am Mittwoch, dem 28. September, um 14.30 Uhr

Im Büro von Christian Rosset, Vollstreckungsbeamter, in 29 rue du Rhône, Genf, wird der freihändige Verkauf der im folgenden beschriebenen Immobilien durch den Notar Jean-Marc Delessert, assistiert von Christian Rosset, Vollstreckungsbeamter, auf dem Weg einer öffentlichen Versteigerung vorgenommen werden.

Lagebericht

Es handelt sich um folgende Parzellen im Gemeindegebiet von Cologny, chemin de Ruth:

Block B	Block D	Block E	Block F	Block G
Parz. 1486	Parz. 1489	Parz. 1488	Parz. 1487	Parz. 1491
Blatt 29	Blatt 29	Blatt 29	Blatt 29	Blatt 29
mit	mit	mit	mit	mit
15 AR, 14 m²	16 Ar, 4 m²	16 Ar, 1 m²	24 Ar, 17 m²	42 Ar, 67 m²
Preisansätze				
SF. 575 000	608 000	608 000	1 087 000	2 713 000

Er hängt von den Parzellen 1486, 1489, 1488, 1487 ab, wobei für jede dieser Parzellen ein ¼ Miteigentumsrecht an der Parzelle 1492 – 6 Ar, 4 m², an dem Chemin de Ruth gelegen – gilt.

Auf der Parzelle 2491 befinden sich die Gebäude Nr. B 280, eine Garage im Rohbau, 36 m², B 281, ein Nebengebäude aus Holz, 5 m² und eine Wohnung im Rohbau, B 282, 1 Ar, 90 m² – gelegen an der Route de la Capite 109.

Erwerbsfähigkeit

Die Bieter werden auf die geltenden Rechtsbestimmungen einschließlich Verordnungen über die Anlage von ausländischen Geldern in Form von Wertpapieren aufmerksam gemacht, wobei in bestimmten Fällen der Erwerb von Immobilien einer vorherigen Genehmigung bedarf. Bedarf es einer derartigen Genehmigung, so muß diese vor der Versteigerung entsprechend den Bedingungen der Angebotsunterlagen vorgelegt werden.

In die Angebotsunterlagen, Verkaufsklauseln und Verkaufsbestimmungen, die von dem Genfer Notar Jean Marc DELESSERT aufgestellt worden sind, kann in dessen Büro in Genf, 15 Quai de l'Ile, bzw. im Büro von Christian ROSSET, Vollstreckungsbeamter, 29 rue du Rhône, Tel. 28 96 33, Einsicht genommen werden.

Ortsbesichtigung

Für eine Ortsbesichtigung wende man sich an CHRISTIAN BOSSET, Vollstreckungsbeamter, in der rue du Rhône 29, Tel. 28 96 33.

Jean Marc Delessert, Notar

Achtung, Kapitalanleger!

Notverkauf: In einer östlichen Stadt des Ruhrgebiets verkaufe ich als Bauherr meine in City-Lage notleidend gewordene Baumaßnahme unter den Gestehungskosten.

3 fertiggestellte Komfort-Stadthäuser mit gesamt 800 m² Wfl.

Wert: 2,4 Mio., an schnellentschlossenen Käufer für DM 2000,– pro m², gesamt 1,6 Mio. umständehalber.

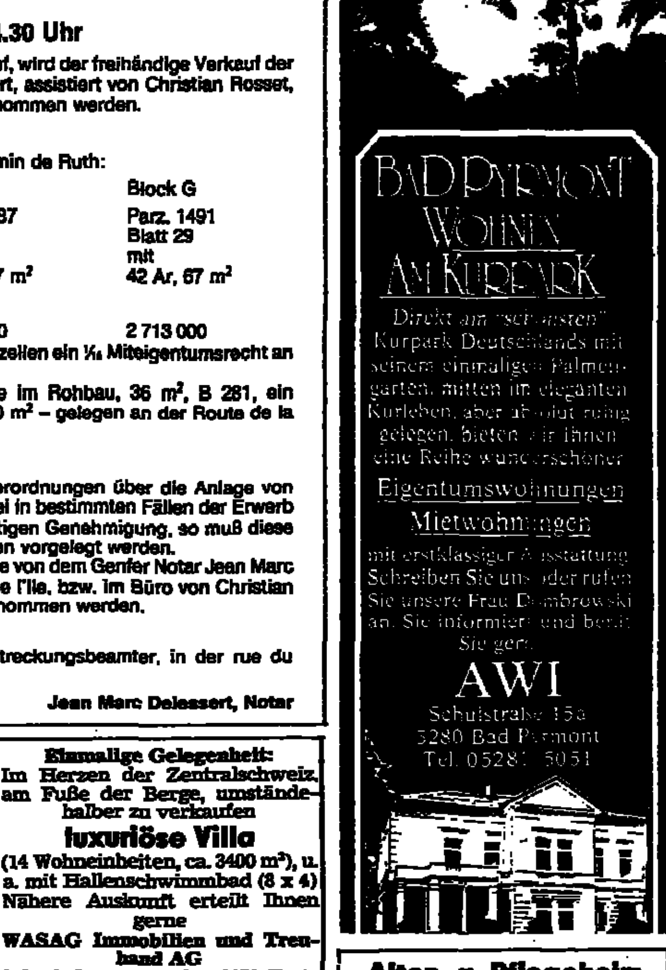
Angebote u. Z 8762 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einmalige Gelegenheit:
Im Herzen der Zentralschweiz, am Fuße der Berge, umständehalber zu verkaufen

luxuriöse Villa

(14 Wohneinheiten, ca. 3400 m³), u. a. mit Hallenschwimmbad (8 x 4) Nähere Auskunft erteilt Ihnen gerne

WASAG Immobilien und Treuhand AG
Schmiedgasse 70, CH-6472 Erstfeld



Tropische Hazienda in Kolumbien

verkauft Schweizer Ehepaar. 180 ha im Flachland (Dep. Meta). 60 Min. von Villavicencio. Bauerngut mit Herrschaftshaus, Personalunterkünften, Licht, Kraft, Wasser. Viehzucht in voller Produktion, Orangenplantagen im Aufbau, Wald und reiche Tierwelt. Grundbucheintrag. Stabile polit. Verhältnisse. VP Fr. 750 000,– zuzüglich Vieh. Besitzer weilt im September in Zürich.

Kontakte über RA Dr. Hans H. Schmid
Fach 3 68, 8038 Zürich
Tel. 0 04 11 / 4 82 72 51
Telex 5 64 70

HORIZONS 2000

sucht Agenten, um eine einmalige Anlagemöglichkeit in erstklassigem Agrarland anzubieten, mit außergewöhnlich hohem mittel- und langfristigen Einkommen. Projektiertes jährliches Einkommen über 50 % während Jahrzehnten. Erste Investitionsphase termingerecht abgeschlossen. Mindesteinlage $ 12 500,–. Material steht in Englisch, Französisch, Deutsch oder Arabisch zur Verfügung. Für weitere Auskünfte:

GLOBE PLAN SA,
24, Av. Mon-Repos,
1005 Lausanne, Schweiz
Tel. (21) 22 35 12, Telex 2 5 185

Exklusives Ferienhaus

Damp 2000

Bj. 82, 87 m² Wfl., mit Keller und Kamin, ruhige Lage, Wald- und Strandnähe, zu verkaufen, DM 350 000,– VB.

Angebote unter Y 8761 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

100 % Profit und mehr mit Aktien!

AWIA GmbH · Adenauerallee 11 · 5300 Bonn 1

Borkum

Sehr schöne Ferienwohnung

Wohnraum, Schlafraum, Küche, Diele, Bad, Loggia, Gesamtfläche ca. 44 m², Kaufpreis inkl. Möblierung DM 157 500,–. Weitere Ferienwohnungen ab DM 110 000,–. Beratung auf der Insel am 17. 8. und 20. 8. 1983 ab 14 Uhr im Seehotel Upstalsboom.

W. H. JANSSEN IMMOBILIEN
Friedr.-Ebert-Str. 69–71
2970 Emden
Telefon (04921) 25101

W. H. JANSSEN
Ihr Partner seit 1967

Alten- u. Pflegeheim

(laufender Betrieb) zur Pacht von solventem u. fachkundigem Team gesucht. Zuschr. erb. unt. S 8425 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Hamburg 1

Büro in repräs. Gebäude neben ADAC, 236 m², 7 Zi., 2 Nebenr., Kü., 2 Toil., Empfang. Alle Räume m. EDV-Anschluß; DM 15,15/m² + NK u. Parkplätze.

Racal GmbH, Amsinckstr. 45, Tel. 0 40 / 23 10 46

Beispiel

Niger: In der Provinz Dosso entstehen 200 neue Brunnen. Dorfbewohner graben sie selbst. Dazu wird einfaches Gerät und Baumaterial benötigt. Eine Schaufel kostet DM 20,–.

Brot für die Welt
Postscheck Köln 500 500-500

NEU! agm DATA

Das konkurrenzlose Produkt für alle TV- und Computer-Bildschirme!

Exklusiv-Vertretung

an Handelsvertreter für verschiedene PLZ-Gebiete zu vergeben. Sicherheitsleistung von DM 20 000,– erforderlich.

Exklusiv-Vertrieb

für mehrere europäische Länder noch frei! Erforderliches Kapital 150 000,–.

Weitere Informationen bitte anfordern bei:
agm-Vertrieb, L. Möller, Über der Siege 4, 3584 Zwesten 1, T. 0 56 26 / 15 12

Leistungsfähige Gesenkschmiede in NRW hat

Ringschrauben DIN 580 und Ringmuttern DIN 582

neu ins Programm aufgenommen. Lieferung erfolgt aus Lagervorrat und zu besonders günstigen Bedingungen.

Wir suchen

Vertreter,

die den Schraubengroßhandel bearbeiten.
Angebote unter P 8577 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

● EXISTENZ ODER ZWEITES BEIN ●

Hohes Einkommen durch Alleinvertrieb unseres erfolgreichen Produkts (Marktlücke) in vertragl. gesch. Gebieten der BRD. Wir helfen durch Schulung und Werbung. Erforderl. Startkapital DM 15 000,–. *Rückfluß schon nach 12 Wochen. Alle Angaben belegbar.* Angebote erb. unt. Y 8805 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Es ist beabsichtigt, die geschützten Rechte an einem salzfreien, ökologisch reinen und auftauenden Winterstreumittel, das in Zusammenarbeit mit dem Prüfinstitut einer TH der Bundesrepublik Deutschland entwickelt wurde und dessen Eigenschaften durch Prüfzeugnisse nachgewiesen sind, zu verkaufen, bzw. es werden zwecks eigener Vermarktung Kapitalanleger gesucht.

Darüber hinaus sollen im europäischen Ausland Lizenzen vergeben werden. Interessenten melden sich bitte unter PP 48458 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

ACHTUNG

Vergeben an eingeführtes Vertriebsunternehmen, Gebiet Norddeutschland, ab 1. 9. 1983 die Vertretung für ein einmaliges, rein biologisches Hautöl

Anfragen an: Alldienst Service, Postf. 12 65, 7770 Überlingen/Bodensee

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

EL CAPISTRANO VILLAGES. NERJA (MALAGA), SPANIEN.

VERKAUFSAGENTEN gesucht

Wir suchen Verkaufsagenten mit Verkaufserfahrung in Spanien zum Verkauf von *Luxusvillen und Strandvillen* in Siedlungen in unseren Exklusivprojekten in Nerja (Costa del Sol).

Unser Verkaufsprogramm erstreckt sich über mindestens 5 Jahre – hohe Provision – vorzügliches Promotionsmaterial steht zur Verfügung.

Beherrschung der englischen Sprache ist notwendig. Sprachkenntnis Spanisch gereichen zum Vorteil.

Bewerbungen erbeten an:

DIREKTOR PETER GRAHAM
El Capistrano Village, Nerja – Malaga, Spanien, Tel.: (52) 52 14 00

Gebietsvertretungen

Konkurrenzloses, patentiertes Antiblockiersystem für LKW. Erforderlich mind. 20 000,– DM (Kaution/Abnahme), auch Bürgschaft. Höchste Verdienstmöglichkeiten.

Angebote u. P 8819 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Seit 15 Jahren importieren wir italienische

Verpackungsmaschinen

Unsere Kunden im norddt. Raum verdienen es, direkter angesprochen zu werden. Deshalb suchen wir dort Unterstützung – vielleicht die eines Vertreters mit techn. Hintergrund.

Schwerpunkt: **Nahrungsmittel-Industrie**

Einzelheiten sollten wir besprechen.
Schreiben Sie uns unter H 8814 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Flachdach – Werkhalle – Garage – Keller undicht?

AQUEX-Flüssigfolie ® DBP, hochelastisch, wetterbeständig, wasserdicht, einfach aufstreichen oder spritzen = dicht mit Werksgarantie!

Informationen durch:

HYDREX-CHEMIE GMBH, Friedhofstr. 26, D 7980 Ravensburg
Telefon: 07 51 - 2 22 19, Telex: 732 892
(Örtl. noch Vertreter u. Verlegefirmen gesucht)

Wer gründet mit mir eine Personalberatung?

Seit über 6 Jahren arbeite ich für eine renommierte Beratungs-Gesellschaft. Nun suche ich zwei Partner, jeder mindestens 3 Jahre nachweislich erfolgreich als Personalberater tätig, die sich mit mir selbständig machen wollen. Ich selbst bin 41 Jahre alt und Diplom-Ingenieur. Angestrebte Eigenkapitalbasis je Partner ca. DM 40 000,–. Bitte schreiben Sie mir unter E 8811 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bekannter europäischer Lkw-Hersteller

sucht

Partner im Lkw-Verkauf

mit eigener Werkstatt
für das Gebiet Nielsen 1.

Bei Interesse schreiben Sie bitte unter Angabe von Kontaktperson, Adresse und Telefonnummer unter Z 8806 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als ein aufstrebendes Unternehmen mit mehreren Geschäftsbereichen bieten wir Ihnen die Chance, weiter mit uns zu wachsen. Mit der Übernahme einer

VFB-Service-Agentur

in Ihrem Gebiet bieten wir Ihnen – haupt- oder nebenberuflich – die Möglichkeit einer regional selbständigen Tätigkeit und einen

Top-Verdienst

(zwischen 60 000,- und 100 000,- p. a.). Sie benötigen einmalig DM 6500,- als Etablierungskosten. Ihr Erfolg wird von uns auf allen Linien vorprogrammiert.

Interessenten schreiben uns bitte mit Tel.-Nr. Wir informieren Sie sofort, kostenlos und unverbindlich. Ihre Zuschrift richten Sie bitte an

M + M, Postfach 15 03 68, 6700 Ludwigshafen/Rh.

Exkl. Seniorenpension

Dauergästen bieten wir in Bad Homburg dir. a. Kurpark i. familiärer Atmosphäre ein niveauvolles Zuhause.

Zuschr. unt. S 8733 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Patent/Lizenz

Ich vergebe die Fabrikations-Lizenz u. Vertriebsrechte eines patentierten, auswechselbaren u. beweglichen Spikes im Schuhabsatz. Großhändler u. Fabrikationsbetriebe, die daran interessiert sind, melden Sie unter Nr. PL 46 860 WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Büroservice – Nähe St. Gallen, Ihr Partner für Ihre Repräsentanz in der Schweiz. Zuschr. unt. U 8735 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kurierdienst S & Z

schnell und zuverlässig

befördert Ihre wichtigen und eiligen Dokumente sowie Ersatzteile in ganz Europa und Asien.

Tel. 0 42 27 / 8 65 und 0 41 56 / 6 07

Chance für Selbständige

Bio-Markt, Ladenlokal, in rheinischer Großstadt, Top-Lage, Eigenkapital erwünscht.
Angeb. u. N 8818 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

... Solide Existenzen

1. Verarbeitungsbetrieb Bereich Altbausanierung

Beste Referenz, Messen, Werbeunterstützung. Erf. Büro, kleines Lager, Kapital ab DM 12 500,-. Finanzierung mögl.

2. Nebenberufliche Existenz

Betreuung und Belieferung von Kunden. Erf. Zuverlässigkeit, Telefon, Eigenkapital ab DM 500,-.

3. Kleingew. für haupt- und nebenberuflichen Einsatz

Erf. Zuverlässigkeit, Telefon, Eigenkapital ab DM 990,-.

Unverbindliche Information.

Schreiben Sie kurz an:

Wichmann Handelsgesellschaft
Gr. Sand 83–85
2082 Uetersen
Tel. 0 41 22 / 4 42 46

Kapitalbeteilg. (je über 50%) an mod. Fotosetzerei und Reproduktionsanstalt zu verkaufen. Angebote erbeten unter U 8801 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Übersetzungen

span./deutsch/span., geschäftl. u. priv. Korrespondenz übern. Renate Minning u. Gloria v. Paschkewitsch, Witzlebenstr. 87, 31 Celle

Tel. 0 51 41 / 5 45 48

Elektronische Annäherungsschalter

vielseitig verwendbar, z. B. für Werbung und Verkaufsförderung, Alarmsicherung, Schaufenster- und Ausstellungsgestaltung, einzeln od. in größerer Menge, bietet günstig an: PG 46 818 WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36.

Freizeit-Bedarf GmbH

im Raum Düsseldorf

übernimmt Vertretungen.

Auch unterschiedliche Sortimente. Produkte der Angebote sollen im hauseigenen Katalog angeboten werden.

Angebote unter A 8233 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kurierdienst mit Pkw

auch Ausland, übernimmt noch Aufträge.

Tel.: 0 61 93 / 4 27 27

- Elektroservice -

E-Meister übernimmt: Planung, Beratung, Montage u. Service von E-Anlagen u. E-Geräten jeder Art.

Angeb. erb. u. W 8803 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Luftaufnahmen

von Ihren Betriebsanlagen: Flugdurchführung von Mai bis Okt. in der ges. BRD. Angeb. bitte anfordern von

Merkur Flug GmbH, Postf. 7 64
4902 Bad Salzuflen 1, Tel. 0 52 22 / 1 33 73

Suche Artikel für Verbrauchermessen. Angeb. erb. u. M 8817 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Neuheit

Wegen schwerer Krankheit verkaufe ich mein beim Patentamt angemeldetes Gebrauchsmuster für Geschenkartikel aus Holz (Drechselarbeit). Lizenz und Muster vorhanden. DM 40 000,- Festpreis.

Angebote unter V 8802 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebspartner gesucht

Bauherrenmodelle in bester Lage zu marktgerechten Preisen.

50 WE, Lübeck	3150,– DM/m²
52 WE, Kiel	3550,– DM/m²
18 WE, Kiel	3410,– DM/m²

von erfahrenem Initiator gesucht.

Angebote erbeten unter X 8804 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Das rechtzeitige Erkennen von währungspolitischen Zusammenhängen und erfolgreiches unternehmerisches Denken sind die markantesten Merkmale meiner Person.

Außer guten Kenntnissen im Devisen-, Auslandskredit- und Dokumentengeschäft, besitze ich Führungserfahrung, um qualifizierte Mitarbeiter durch Vorbild leistungsorientiert zu motivieren. Erfahrung im Finanzbereich und Devisenhandel sind vorhanden.

Ich suche eine neue Herausforderung als

Leiter des Finanzbereichs

eines Industrieunternehmens oder Handelshauses. Ich bin Anfang 30, belastbar, ideenreich, erfahren und auch in der Lage, Unternehmen den Finanzbereich – auch währungsorientiert – den heutigen Ansprüchen entsprechend aufzubauen.

Sollten Sie diese wenigen Hinweise interessieren, so bitte ich um Kontaktaufnahme unter PL 46774 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Geschäftsführer Marketing/Vertrieb

Dipl.-Kfm., 44 J., erfahren i. Industrie u. Handel, Engl./Franz., sucht neue Aufgabe im Bereich

Konsumgüter/Markenartikel

Umfangreiche Erfahrungen in Vertrieb u. Marketing von Konsumgütern, insbesondere Nahrungs-/Genußmittel sowie Versandhandel (Non food), Aufbau/Führung von Verkaufsorganisationen, persönl. Kontakte zu Handelszentralen, internationale Erfahrungen, Franchising. Neben der Führung mittelständischer Unternehmen sind Konzernerfahrungen in Industrie und Handel gegeben.

Zuschr. erb. u. Y 8739 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Vertriebsdirektor GF

43 J., Schwerpunkt hochwertige Investitionsgüter, mit internationaler Erfahrung, englisch, in ungekündigter Stellung, sucht neue leitende Tätigkeit in Norddeutschland.

Zuschr. erb. u. PF 46 855 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Sicher suchen viele Firmen einen versierten Kaufmann

mit dem sie die Last der Verantwortung teilen können, das heißt, der etwas von Personalführung, Buchhaltung, eben dem ganzen Drum und Dran des kaufmännischen Wesens eines Betriebes versteht und zur Not auch mal praktisch hilft. Aber nur eine Firma kann ihn haben. Damit Sie nicht „Schlange stehen müssen", schreiben Sie einfach kurz. Ich melde mich umgehend.

Angeb. erb. u. P 8797 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Spam. Exportkaufmann, 52 J. (seit 1961 in Hamburg tätig), Span., Dtsch., Engl. in Wort u. Schrift, Grundkenntn. Franz. u. Portug., mit Erfahrung im Aufbau und Durchführung von techn. Integrationsgeschäften im Ausland, sucht zum 1. 10. 83 neue interessante Stellung in HH als Länderreferent/Exportsachbearbeiter für die iberische Halbinsel, Lateinamerika sowie andere englischsprech. Länder. Angeb. u. PJ 46 820 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36.

Zielstr. dynam. Verkäufer

46 J., sucht Vertretung f. namhaftes Unternehmen als Angestellter im Außendienst od. selbst. Handelsvertretung, solche aber mit Kundenschutz, mögl. Westdeutschland. Keine Versicherungen.

Zuschr. u. X 8694 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Welche aufgeschlossene Firma

hat Mut, weibliche kaufm. Führungskraft, 37, zu fordern.

Angeb. erb. unt. C 8809 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol.

41, sucht nach Abschluß der wissenschaftlichen Laufbahn die Herausforderung in der Praxis. Bevorzugt: Unternehmensberatung, Unternehmensplanung, Finanzwirtschaft, Bank.

Zuschr. erb. u. PT 46866 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Assembler-Programmierer

erstellt Spezialprogrammodule für Ihre EDV-Anwendung.
Angeb. u. K 8815 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werbekaufmann

Werbeassistent, 29 Jahre, z. Z. als Produktioner in Agentur für namhafte Kunden tätig, sucht neuen Wirkungskreis in Agentur oder Industrie.

Angebote unter R 8820 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Versierter Kaufmann sucht neues Betätigungsfeld zum 1. 9. 83. Angeb. erb. u. R 8798 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mädchen, höhere Handelsschul-Ausbildung, sucht kaufm. Lehrstelle.

Tel. 0 23 32 / 41 18

34jähr. Afrikaner, Dipl.-Betriebswirt, Fachhochschule, Marketing, Betriebsorganisation, Finanzierung, Investition, fließend Deutsch u. Engl., sucht bundes- od. weltweite interessante Startposition. Loyalität, untern. Denken, Einsatzwille vorhanden.

Zuschr. u. Z 8740 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Innenarchitektin BDIA

30, selbständig, sucht neue Aufgabengebiete, auch in freier Mitarbeit, im Raum Hamburg.

Zuschr. erb. u. PA 46 869 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Gewerbelehrer

39 J., 5 J. Unterrichtserf., 2½ J. Erfahrung in Normung u. EDV-Koordination einer Maschinenfabrik, su. verantwortungsv. Tätigkeit im nordd. Raum.

Angeb. erb. u. N 8796 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gesucht!!!

Artikel oder Dienstleistung, die sich schwer verkaufen lassen. Arbeitsplatz für die nächsten 20 Jahre. Nette Kollegen, wenig Freizeit, Anstellungsvertrag, Dienstwagen etc.

Geboten!!!

1000 kg Lust und Freude am Verkauf. Bisher tätig im Anzeigengeschäft, 40 Jahre.

Angeb. u. C 8787 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

Bitte keine Versicherungen.

Diplom-Kaufmann

31 J., ungek., 5jährige Berufserfahrung als Assistent der Geschäftsleitung in der mittelständischen Wirtschaft, sucht verantw. Herausforderung. Bisherige Aufgabenschwerpunkte lagen im Bereich des Marketing, Unternehmensrecht, Organisation, Personalwesen. Kennzeichnend für mich sind: Flexibilität, Durchsetzungsvermögen, zielorientiertes Handeln. Wenn Sie einen Mitarbeiter mit Blick für das Wesentliche suchen, dann passe ich in Ihr Unternehmen.

Angeb. u. PR 46451 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

---

1. Die Firma wird verkauft
2. Der Mitarbeiterstamm reduziert
3. Eine neue Vertriebsfirma gegründet.

Drei Aussagen vom Inhaber innerhalb der letzten Monate. Abstimmung, Organisation und Zusammenarbeit sind nicht vorhanden. Bedingt durch diese berufliche Ungewißheit suche ich (36 J., mit Meisterbrief im Metallhandwerk und Betriebswirt VWA, z. Z. tätig im Verkauf technischer Organisationssysteme im Innen- und Außendienst in HH, Wohnsitz: Raum LG) ab Oktober 83 oder Januar 84 eine ausbaufähige, verantwortungsvolle und vielseitige Aufgabe im techn./kfm. Bereich. Erwarten können Sie Einsatzbereitschaft, geradliniges Verhalten.

Angeb. u. L 8816 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

SÜDOSTASIEN / FERNOST

Dipl.-Kfm., 33, z. Z. tätig in Südostasien als kaufm. Leiter, sucht neue herausfordernde und eigenverantwortliche Tätigkeit als

Delegierter/kaufm. Leiter

Mehrjährige Erfahrungen im Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, Einkauf, Im- und Export, EDV. Nachweisbare Erfolge in Handel und Industrie. Gute Englischkenntnisse.

Zuschriften bitte unter B 8808 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. und Außenhandelskaufmann, über 15jähriger Auslandserfahrung in

Projekt und Export Consulting/Projektführung

einschl. Vertrags-/Kontrakterstellung, wirtsch. Analysen, Engineering, Finanzierung, Gesamtplanung, Koordination, Abwicklung, Administration, Logistics etc. von internat. Industrie, Anlagen und Systemen (turnkey) sowie Export/Import (alle Aspekte), perfektes und fachliches Englisch, sucht Tätigkeit als freier Mitarbeiter und/oder Consultant.

Angeb. erb. u. L 8794 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Kfm.

29, mehrjähr. Fernosterfahrung – u. a. 2jähr. Auslandsvertrag i. Fernost –, versiert i. Handel u. Industrie, flexibel u. belastbar, sucht früher od. später ausbaufähige Position im mittleren Management – Bereich Vertrieb (Export) in Handelsunternehmen od. im mittl. Industriebetrieb. Ich bin an langfr. Verbindung interessiert.

Erste Kont. erb. u. C 8831 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Verkaufsleiter

38 J., seit 4 Jahren in norddt. Konzern im NON FOOD-Warenbereich verantwortlich tätig. Mit guten Kontakten zum Handel in der BRD und Österreich und Benelux suche ich eine neue Aufgabe in Ihrer bestehenden oder zu gründenden Stabsabteilung.

Angeb. u. G 8813 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Junger Bauingenieur

Dipl.-Ing. FH, verh., ungekündigte Stellung, sucht neuen Wirkungskreis als Bauleiter im Raum Lübeck, Hamburg oder Ausland.

Angebote unter A 8807 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volkswirt Nautiker A.G.

38 J., su. interess. Tätigkeit im norddeutschen Raum. PM 46823 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Suche das Filialunternehmen, das einem jungen, flexiblen, konsequenten Marktleiter (Supermarkt, Drogerie), ungek. HHFAWI, Ende 83, eine Chance gibt, in eine verantwortungsv., ausbauf. Position als Bezirksleiter/Revisor etc. aufzusteigen. Angeb. erb. u. T 8800 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Der Marktleiter

30, ledig, ungebunden, ungek. (Supermarkt), Discounter, Großfläche, HHFAWI, 12/83, div. Seminare, sucht leitende Position, in der Engagement- u. Risikobereitschaft kein Fremdwort sind.

Angeb. erb. u. S 8799 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Kaufmann/ Bankkfm.

35 J., verh., z. Z. Leiter Rechnungswesen einer mittl. Volksbank, Erfahrungen in Innenleitung und Controlling, sucht neue Führungsposition im norddeutschen Raum.

Angeb. erb. unt. D. 8810 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm./EDV

28 J., verh., Prädikatsexamen, Berufserfahrung: Kreditversicherung, EDV-Organisation und -Beratung, Marketing und Vertrieb, sucht Aufgabe im Bereich EDV, Organisation und Verwaltung.

Angeb. u. M 8795 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geiler, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gisela Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 42 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 42.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

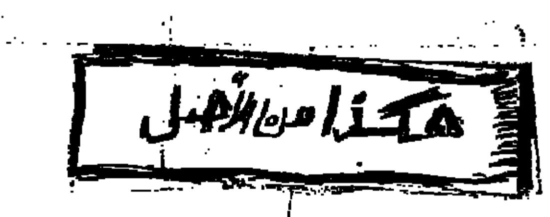
Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Aufgabe und Anmaßung

„Die Anmaßung"; WELT vom 8. August

Es ist erfreulich, daß es noch solche Kommentare gibt. Wer sind diese Theologen? Hat sich einer irgendwo in einer größeren Verantwortung bewährt? Soviel mir in Erinnerung ist, hat H. Albertz als Berliner Regierender Bürgermeister kläglich versagt.

Woher nehmen diese Herren die höhere Legitimation? Herr Albertz sollte sich vor russische Militär-Einrichtungen auf die Straße setzen, und, wenn er sich nicht schämt, mit dem Großen Verdienstkreuz.

Mit freundlichen Grüßen
Stephan Hahn, Augsburg

*

Sehr geehrte Redaktion,

mit den Kommentaren von Herrn Kremp bin ich überwiegend einverstanden. Dieser allerdings fällt aus dem Rahmen und reizt zum Widerspruch.

Ich bin gläubiger Christ. Die Folgen des letzten Krieges habe ich in fünf Jahren Kriegsgefangenschaft bis zur Neige ausgekostet. Mir kann es nicht gleichgültig sein, wie sich die Kirchen in der Bundesrepublik zur Friedenspolitik verhalten.

Der Unsinn des Wettrüstens kann m. E. gar nicht genug verdeutlicht werden, und es ist nur verständlich und wünschenswert, wenn auch die Kirchen hier Stellung beziehen.

Einige Theologen sind über das Ziel hinausgeschossen, gewiß. Aber es ist unangebracht und unverständlich, wenn Herr Kremp in seinem Kommentar die Ansicht vertritt, die Kirchen würden vom Steuerzahler bezahlt und hätten gefälligst nur gute Werke zu verrichten und ihnen damit das Recht der Einmischung in der Friedenspolitik absprechen. Da darf die Frage erlaubt sein, ob es etwa nicht zu den guten Werken der Kirchen zählt, wenn sie in ihrer Verantwortung um Frieden und Abrüstung in der Welt Flagge zeigen?

Es ist absurd, anzunehmen, daß dadurch schon das Selbstbestimmungsrecht des Staates in Frage gestellt wird, wenn einige Theologen ausflippen oder daß Herr Kremp die Konsensfähigkeit der Kirchen anzweifelt. Geht es doch darum, das hemmungslose Wettrüsten in Ost und West zu unterbinden.

Ich bin mit Herrn Kremp gleicher Meinung, daß die geistlichen Bevormundungen früherer Zeiten der Vergangenheit angehören, aber gerade das hat doch dazu geführt, daß die Kirchen mehr und mehr ihren Platz an der Seite der Gläubigen gefunden haben und mit ihnen gemeinsam nach Wegen suchen, wie das Wettrüsten in der Welt beendet werden kann.

Würden in dieser unheilvollen Zeit die Kirchen stillbleiben, wäre Hoffnungslosigkeit die Zukunft der Gläubigen.

Mit freundlichem Gruß
Johannes Deters, Barßel

*

Redliche Wahrheit, unanfechtbar und ungeschminkt zu bekunden und damit die Meinung der schweigenden Mehrheit zu vertreten, ist heutzutage hoch anzuerkennen. Das hat Seltenheitswert! Ihrem Herrn Kremp gebührt aufrichtiger Dank.

Dann aber obendrein noch gegen jene anzutreten, die im Schutze einer „Beffchenimmunität", hier der „gnädigen Frau Oberterroristin" brieflich Händchen halten, dort als Treuhänder der Subversiven mit unseren Steuergeldern F e h l-sorge statt Seelsorge betreiben, dazu gehört wirklich journalistische Objektivität, Mut zur Wahrheit. Eben eine Redaktion, die sich als „unabhängig für Deutschland" versteht und nicht als Claque jener, die vorgeben, konstruktiv zu opponieren, tatsächlich aber doch konspirativ pervertieren.

Wenn man den Klerus zur Selbstreinigung bringen könnte, indem man die Kirchensteuer streicht und es der Kirchengemeinde überläßt, wieviel sie ihrem Pfarrer bezahlt, so wäre das in Wahrheit eine Tat im Sinne der Lehre „sub specie aeternitatis"! Anderswo ist das möglich – warum nicht bei uns?

Mit freundlichen Grüßen
Walter Niedl, Wörthsee

*

Sehr geehrter Herr Kremp,

mit Erschütterung habe ich Ihren Artikel gelesen.

Mit welchem Recht bezichtigen Sie, just an dem Tag, da sich der Abwurf der Atombombe auf Hiroshima jährt, Menschen, die sich Sorge um die Zukunft unserer Erde machen, der Anmaßung?

Vielleicht machen Sie sich die Mühe und gehen einmal in das Archiv Ihrer Zeitung und besehen sich dort die doch wohl vorhandenen Bilder von deutschen Städten aus dem Jahre 1945!

Jedenfalls empfinde ich es als eine Anmaßung, wenn sich Männer wie Pfarrer Albertz gegen eine Eskalation der Rüstung auflehnen – aber als eine Anmaßung und eine Schande empfinde ich es, wenn sie auf diese primitive Weise, wie in Ihrem Artikel geschehen, verunglimpft werden.

Möge Sie das Schicksal davor bewahren, daß Sie im Feuersturm einer Atombombe Ihre Artikel bereuen müssen!

Hans Eichin,
Schopfheim

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Vergeßlichkeit

„Aus türkischem Lager Proteste gegen Wahlen"; WELT vom 16. August

„Das Gedächtnis des Menschen ist vergeßlich!" Das ist ein türkisches Sprichwort, das hier seine Richtigkeit wieder einmal bewiesen hat: Als die Herren Politiker, ob sie nun Süleyman Demirel heißen oder Ihsan Sabri Caglayangil oder Deniz Baykal, kurz vor dem Eingriff der türkischen Streitkräfte am 12. September 1980 von dem damaligen Generalstabschef Kenan Evren zweimal (zunächst in einer höflichen, dann in einer warnenden Form) gebeten wurden, sich zu versöhnen und zu vereinen und dem Chaos – immerhin starben damals täglich 25–30 Menschen durch Terroristenkugeln auf den Straßen – eine Ende zu bereiten, zogen sie vor, ihre parteipolitischen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Daß das Land mittlerweile in vielen Regionen nicht mehr regierbar war, kümmerte die Herrschaften, die heute – nachdem sie alle das gleiche Schicksal erleiden müssen – gemeinsam auftreten, nicht.

Vor allem der deutschen Öffentlichkeit ist es bestimmt in Erinnerung geblieben, daß sowohl CDU-Politiker als auch Vertreter der damaligen Regierungsparteien jeweils an ihre Gesinnungsgenossen in der Türkei appelliert hatten, sich in einer großen Koalition (Demirels konservative Gerechtigkeitspartei mit der sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei von Ecevit) zusammenzufinden, um die großen Schwierigkeiten des Landes gemeinsam zu meistern.

Doch auch diese Appelle blieben ohne Wirkung. Jetzt erwartet man von den damals Ignorierten „Schützenhilfe", indem man sie aufruft, „bei dem" – wie die ehemaligen Parteiführer in einer gemeinsamen Erklärung schreiben – „in der Türkei geführten Krieg zwischen Militarismus und Demokratie nicht neutral zu bleiben".

Der Zug ist schon längst abgefahren. Ihre Zeit ist vorbei. Soweit wäre es erst gar nicht gekommen, hätten sie ein bißchen Vernunft und Weitsicht walten lassen, statt stets gegeneinander zu kämpfen – die einstigen Politiker der Türkei.

Mit freundlichen Grüßen
Oguz Akalin,
Bonn

Wort des Tages

„In was für einer glücklichen Lage befand sich Adam: Wenn er etwas Kluges sagte, konnte er sicher sein, daß es niemand vor ihm ausgesprochen hatte."

Mark Twain, amerik. Autor (1835–1910)

Personalien

ERNENNUNG

Professor **Walter Odersky** hat dieser Tage als Präsident des Bayerischen Obersten Landesgerichts in München sein Amt übernommen. Er wurde Nachfolger von Dr. **Wolfgang Schier**, der dieses Amt seit 1977 ausübte. Das Bayerische Oberste Landesgericht besteht seit 358 Jahren. Das einzige Oberste Landesgericht in der Bundesrepublik nimmt Aufgaben wahr, die für die Länder außerhalb Bayerns teilweise dem Bundesgerichtshof, teils den Oberlandesgerichten obliegen. Das Amt seines Präsidenten erfordert „souveräne Rechtskenntnis, Menschenerfahrung und Verständnis für die Lebenswirkung des Rechts sowie auch Zivilcourage", so Bayerns Justizminister **August Lang**, der Walter Odersky in sein neues Amt eingeführt hat.

GEBURTSTAG

In einem Diakonissen-Altersheim in Bielefeld-Bethel hat gestern die älteste noch lebende Diakonisse **Bertha Köllmann** ihren 101. Geburtstag gefeiert. Frau Köllmann hatte den Bethel-Pastor **Friedrich von Bodelschwingh** noch persönlich gekannt. 25 Jahre lang war sie in Altena, Märkischer Kreis, als Gemeindeschwester tätig gewesen.

EHRUNGEN

Rudolf Andreas Bräuker, Erster Vorsitzender des Gemeinnützigen Künstlerhilfe-Sozialwerks, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Hessens Kultusminister **Hans Krollmann** überreichte den Orden. Bei dieser Gelegenheit würdigte Krollmann die Arbeit des Künstlerhilfe-Sozialwerks, das sich dem Ziel verschrieben hat, Künstler in sozialer und wirtschaftlicher Notlage zu unterstützen. Rudolf Andreas Bräuker hat sich darüber hinaus auch für die außerschulische musische Erziehung und Bildung des Künstlernachwuchses eingesetzt. Bräuker ist in der Synodalvertretung der Evangelischen Kirche tätig und ehrenamtlicher Richter am Hessischen Finanzgericht sowie Vorsitzender der Landesfachgruppe Angestellte und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Verbandes der Landesverwaltungsbeamten Hessen im Deutschen Beamtenbund. Der Trierer, der heute in Wiesbaden lebt, ist ausgebildeter Musiker. Er war Mitbegründer und von 1967 bis 1975 Erster Vorsitzender der Deutschen Musikerorganisation der Versorgungsgeschädigten bei den Stationierungsstreitkräften in Wiesbaden. Das Künstlerhilfe-Sozialwerk hat er 1974 in Wiesbaden gegründet.

*

Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete **Hans Wissebach** ist in Marburg an den Folgen eines Verkehrsunfalls gestorben. Den Unfall hatte der Politiker und Rechtsanwalt im Juli während einer Ferienreise durch Finnland erlitten. Hans Wissebach war kriegsblind. Das hinderte ihn nicht, erfolgreich als Abgeordneter in Bonn zu arbeiten. Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 1969 bis 1976 und von von 1977 bis 1980 an. Der Marburger, Jahrgang 1919, hatte sich vor allem auch im Verband der Heimkehrer und im Bund der Kriegsblinden engagiert.





VERANSTALTUNGEN

Israels Botschafter **Jitzhak Ben-Ari** verabschiedete in seiner Residenz in Bad Godesberg den Gesandten **Michael L. Shiloh**, der als Generalkonsul nach Boston geht. Michael Shilohs Eltern heißen Landsberg und stammen aus Berlin. Der Vater war dort Rechtsanwalt. Nach der Machtübernahme durch die Nazis verließen sie Deutschland und gingen in das damalige Palästina. Bei Eintritt in das israelische Außenministerium 1964, das damals als Außenminister von **Golda Meir** geführt wurde, mußte Michael Landsberg seinen Namen hebräisieren. Mit ihm verläßt jetzt auch der Erste Sekretär **Dan Ashbel** die Botschaft. Er wird in den Planungsstab des Außenministeriums versetzt. Von links Botschafter Ben-Ari, seine Frau Pnina, Dan Ashbel und Michael Shiloh.

Detlef Kühn, Präsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, sorgte für eine Sensation. Beim „Montagsschießen" des Polizeipräsidenten Dr. **Hans Wilhelm Fritsch** in Bonn wurde er bester Schütze vor dem FBI-Beamten und amerikanischen Attaché **Leonard Ralston**. Die in- und ausländischen Gäste im Bonner Polizeipräsidium interessierten sich ganz besonders für den Personenschutzcomputer, der hier seit der Schleyer-Entführung als einziger in der Bundesrepublik eingerichtet wurde. Auf ihm werden täglich alle Fahrten der Bonner Politiker und Botschafter registriert. Zur Zeit läßt Dr. Fritsch für mehr als sieben Millionen DM eine noch perfektere Leitstelle bauen. Von links: Polizeihauptkommissar **Helmut Engelke, Dr. Fritsch** und **Barbara Diekmann**. FOTOS: KEIL

POLEN / Verstärkter Handel mit Spitzenathleten soll Devisen ins Land bringen

Zeitung beklagt „Raubbau am polnischen Sport" Dollars für den Staat, Schuhe und Bälle für Klubs

JOAOHIM GÖRLICH/DW. **Bonn**

„Jeszcze Polska nie zginela" – noch ist Polen nicht verloren. In Helsinki sangen Zdzislaw Hoffmann, Weltmeister im Dreisprung, und Edward Sarul, Goldmedaillengewinner im Kugelstoßen, ihre Hymne bei der Siegerehrung mit. Nur noch zwei Vertreter einer traditionell starken Sport-Nation. Die wirtschaftliche Situation in Polen macht inzwischen Leistungssportler zu willkommenen Handelsobjekten. Die Illustrierte „Sportowiec" (Der Sportler) bezeichnete das, was seit Monaten in Polen geschieht, als „Raubbau am polnischen Sport."

„Polityka", die Wochenzeitung der Partei, hat jetzt ganz offen darüber berichtet, was im Warschauer „Hauptkomitee für Körperkultur und Sport", also dem Sport-Ministerium, in einer Unterabteilung geschieht. Das „Zentrale Sportzentrum" habe sich zu einem Außenhandelszentrum entwickelt. In ihm verhökerten „ein Herr und eine Dame, deren Namen aus gewichtigen internationalen Gründen nicht genannt werden dürfen" diskret Leistungssportler gegen harte Dollar.

Zwischen 1978 und 1982, so „Polityka", seien 161 polnische Sportler für rund vier Millionen Dollar ins westliche Ausland abgegeben worden. Darunter 62 Fußballspieler, 28 Eishockeyspieler, 32 Handballspieler, 22 Basketballspieler, einige Tischtennisasse und „der einzige gute Schachspieler, den wir haben." In diesem Jahr, so die Wochenzeitung der Partei, müsse dieses Geschäft größer und auch einkommensträchtiger werden.

Dem „Hauptkomitee für Körperkultur und Sport" geht es um Devisen. Die polnischen Vereine, die Sportler abgeben, haben nichts davon. Sie machen Zusatzverträge, setzen gleichsam Kleingedrucktes unter das offizielle Papier. Und hier geht es nicht um Geld, sondern um Sportartikel, ohne die ein normaler Leistungssport nicht mehr aufrechtzuerhalten ist und die in Polen kaum noch erschwinglich sind. Ein Paar Fußballstiefel aus der Bundesrepublik kosten in Warschau auf dem schwarzen Markt zum Beispiel bis zu 500 Mark.

Und so kommt es denn, daß ein Vertrag mit einem polnischen Spitzensportler zum Beispiel so aussieht: 50 000 Mark an das Ministerium, an den Verein aber (das Kleingedruckte) 230 Bälle, 60 Trainingsanzüge, 60 Sporttaschen, 100 Paar Socken, 50 Paar Stutzen, 150 Hosen, 100 Paar Schuhe, 20 komplette Torwartausrüstungen. Dazu noch optische Geräte plus Ersatzteile für 11 000 Mark, eine Videolanlage, Monitor und 25 Kassetten.

Das alles zusammen hat der Handball-Bundesligaverein Frischauf Göppingen für den 30 Jahre alten Jerzy Klempel aufbringen müssen. Klempel, der für Slask Breslau spielte, gilt dafür aber auch als einer der besten Torjäger der Welt, er rettete Göppingen vor dem Abstieg.

Selbst da wo Verträge über Ablösegelder die Millionen-Dollar-Grenze übersteigen, muß an Sportartikeln noch zugelegt werden. Angeblich erst nach der Fürsprache des Papstes durfte Polens Fußball-Star, der 57malige Nationalspieler Zbigniew Boniek, von Widzew Lodz zu Juventus Turin wechseln – für 1,8 Millionen Dollar und 200 Paar Fußballschuhe.

Die Zeit, da Polens Leistungssportler mit Planstellen in der Industrie versorgt wurden und pro forma zum Beispiel als kohleverschmierte Bergleute für Fotos posierten, ist vorbei. Solche Planstellen darf es nach der neuen Wirtschaftsreform nicht geben. Was daraus folgt, erzählte Antoni Krawczyk, Obmann der ersten polnischen Fußballiga, als er mit Rekordmeister Ruch Königshütte in Paderborn ein Trainingslager bezogen hatte: „Bei uns müssen zur Zeit Profiklubs mit ihren Helfern Arbeitsbrigaden aufstellen, um mit Lohnarbeit die leeren Vereinskassen zu füllen." Vor dem Training ginge es auf irgendeine Baustelle. Die Vereine nagten am Hungertuch, und weil kein Zloty mehr in der Kasse sei, müßten immer häufiger Amateurvereine aufgelöst werden.

Immerhin: Der Spielerhandel innerhalb des Landes blüht auch noch, obwohl Ablösezahlungen staatlich begrenzt sind. Statt 800 000 Zloty soll, so „Polityka", ein sehr guter Spieler jetzt schon 21 Millionen Zloty kosten. Ein Facharbeiter verdient in Polen durchschnittlich 11 000 Zloty im Monat ...

NACHRICHTEN

Volleyball: Platz neun

Varna (dpa) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen belegte beim Turnier um den Varna-Cup unter elf Teilnehmern nur den neunten Rang. Im letzten Spiel besiegte das Team von Bundestrainer Andrzej Niemczyk die CSSR mit 3:2.

Cova unter acht Minuten

Kopenhagen (sid) – Alberto Cova (Italien), Weltmeister über 10 000 Meter, sorgte beim internationalen Leichtathletik-Sportfest in Kopenhagen für die herausragende Leistung. Über 3000 m siegte der Italiener in 7:52,31 Minuten.

Tennis: Pfaff weiter

Toronto (dpa) – Eva Pfaff (Frankfurt) hat beim internationalen Tennisturnier in Toronto die zweite Runde erreicht. Die deutsche Meisterin besiegte Candy Reynolds (USA) mit 6:3, 7:6.

Koof vor zwei Belgiern

Bad Mondorf (sid) – Weltmeister Norbert Koof (Willich) gewann beim internationalen Reit- und Springturnier in Bad Mondorf (Luxemburg) den Großen Preis von Bad Mondorf. Im zweiten Stechen verwies Koof auf Parado mit null Fehlern in 40,91 Sekunden die beiden Belgier François Mathy (43,36) auf Vygar und Herman van de Broek (43,36) auf Herculeum auf die nächsten Plätze. Im abschließenden Springen um den Großen Preis des Casinos belegte Astrid Winkler (Warendorf), die Frau des fünfmaligen Olympiasiegers Hans-Günther Winkler, auf Venezuela hinter Edgar-Henri Cuepper (Belgien) den zweiten Platz.

Ringen: Scherer Dritter

Warschau (dpa) – Markus Scherer (Schifferstadt) zeigte sich beim letzten Test vor der Ringer-Weltmeisterschaft im griechisch-römischen Stil in guter Form. Bei einem internationalen Turnier in Warschau besiegte der Papiergewichtler im Kampf um Platz drei den Polen Slezak.

Schneider nach Oberhausen

Oberhausen (sid) – Rechtzeitig vor dem Spiel gegen Bundesliga-Absteiger Schalke 04 (Freitag, 20 Uhr) hat sich der Fußball-Zweitligaklub Rot-Weiß Oberhausen verstärkt. Der frühere Junioren-Nationalspieler Theo Schneider wurde vom 1. FC Nürnberg für ein Jahr ausgeliehen. Die Oberhausener brauchen keine Leihgebühr zu zahlen, sie müssen nur das Gehalt von Schneider übernehmen.



Küßchen für Patriz Ilg

Großer Bahnhof für Patriz Ilg in seinem schwäbischen Heimatdorf Hüttlingen (5000 Einwohner). Seine Braut Uschi gab ihm das erste Küßchen (Foto). Der Weltmeister über 3000 m Hindernis und auch Willi Wülbeck, in Helsinki Sieger über 800 m, werden heute beim Berliner ISTAF nicht an den Start gehen, obwohl sie 5000 Mark hätten kassieren können. Beide schonen sich – ebenso wie Harald Schmid (Silber im Lauf über 400 m Hürden) – für den Europacup am Wochenende in London. Ilg formulierte das in Hüttlingen so: „Ich verzichte auf das Geld. In London will ich voll und ganz für unsere Mannschaft da sein." FOTO: DPA

MOTORSPORT

Walter Röhrl bei Audi

sid, Ingolstadt

Es gibt keinen Zweifel mehr: Rallye-Weltmeister Walter Röhrl wird 1984 wieder für das Ingolstädter Werk Audi fahren. Die Vertragsverhandlungen stehen kurz vor dem Abschluß. Roland Gumpert, Chef des Rallye-Teams von Audi, sagt: „Wir haben Walter ein Programm für 1984 vorgeschlagen, das er im Prinzip nicht kritisiert hat." Audi soll dem Regensburger ein Jahresgehalt von etwa einer Million Mark zusichern. Gumpert: „Das Finanzielle ist sicherlich nicht der Grund, wenn wir uns nicht einig werden."

Röhrl, der in dieser Saison für das italienische Werk von Lancia fährt und nach drei Siegen in fünf WM-Läufen die Fahrerwertung anführt, soll sich Bedenkzeit bis Ende September erbeten haben. Offensichtlich will er noch ein Angebot von Lancia abwarten. Röhrls Vertrag mit den Italienern beinhaltet auf eigenen Wunsch nur die Hälfte der zwölf WM-Läufe. Er wollte nicht mehr so viel unterwegs sein wie in den Jahren 1980 und 1982, in denen er Weltmeister geworden war. Für Audi müßte er wahrscheinlich mehr fahren. Gumpert: „Unser Schwerpunkt liegt auf der Marken-Weltmeisterschaft, und Walter soll uns dabei helfen."

FUSSBALL

Strafe für Konopka

sid/DW. Köln

Der 1. FC Köln hat seinen Abwehrspieler Harald Konopka (30) mit einer Geldstrafe in Höhe von 2000 Mark belegt. Konopka hatte (die WELT berichtete in ihrer Montag-Ausgabe) Zuschauer während des Spiels gegen Bielefeld (2:3) beleidigt. Als er in der 60. Minute wegen schlechter Leistungen ausgewechselt und ausgepfiffen wurde, bedachte er die Zuschauer mit dem, in Gesten umgesetzten, Gruß des Götz von Berlichingen. Konopka hat die Strafe akzeptiert und sich öffentlich entschuldigt.

Dennoch ist es unwahrscheinlich, daß Konopka zur Mannschaft des 1. FC Köln gehört, die heute zum vorgezogenen Spiel der Fußball-Bundesliga bei Fortuna Düsseldorf (20.00 Uhr) antritt. Wahrscheinlich kommt für ihn der ehemalige Nationalspieler Herbert Zimmermann zum Einsatz.

Bayern München bangt um seinen Kapitän Karl-Heinz Rummenigge. Der Außenstürmer erlitt im Spiel gegen Leverkusen eine Knochenabsplitterung am linken Knöchel in der Größe eines Reiskorns. Vereinsarzt Müller-Wohlfahrt sagt, erst am Donnerstag werde sich entscheiden, ob Rummenigge beim ersten Auswärtsspiel in Bielefeld (Samstag) eingesetzt werden kann.

LEICHTATHLETIK

Carl Lewis in Berlin

sid/dpa, Berlin

Carl Lewis, Weltmeister über 100 m, im Weitsprung und mit der US-Sprintstaffel, wurde gestern in Berlin schon auf dem Flugplatz von mehreren hundert Autogrammsammlern empfangen. Lewis ist heute der Star des traditionellen Internationalen Stadion-Festes (ISTAF) im Olympiastadion. Der 22 Jahre alte Amerikaner, der künftig für Starts bei derartigen Sportfesten 20 000 Dollar verlangen will, wird von einem Fernsehteam des amerikanischen Senders NBC begleitet, der einen Film über Lewis produzieren will.

Inzwischen ist Lewis erneut mit der Einnahme von unerlaubten, leistungssteigernden Hormonen in Verbindung gebracht worden. Die Osloer Zeitung „Verdens Gang" berichtet unter Berufung auf nicht näher genannte „Quellen im internationalen Leichtathletik-Verband", bei Carl Lewis seien Dopingproben positiv ausgefallen. Die Zeitung wörtlich: „Nachgewiesen wurde die Einnahme des männlichen Sexualhormons Testosteron." Und weiter: „Die ersten Tests wurden in Helsinki analysiert. Die positiven Befunde wurden jetzt zur Gegenuntersuchung in ein anderes Laboratorium geschickt." Carl Lewis in Berlin dazu: „Das ist grundsätzlich unmöglich."

ZAHLEN

SEGELN

Finn-Dinghy, WM vor Milwaukee, 1. Wettfahrt: 1. Blaska (Polen), 2. Zarif (Brasilien), 3. Rychcic (Polen), 4. Bridge (Großbritannien), 5. Neeleman (Holland), ... 16. Gerz (Deutschland). – 2. Wettfahrt: 1. Hjortnaes (Dänemark), 2. Lemieux (Südafrika), 3. van Cleve (USA), 4. Town (Kanada), 5. Hedberg (Schweden). WM, Starboote vor Los Angeles, 1. Wettfahrt: 1. Brun/Schreiner (USA), 2. Gorostegui/Dpreste (Spanien), 3. von Below/Webofsich (Deutschland), 4. Diaz/Egger (USA), 5. Killeen/Le Blanc (USA), ... 7. Schwartz/Möckl, ... 9. Hagen/Hösch, ... 16. Griese/Marcour, 17. Nixdorf/Pieper (alle Deutschland).

BASKETBALL

WM der Junioren in Palma de Mallorca, 2. Spieltag, Gruppe A: Brasilien – Deutschland 63:55, Australien – China 88:75. – Gruppe B: Uruguay – Angola 77:72, UdSSR – Italien 95:78. – Gruppe C: Kanada – Dominikanische Republik 67:62, Jugoslawien – Argentinien 102:95.

EISHOCKEY

Freundschaftsspiel: ERC Freiburg – ZSKA Moskau 2:6.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Gewinnklasse 1: 1 853 337,50, 2: 92 666,80, 3: 6313,40, 4: 115,30, 5: 8,60. – **Toto: 6 aus 45:** Gewinnklasse 1: unbesetzt, Jackpot: 598 645,90, 2: 199 548,60, 3: 1905,80, 4: 45,10, 5: 5,30. – **Elferwette:** Gewinnklasse 1: 52 688,40, 2: 1386,50, 3: 87,40. – **Rennquintett: Rennen A,** Gewinnklasse 1: 40,20, 2: 4,60. – **Rennen B,** Gewinnklasse 1: 75,70, 2: 7,40. – **Kombinationsgewinn:** 14 349,30.

(Ohne Gewähr)

Kleinere Bundesliga-Probleme bleiben

Fluch oder Segen, neue Gefahr oder neue Sicherheit, Flaute oder Konjunktur? Die geplante Reduzierung der Fußball-Bundesliga von 18 auf 16 Klubs teilt das Feld der Profi-Vereine in zwei Lager. In beiden wird mit akzeptablen Argumenten gestritten. Mit Argumenten aber, die, wenn es um Zahlen geht, wieder nur Meinungen und keine objektiven Tatbestände wiedergeben.

Günter Netzer, der Manager des Hamburger SV, bezeichnet die geplante Reform als „wirtschaftlich unbedingt notwendig". Hier spricht einer aus einem leistungsstarken Verein, der einen Etat von rund 15 Millionen Mark decken muß.

Vertreter der schwächeren Klubs reagieren geradezu wütend. Willibert Kremer, Trainer von Fortuna Düsseldorf: „Der HSV, die Bayern und noch zwei andere können ja künftig gleich ihre eigene Meisterschaft ausspielen." Oder Waldhof Mannheims Trainer Klaus Schlappner: „Wenn die Großen durch die Welt irren, von Tunesien bis zu den Fidschi-Inseln ihre Spiele austragen, dann ist der Fußball vor der heimischen Kulisse nicht mehr vorhanden. Man sollte die Bundesliga endlich einmal in Ruhe lassen."

Das trifft den Kern dessen, was die leistungsstarken Klubs mit der Reform erreichen wollen: Zwei Heimspiele gegen unattraktive, deshalb auch nicht lukrative Gegner weniger. Dafür mehr Zeit für Freundschaftsspiele, bei denen Garantiesummen kassiert werden können.

STAND●PUNKT

Das Problem ist klar, aber es nutzt wenig, es mit Zahlenspielereien lösen zu wollen. Stuttgarts Manager Ulrich Schäfer kämpft mit diesem Argument für eine Liga mit 16 Klubs: „Als die Bundesliga 1965 auf 18 Vereine aufgestockt wurde, ging der Schnitt von 27 000 auf 23 000 zurück." Er hat recht, aber eben nur für die Saison 1965/66. Die meisten Zuschauer gab es in der Saison 1977/78 mit 18 Vereinen und knapp über acht Millionen Besuchern in den Stadien.

Auf alle Fälle wiederum stimmt das Argument von Hennes Jäcker, Präsident von Eintracht Braunschweig: „Während sich einige wenige Klubs bei Turnieren im Ausland schadlos halten, fehlen uns zwei wichtige Heimspiele." Beispiel aus der Saison 1981/82: Von 17 Auswärtsspielen des FC Bayern München waren 15 ausverkauft, brachten also das meiste Geld in die Kassen der kleineren und der großen Klubs.

Das Problem – wohlklingende Argumente hin oder her – steckt wohl eher darin, daß auch eine Reduzierung der Bundesliga auf 16 Vereine nicht die Garantie dafür bietet, die wirtschaftliche Situation des deutschen Profi-Fußballs zu verbessern. Eine solche Reform scheint die Probleme vielmehr nur zu verlagern. Kaiserslauterns Nationalspieler Hans-Peter Briegel wird wohl recht haben, wenn er sagt: „Ob 18 oder 16 Vereine – Zuschauer werden kaum mehr kommen." Die Zahlen der verkauften Karten sind nämlich weit eher von der Qualität des Fußballs abhängig als von seinen Organisationsformen.

Arme und reiche, gute und schlechte gibt es unter 16 Klubs ebenso wie unter 18. Also werden die Probleme auch nicht grundsätzlich gelöst. Es sollte bleiben, wie es ist. W.N./DW.

Reagan: Politik der Regierung wird entstellt

dpa/AP, New Orleans/Tegucigalpa

US-Präsident Ronald Reagan hat seine Mittelamerika-Politik erneut verteidigt und gleichzeitig die Meinung vertreten, daß sie in den Medien entstellt werde. In einer mit starkem Beifall bedachten Rede vor der Vereinigung ehemaliger Soldaten sagte Reagan am Montag in New Orleans, die USA hätten „eine Verantwortlichkeit als Friedensstifter". Trotz des negativen Presseechos werde in aller Stille „solider Fortschritt gemacht". Nach Auffassung des Präsidenten können die Medien nicht allein für die „verzerrte" Darstellung verantwortlich gemacht werden, da sie oft „Desinformationen" von Leuten wiedergäben, „die die Politik über das nationale Interesse stellen".

Honduras hat nach Angaben seines Außenministers Edgardo Paz Barnica seine Nachbarländer eingeladen, Beobachter zu den in Kürze beginnenden halbjährigen Manövern im Südwesten des Landes zu entsenden, an denen auch 5000 US-Soldaten teilnehmen. Eine Einladung sei auch an Nicaragua gegangen, teilte Paz Barnica in einer Verlautbarung mit. In der Erklärung des Außenministers hieß es, die Beobachter könnten sich überzeugen, daß die Manöver mit dem Namen „Big Pine II" nur der Ausbildung der honduranischen Streitkräfte dienten.

Argentinien gibt Guthaben frei

AP, Buenos Aires

Die argentinische Zentralbank hat am Montag abend nach eigenen Angaben formell die britischen Guthaben freigegeben, die wegen des zehnwöchigen Konflikts um die Falkland-Inseln (Malvinas) im Südatlantik im letzten Jahr eingefroren worden waren. Die Freigabe war schon am Freitag von Wirtschaftsminister George Wehbe angekündigt worden. Betroffen sind Guthaben von schätzungsweise zehn Millionen Dollar. Argentinien erhofft sich von dem Schritt die britische Zustimmung zu einer 1,5-Milliarden-Dollar-Anleihe, die von einem Konsortium von rund 200 westlichen Geschäftsbanken aufgelegt werden soll. London hatte britischen Banken Zurückhaltung beim Zeichnen der Anleihe empfohlen.

Im Zusammenhang mit der Freigabe der britischen Guthaben haben die argentinischen Linkspolitiker Abelardo Ramos und Osvaldo Destefanis vom rechtsgerichteten Zentrum der Freiwilligen für das Vaterland Klage gegen Wehbe und Zentralbankpräsident Julio Gonzalez del Solar wegen Landesverrats angestrengt. Mit der Freigabe der Gelder, argumentieren die Kläger, werde Großbritannien in eine bessere Lage versetzt, „Besatzungstruppen auf unserem Territorium zu unterhalten". Gemeint sind damit die derzeit auf den Falkland-Inseln stationierten britischen Truppen.

BDI fordert Wettbewerb unter den Hochschulen

Mangelnde Flexibilität der Forschung beklagt

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat sich jetzt mit einer eigenen Stellungnahme in die Diskussion um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland eingeschaltet. Kernforderung des BDI ist dabei, die „Flexibilität und größere Leistungsorientierung der Hochschulfinanzierung" zu stärken.

In der Stellungnahme wird darauf hingewiesen, daß die „uneingeschränkte Anwendung öffentlicher Haushaltsgrundsätze" zu erheblichen Nachteilen führe und die Effizienz der Hochschulen in ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit schwäche. Außerdem werde den Forschern zunehmend die Verantwortung für den Mitteleinsatz in ihrem Arbeitsbereich entzogen. Vorrangige Ziele der Neuordnung der Hochschulfinanzierung müßten aus der Sicht der deutschen Industrie sein:

- die Effizienz der Hochschulen zu stärken;
- die Qualität und Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Lehre und Forschung zu sichern;
- die Eigeninitiativen der Hochschulen zu unterstützen und orientierten Wettbewerb zu fördern;
- leistungshemmende und administrative Regelungen abzubauen;
- die Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge zu gewährleisten.

Mit der Umstellung der Ausbildungsförderung der Studenten auf Volldarlehen sei ein erster Schritt getan worden, um das Kostenbewußtsein der Bevölkerung für öffentliche Leistungen zu stärken und gegenüber den Studenten die Bedeutung ihrer Berufswahlentscheidung zu unterstreichen. Aber, so der BDI, die derzeitigen Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente im Hochschulbereich blieben dennoch grundsätzlich unbefriedigend: „Im Interesse einer höheren Effizienz benötigen wir einen qualitätssteigernden Wettbewerb unter den Hochschulen sowohl im Lehr- als auch im Forschungsbereich. Deshalb wäre es wünschenswert, die Entscheidungsspielräume der Hochschulen zu vergrößern und ihnen auch mehr Einfluß auf die Auswahl ihrer Studenten einzuräumen", heißt es in der Stellungnahme.

Der BDI warnt davor, daß die Bundesrepublik Deutschland „unverantwortlichen Risiken" ausgesetzt würde, wenn man im Leistungswettbewerb der führenden Wissenschafts- und Industrienationen auch nur zeitweise zurückfallen würde. Da einzelne große deutsche Unternehmen in den vergangenen Jahren zukunftweisende Forschungsarbeiten bereits nicht mehr in Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten in der Bundesrepublik, sondern mit ausländischen durchgeführt hätten, sei es erforderlich, daß die Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland „ihre Flexibilität und Fähigkeit zur Neuorientierung neu begründen und unter Beweis stellen" müsse.

Der Bundesverband verweist darauf, daß an den Hochschulen die Forschung inzwischen mit Verwaltungsarbeit übermäßig belastet sei. Doch Forschung bedürfe „einer anpassungsfähigen Selbstorganisation". Denn „Flexibilität und Initiative lassen sich durch eigene Verantwortung für Personal- und Sachmittel auch in Deutschland besser und billiger fördern als durch Gebote und Verbote".

Offensive des Widerstands

Angeblich hohe sowjetische Verluste in Afghanistan

dpa/AFP, Islamabad

Die afghanischen Widerstandskämpfer haben am Wochenende fünf Stunden lang eine von sowjetischen Soldaten besetzte Festung oberhalb Kabuls angegriffen. Es soll sich nach Berichten von Diplomaten um einen der schwersten Angriffe seit dem sowjetischen Einmarsch 1979 gehandelt haben. Die Freiheitskämpfer sollen auch das Gebäude von „Radio Afghanistan" und Wohnkomplexe sowjetischer Offizieller und afghanischer Regimemitglieder unter Feuer genommen haben.

Vor allem beim Beschuß der Bala-Hissar-Festung, die jahrhundertelang Sitz der afghanischen Herrscher war, soll es hohe sowjetische Verluste gegeben haben. Noch Stunden später sei von den dicken Festungsmauern, die von Raketen und Granaten getroffen wurden, Rauch aufgestiegen.

Nach Angaben aus Diplomatenkreisen sind bereits am 9. August zwei Mitglieder der afghanischen kommunistischen Partei von Untergrundkämpfern niedergeschossen und getötet worden. Bei einem anderen Angriff seien zwölf Angehörige der Regimemiliz in den Vorstädten Kabuls von Widerstandskämpfern gefangengenommen worden.

Während die Hauptstadt Kabul vom afghanischen Widerstand beschossen wurde, gab es in dem von den Untergrundkämpfern kontrollierten Shomali-Tal nördlich von Kabul ein großangelegtes nächtliches Bombardement durch sowjetische Flugzeuge. Außerdem berichteten Diplomaten und Widerstandskreise von starken sowjetischen Panzerkonzentrationen im Panschir-Tal nördlich von Kabul. Es wird damit gerechnet, daß in diesem von den Mudjahedin kontrollierten Gebiet eine großangelegte Offensive der sowjetisch-afghanischen Truppen bevorsteht.

Israel hält an Rückzug aus Libanon fest

DW. Beirut/New York

Die libanesische Regierung und die Sozialistische Fortschrittspartei des Drusenführers Walid Dschumblatt sind grundsätzlich übereingekommen, den vor einer Woche geschlossenen Flughafen Beirut gestern wieder für die Zivilluftfahrt freizugeben. Dies teilte die libanesische Regierung in Beirut mit. Ein Sprecher Dschumblatts bestätigte die Zusage, den Beschuß des Flughafens einzustellen.

Der Kommandeur, der in der Nähe des Beiruter Flughafens stationierten 1200 amerikanischen Soldaten der multinationalen Friedensgruppe in Libanon, erklärte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AP, seine Soldaten würden im Falle eines Angriffs zurückschießen. Ihnen stehe das Notwehrrecht zu.

Israel hält nach den Worten seines Verteidigungsministers Moshe Arens ungeachtet der Kämpfe zwischen rivalisierenden libanesischen Milizen an seinen Plänen für den Rückzug aus den Schuf-Bergen um Beirut fest. Gestern forderte Arens die libanesische Regierung öffentlich auf, ihre Bemühungen zur Versöhnung der drusischen und christlichen Gemeinschaften zu verstärken. Nach Angaben von Diplomaten in Beirut hat die libanesische Regierung Israel ersucht, den geplanten Rückzug vorläufig auszusetzen. Dagegen erklärte Arens, Libanon sei für die Sicherheit in allen von Israel geräumten Gebieten zuständig. Der israelische Verteidigungsminister war gestern überraschend in Beirut eingetroffen. Er sagte, er halte sich in Libanon auf, um mit „führenden Bürgern" den geplanten Teilrückzug der israelischen Armee zu erörtern.

Israel könnte von der Errichtung eines unabhängigen Palästinenser-Staates in den besetzten Gebieten des Westjordanlands und im Gaza-Streifen wirtschaftlich und politisch profitieren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie im Auftrag der Internationalen Palästina-Konferenz der Vereinten Nationen, die in New York veröffentlicht wurde, Israel lehnt eine Zusammenarbeit mit dieser Konferenz wegen ihrer antiisraelischen Haltung ab.

Die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der besetzten Gebiete werde voraussichtlich das Wohlergehen der Einwohner dieser Territorien und der palästinensischen Flüchtlinge sowie der Palästinenser im Ausland erhöhen, heißt es in der Studie. Ein unabhängiges Palästina könne zudem zum Wohlergehen Israels selbst beitragen: „Frieden im Nahen Osten enthält die Möglichkeit zur Integration Israels in das Gebiet, zur Eröffnung des Handels und anderer wirtschaftlicher Möglichkeiten mit seinen Nachbarstaaten und zur Verringerung seiner Verteidigungslasten."

Polen erwartet von Honecker Wirtschaftshilfe

Erster Besuch eines Ostblock-Führers seit 1980

DW. Warschau

Der offizielle Besuch des „DDR"-Staats- und Parteichefs Erich Honecker in Polen ist von der dortigen Presse als Beginn eines neuen Abschnitts in den gemeinsamen Beziehungen gewürdigt worden. Honecker war gestern mittag an der Spitze einer hochrangigen Partei- und Regierungsdelegation in Warschau vom polnischen Partei- und Regierungschef Jaruzelski sowie von Staatsoberhaupt Jablonski begrüßt worden.

Aus polnischen Kreisen verlautete gestern, daß Honecker drei Tage im Land bleiben werde. Westliche Diplomaten in Ost-Berlin und Warschau gehen davon aus, daß die Reise auch auf Wunsch der UdSSR eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und seinem Verbündeten im Warschauer Pakt einleiten soll. In diesem Sinne nannte die amtliche Nachrichtenagentur PAP gestern den ersten Besuch eines Staats- und Parteichefs aus dem Warschauer Pakt seit der Gründung der inzwischen verbotenen „Solidarität" vor drei Jahren ein „bedeutsames Ereignis".

Schon vor dieser Reise wurde deutlich, daß sich die Menschen in der „DDR" von Honeckers Aufenthalt in Polen eine Lockerung der von Ost-Berlin verfügten Beschränkung der Privatreisen in das östliche Nachbarland erhoffen. Allerdings rechnet in der „DDR" niemand mit einer völligen Aufhebung der im Oktober 1980 angeordneten „zeitweiligen Veränderungen im privaten Reiseverkehr" zwischen den beiden Ländern.

Der Besuch Honeckers – sein erster seit 1980 in Polen – war bereits seit mehr als einer Woche mit großem propagandistischem Aufwand vorbereitet worden. Täglich erschienen in den polnischen Zeitungen Artikel über die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Die Begrüßungszeremonie auf dem Flughafen, wo einige hundert Menschen aufgeboten waren, um mit „DDR"-Fähnchen zu winken, wurde vom polnischen Rundfunk und Fernsehen direkt übertragen. Bereits einen Tag vor der Reise hatten Regierungsmitglieder aus Ost-Berlin und Warschau ein „Protokoll über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Jahren 1984 und 1985" unterzeichnet. Die Nachrichtenagentur PAP schrieb in einem Kommentar, der in vielen Zeitungen abgedruckt wurde, daß die Ausweitung der wirtschaftlichen Kooperation wegen der Schwierigkeiten und Bedürfnisse der polnischen Wirtschaft von besonderer Bedeutung sei.

In der Warschauer Tageszeitung „Zycie Warszawy" stand vor Honeckers Ankunft: „Polen ist wieder zu einem glaubwürdigen politischen Partner geworden und ist dabei, auch einer unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu werden." Deshalb legten beide Seiten so großen Wert auf den Besuch. Im Parteiorgan „Trybuna Ludu" hieß es, Honecker komme gerade zu einem Zeitpunkt, in dem westliche Staaten versuchten, Polens innere Schwierigkeiten für eine Untergrabung des Zusammenhalts zwischen den kommunistischen Staaten auszunutzen. Deshalb sei die feste Bindung des sozialistischen Bündnisses unter Führung der Sowjetunion eine Vorbedingung für die Friedenssicherung.

„Lebensgefahr für Papst"

Bürgermeister von Lourdes begründet Maßnahmen

SAD, Lourdes

Papst Johannes Paul II. soll während seines Besuchs im Pilgerort Lourdes in Lebensgefahr geschwebt haben. Dies enthüllte der Bürgermeister des Wallfahrtorts, François Abadie, gestern in einem Interview mit der Rundfunkstation „Europe 1".

Die Behörden hätten ernsthafte Drohungen von der armenischen Geheimarmee „Asala" erhalten, sagte Abadie. Erst daraufhin seien die umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen für den Papst getroffen worden. Um keine Panik unter den 250 000 Pilgern, die zu dem Papstbesuch gekommen waren, aufkommen zu lassen, hätten die Behörden die Drohungen bis gestern geheim gehalten.

Wie ebenfalls gestern bekannt wurde, waren auch bei verschiedenen kirchlichen und weltlichen Behörden in Lourdes briefliche Drohungen gegen den Papst eingegangen. Der größte Teil der „Drohungen" wird von den Behörden als das Werk von „Spinnern, Geistesgestörten oder böswilligen Witzbolden" angesehen, die nicht ernst zu nehmen waren.

Inzwischen haben die beiden am Montag Festgenommenen, die anarchistischen Kreisen in Frankreich zugerechnet werden, gestanden, daß sie einen Brand in der Kathedrale Saint-Etienne von Toulouse legen wollten. Sie sagten zu ihrem Anschlag, daß sie damit gegen den Papst-Besuch ihren „Protest" zeigen wollten.

In einem in Bordeaux niedergelegten Brief hat eine bisher unbekannte Gruppe „Arret-Cures" die Verantwortung für den Bombenanschlag auf eine Pontius-Pilatus-Statue in Lourdes zwei Tage vor Eintreffen des Papstes übernommen. Die französische Polizei vermutet, daß die Mitglieder dieser Gruppe in den in Südwestfrankreich besonders zahlreich vertretenen anarchistischen Kreisen zu suchen sind.

Kirche fordert Vernichtung von ABC-Waffen

AP, Berlin

Für eine schrittweise, völlige Entfernung von Massenvernichtungsmitteln von der Erde hat sich die evangelische Kirche in Berlin ausgesprochen. In einer gestern veröffentlichten umfangreichen Stellungnahme der Kirchenleitung zu Fragen des Friedens und der Abrüstung werden die betroffenen Regierungen zu „äußersten Anstrengungen" in diesem Zusammenhang aufgerufen. Zugleich regte die Kirche ein Rüstungsmoratorium an, bis sich ein „gangbarer politischer Weg" zur Abschaffung von Atomwaffen abzeichnet. Die Regierungen, die über Massenvernichtungsmittel verfügen, seien verpflichtet, über eine Reduzierung des Waffenbestandes, insbesondere in Genf, zu verhandeln und „die dann noch verbleibenden Bestände mindestens einzufrieren".

Im Hinblick auf die von der Kirche erhofften „einseitig kalkulierten Abrüstungsschritte" müsse auch geprüft werden, ob nicht ein wesentlicher Teil der in Westeuropa stationierten atomaren Kurzstreckenwaffen vernichtet oder wenigstens aus ihrem Einsatzgebiet zurückgezogen werden können, heißt es in der Stellungnahme. Für eine Übergangszeit dürfe die atomare Abschreckung nur mit Strategien und Waffen geschehen, die erkennbar zur Verteidigung bestimmt seien.

Andropow fordert Abkehr

■ Fortsetzung von Seite 1

schlossen bekämpft" werden. Der Jugend müßten Lebensauffassungen anerzogen werden, bei denen die materiellen Güter, „von denen es mit der Zeit immer mehr geben muß und auch geben wird", den Menschen nicht beherrschen, sondern „der Befriedigung seiner höchsten Ansprüche" dienen.

Aus Andropows Äußerungen sind nach Ansicht von Beobachtern gewisse Parallelen zu den Thesen eines wirtschaftlichen Arbeitspapiers zu ersehen, das von Mitarbeitern der sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Nowosibirsk erstellt wurde. Darin wird für Dezentralisierung, Einführung marktwirtschaftlicher Elemente und reale Anreize für bessere Arbeitsmoral als Ausweg aus der Krise der sowjetischen Wirtschaft plädiert. Das System der zentralen Planung wird als überholt bezeichnet. Die Verfasser verweisen darauf, daß das Wachstum des Bruttosozialprodukts spürbar zurückgegangen ist – von 8,5 Prozent Ende der sechziger Jahre auf derzeit etwa 2,5 Prozent. Als Hauptursache sehen sie die „überholte Natur des Systems industrieller Organisation" und seiner Unfähigkeit, das intellektuelle und Arbeitspotential der Gesellschaft effektiv zu nutzen.

Ken Russells Nostalgie-Trip: „Boy Friend"

Und Twiggy steppt dazu…

Die Story ist kaum der Rede wert: In einem exklusiven französischen Internat, just zur Karnevalszeit, verliebt sich eine der Insassinnen in einen Botenjungen. Der ist es jedoch nur aushilfsweise; hauptberuflich stellt er den Sohn eines reichen Vaters dar, was alsbald von einer feinsinnigen Dramaturgie herausgearbeitet wird. Die Internatsleiterin mit dem Charme eines pensionierten Vamps spürt späte Triebe eben diesem Vater gegenüber, der zufällig in Nizza weilt. Beim gemeinschaftlichen Durchforsten goldener Erinnerungen stellt man fest, daß man einander schon einmal in die Arme gesunken ist, und zwar am Waffenstillstandstag. Doppeltes Happy-End. Und dazu plärrt ein Mädchenchor: „Wir brauchen ihn ganz dringend, unseren Boy Friend."

Das ist, gottlob, nicht der einzige Stoff, aus dem Musicals gefertigt sind. Aber immerhin kam die Geschichte von der vermeintlichen Mesalliance beim englischen Publikum so gut an, daß der Uraufführung im Londoner „Players Theatre" am 14. April 1953 rund 1800 weitere Vorstellungen folgten. Zwei Jahre später wurde die Harmlosigkeit an den Broadway exportiert. Hier übernahm eine Schauspielerin die Hauptrolle, die dem „Boy Friend" zumindest ihre nächste Verpflichtung und damit die große Karriere verdankt: Julie Andrews.

Boy Friend – ZDF, 23.10 Uhr

Sandy Wilson, Jahrgang 1924, hat Handlung, Text und Musik dieses Musicals ganz allein zu verantworten. Da die Geschichte in den zwanziger Jahren spielt, kommt alle zwei Nummern ein Charleston zu Gehör. Grelle Saxophontöne und viel gestopfte Trompete bemühen sich um Zeitkolorit. Auch musikalisch ist das Stückchen nicht sonderlich aufregend; von konventionellem Zuschnitt sind Melodien und Texte, zu deren kühnsten Würfen schon ein „I could be happy with you" zu rechnen ist.

So etwas kann man nur ernst nehmen, wenn man es lächerlich macht, sagte sich Ken Russell und knöpfte sich den „Boy Friend" zu Beginn der siebziger Jahre vor. Die Vorlage war für ihn nur der Rahmen zu einem Film, der gleichermaßen eine Persiflage auf und eine Hommage an den Musical-Film der dreißiger und vierziger Jahre ist: Eine recht mittelmäßige Schauspieltruppe spielt mit dem „Boy Friend" jeden Abend das Theater leer. Als sich ein berühmter Regisseur zu einer Vorstellung ankündigt, gerät das Ensemble in helle Aufregung; jeder Schauspieler hofft auf seine Entdeckung, spielt die anderen an die Wand und sich in den Vordergrund.

In der Phantasie des Regisseurs werden die bisher inszenierten Tänzchen zu großartig choreographierten Nummern, weitet sich die enge Bühne aus in die schier unendlichen Räume, in denen Revuefilme gemeinhin stattfinden.

Russell spickt seinen Film mit immer neuen Zitaten: Da steppen Tommy Tune und Twiggy, seine Hauptdarsteller, wie weiland Fred Astaire und Ginger Rogers; der Blechmann aus „Wizard of Oz" spaziert ins Bild, und Busby Berkeleys Frauenkörper-Arrangements werden stilgerecht ausgeleuchtet. Und als der Star sich das Bein bricht und die Zweitbesetzung zum Zuge kommt, fallen prompt die Worte aus „42nd Street" filmhistorisch nicht minder wichtig als manche Politikersentenz: „You're going out a youngster, but you've got to come back a star!"

Man merkt es deutlich: Russell ist richtiggehend verliebt in seine Zitate. Genau dabei tut er des Guten zuviel. Er dehnt die opulenten Showszenen bis zur Langeweile; er ist so begeistert von seinen Reprisen, daß er unreflektiert die Ästhetik des Ausstattungsfilms übernimmt und darüber die Parodie vergißt. So wird ein als Persiflage gedachter Film unversehens zum eklektischen Machwerk, dem ein echter Berkeley und der wirkliche Astaire allemal vorzuziehen sind.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Unpathetischer Stolz auf Amerika

Die Hersteller der Reportage **„Das Recht des Stärkeren"** (ARD) zogen aus, im Bodensatz der amerikanischen Gesellschaft zu stochern. Das Erstaunen ist geradezu überwältigend, mit dem sie auf die Entdekkung reagierten, daß selbst die Ärmsten der Armen der New Yorker Slums das Land verteidigen, das sie durch die viel zu weiten Maschen seines sozialen Netzes fallen ließ. Dabei kam ein ehrliches Stück Film heraus, das manche Vorurteile zurechtrückt.

Gero v. Boehm deckte die Lücken des überbürokratisierten Wohlfahrtssystems der USA auf. Aber er fand unter den immer noch zwölf Millionen amerikanischen Arbeitslosen keinen, der sich als Revolutionär aufspielte. Die meisten gaben sich selbst die Schuld an ihrem Mißerfolg im Existenzkampf („Wir sind nicht wirklich hungrig"). Noch immer dominiert, gerade bei den sozial Benachteiligten, der Mythos der Leistungsgesellschaft. Ein unpathetischer und eben deshalb bewegender Stolz auf Amerika klingt bei fast jedem der Befragten durch. Das wirkt um so beeindruckender, als die gnadenlose Härte, mit der amerikanische Unternehmer mit der Arbeitskraft umspringen und die Kälte, mit der sie langjährige Angestellte auf die Straße schicken, durchaus nicht verschwiegen wird.

Der Report lieferte mit bemerkenswerter Objektivität den Nachweis, daß etwas von der alten Pioniergesinnung der Vielvölker-Gesellschaft gerade dort überlebt, wo man es am wenigsten vermuten sollte – bei denen, die kaum noch Hoffnung haben und nur noch von einer Zuversicht leben, die oft ihr einziges Gut ist.

Der Kontrast zu den Zerrbildern der amerikanischen Wirklichkeiten, mit denen das Fernsehen uns täglich eindeckt, könnte nicht deutlicher ausfallen. Das schließt die Bestätigung ein, daß nicht die zu kurz Gekommenen und schon gar nicht die Masse der Durchschnitts-Amerikaner, sondern die voll ideologisierte Minderheit der Meinungsmacher, also eine ganz andere soziale Schicht, die Quelle der meisten Fehlurteile über das heutige Amerika ist.

HEINZ BARTH

Realismus, der keiner ist

Es ist ja ganz richtig gesehen, daß die studentischen Rebellen von 1968 sich längst arrangiert haben. Oder daß sie sich zurückzogen in Idyllen – auf Kreta oder anderswo. Daß das „engagierte", also das politische Theater scheiterte – nicht weil es niemand sehen wollte, sondern weil es eine eigene Dramaturgie nicht zu entwickeln vermochte. Weil es künstlerisch steril war.

Bedürfte es eines zusätzlichen Beweises, so lieferte ihn jetzt **„Die Rückkehr der Träume"** (ZDF) von Renke Korn, der sich seit Jahren auf das Trittbrett aktueller Themen zu schwingen sucht. Korn will ausschließlich Inhalt, er will partout eine Geschichte erzählen. Da kümmert es ihn wenig, daß die Kameraführung allzu klischeehaft oder daß das Ersetzen eines Dialogs durch nur einen Partner eines Telefongesprächs ein abgegriffenes Mittel ist.

Dem entspricht der mangelnde Realismus seines Films, der keiner ist. Mit penibel genauer Wiedergabe von Fäkaljargon ist es ja nicht getan. Es müßte schon eine Minimalvorstellung davon walten, wie sich ein „Sozialarbeiter" verhält. Mindestens müßte beantwortet werden, woher er, nachdem er ausstieg, die Miete für seinen Wohnpalast oder das Geld für den Flug nach Kreta nimmt.

Daß bei alledem keine gültigen Antworten herauskommen – eine Ehe scheitert an der politischen Inaktivität eines Partners –, ist zwangsläufig die Folge. Allenfalls erblickt man, daß zur „Friedensbewegung" Menschen gehören, die in fünfzehn Jahren nichts dazulernten und weiterhin Weltveränderungsträumen nachhängen. Und daß sie, wie damals, Kinder bedenkenlos für ihre Zwecke mißbrauchen. Aber das wollte der „engagierte" Autor, der unglückseligerweise auch Regie führte, doch gar nicht verraten.

KATHRIN BERGMANN

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Mosaik
Für die ältere Generation
10.35 Was bin ich?
11.25 Unser Kosmos
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.25 Schummeleien
16.10 Tagesschau
16.15 Professor Grzimek
Abenteuer an einem See in Namibia
Es gibt nur wenige Teiche im namibischen Etoscha-Nationalpark, die während der Trockenzeit nie ganz versiegen. So kommt es zu einem faszinierenden Schauspiel zwischen den einzelnen Tierarten um das lebensnotwendige Wasser.
17.00 Was ist was
5. Folge: Tiere der Urzeit. Professor Haber rekonstruiert die aufregende Geschichte der Saurier anhand von Ausgrabungsfunden in der berühmten „Grube Messel" bei Darmstadt und im Frankfurter Senckenberg-Museum. Überlegungen, wie es zu einschneidenden Brüchen im Entwicklungsablauf irdischen Lebens kam, schließen sich dran an.
17.20 Alpha 5
Eine Computer-Spiel-Show
17.50 Tagesschau
(anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Tritomba
Fernsehspiel von Jack Rosenthal (Deutsch von Karlhans Reuss)
21.35 Titel, Thesen, Temperamente
Gespräch mit Yves Montand / Konrad Lorenz über den „Abbau des Menschlichen / „Karriere" – Ballett nach dem Leben der Maria Callas / 700 Jahre chinesische Kunst
22.30 Tagesthemen
23.00 Krieg im Tschad
Die Großmächte mischen sich ein
23.50 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Captain Future
Ein Raumschiff wird gekapert
15.45 Papas Frau und ich
Amerik. Jugendfilm (1975)
Regie: Larry Elikann
16.30 Ferienkalender
16.50 Mork vom Ork
Ein neuer Schwarm
17.15 Enorm in Form
17.30 Heute/Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Gerald Mann
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Bilder, die die Welt bewegten
Engel im Schlamm
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Direkt
Jugendmagazin
20.15 Bilanz
Themen: Dollar-Höhenflug – mehr Schaden als Nutzen? / USA – Lokomotive für die Weltwirtschaft? / Steigende Zinsen – Bremse für den Aufschwung? / Dazu: Live-Interview mit Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl / China – Wirtschaftspartner der Zukunft?
Moderation: F. Ost
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Rosenkrieg
22.10 Sport aktuell – aus Berlin:
Internationales Leichtathletik-Sportfest (ISTAF)
23.10 Des Broadways liebstes Kind:
Boy Friend
Film von Ken Russell nach dem gleichnamigen Musical von Sandy Wilson
Mit Twiggy, Christopher Gable, u. a.
0.55 heute



Twiggy als Bühnenstar Polly in Ken Russells Musical-Persiflage „Boy Friend", ZDF, 23.10 Uhr
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Eine Geschichte vom Steinbock (2)
Aus der Reihe „Fauna iberica"
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Maxi und Mini
18.30 Fauna iberica
Eine Geschichte vom Steinbock (2)
19.00 Rockpalast
Jam Session auf der Loreley

WEST/NORD/HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Informationen und Unterhaltung – live aus Köln
Zu Gast: „Bläck Fööss"
21.45 Auslandsreporter
Von Hanoi nach Thanh Hoa
Ein Film von Winfried Scharlau
22.15 Perlen zum Glück
Amerikan. Spielfilm (1936)
Regie: Frank Borzage
23.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

15.00 Nanu, der Raubwal
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Aerobic
20.00 Wohin mit der Angst
Ulrich Hommes im Gespräch mit Fania Fénelon
20.15 Schauplatz der Geschichte: Dublin
Film von Marlene Franz
Der Film „Dublin" stellt neben der Stadt vor allem „Dubliner" vor, Teilnehmer des Osteraufstandes, aber auch Protestanten, die noch heute eher englisch empfinden: Er zeigt, daß die irische Fähigkeit, fanatisch für eine Sache zu kämpfen, noch immer lebendig ist. Er versucht weiterhin, die besondere Rolle der irischen Dichter in diesem Kampf darzustellen.
21.00 Einer gibt nicht auf
Amerikan. Spielfilm 1959
Mit Randolph Scott u. a.
Regie: Budd Boetticher

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Argumente
19.45 Evas Töchter (2)
6teilige franz. Fernsehkomödie
Das Vergnügen der Trennung
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Kino Kino
Neues vom Film
22.30 Robert Altman: Ich bin, was ich bin
23.40 Rundschau

Papier-Boykott

J. Sch. (Paris) – Während die französische Regierung angesichts der verbesserten Handelsbilanz in Sachen Protektionismus eher zurückhaltender geworden ist, verstärken die Gewerkschaften ihre Importbeschränkungsaktionen. Die kommunistische CGT will diese jetzt sogar mit Boykottmaßnahmen durchsetzen. Anvisiert wird ausländisches Zeitungspapier einschließlich solchem aus der Bundesrepublik.

Als Vorwand dazu dienen die finanziellen Schwierigkeiten der Chapelle-Darblay, dem größten französischen Zeitungspapierproduzenten. Nachdem die Regierung das chronisch notleidende Unternehmen mit Subventionen von mehreren 100 Millionen Franc jahrelang über Wasser gehalten hatte, fand sich jetzt die holländische Parenco zur Übernahme unter der Bedingung bereit, daß von den 2031 Beschäftigen dieses Jahr 508 und bis 1988 weitere 940 entlassen werden.

Aber nach Ansicht der CGT könnten alle diese Arbeitsplätze im Rahme einer „nationalen Lösung" erhalten bleiben. Als Käufer sollte der verstaatliche Glas- und Baukonzern Saint-Gobin auftreten, obwohl Zeitungspapier überhaupt nicht zu seiner Struktur paßt. Vor allem aber will die CGT die Zukunft von Chapelle-Darblay dadurch sichern, daß sie die Verlage zwingt, mehr französisches Papier zu bedrucken. Gegenwärtig sind das 43 Prozent ihres Bedarfs. Zeitungen, die weiterhin mit ausländischem Zeitungspapier gedruckt werden, riskieren zwischen dem 19. und 23. September nicht zu erscheinen. Denn für diese Zeit will die CGT widrigenfalls die Rotationsmaschinen blockieren.

Gut gemeint

J. G. – Gut zwei Jahre sind vorbei, und es hat sich nichts getan. Vermutlich wird sich auch bis Fristablauf Ende 1985 nichts tun. So schätzt der Feldmühle-Papierkonzern zur Halbzeit die einst zum Mittelständler-Schutz gedachte Auflage des Bundeskartellamtes ein, an seinem gemeinsam mit dem Kopparfors-Konzern aufgebauten schwedischen Zellstoffprojekt gegen entsprechende Kapitaleinlage auch die kleineren deutschen Papierfabrikanten mit bis zu einem Drittel der Feldmühlen-Quote zu beteiligen. Nach der letztjährigen Preisruhe wird Zellstoff nun zwar wieder empfindlich teurer. Aber die Schutzbedürftigen stecken ihr knappes Kapital lieber in die eigene Produktverbesserung als in die Rohstoffsicherung. Was gut gemeint war, wird da zur Farce. Kein Grund freilich, das Kind mit dem Bade auszuschütten und Kleine gegenüber dem Konzern als wettbewerbspolitisch vogelfrei zu erklären. Wohl aber ein neuer Grund zur Erinnerung daran, daß die volkswirtschaftlich wichtige Aufgabe der Rohstoffsicherung auch durch eigenen Kapitaleinsatz am elegantesten durch die oft verlästerten Großunternehmen bewältigt wird.

Pfundkurs bremst Exporte

Von WILHELM FURLER, London

Seit Anfang dieses Jahres deuten die Ergebnisse der Monats- und Quartalsumfragen des britischen Industrieverbandes CBI bei seinen Mitgliedsfirmen ununterbrochen auf ein Anziehen sowohl der Nachfrage als auch der Produktion in der verarbeitenden Industrie Großbritanniens hin. Der jüngsten Umfrage zufolge wird mit einer Verbesserung der Situation auch für die kommenden vier Monate gerechnet.

Diese Umfrageergebnisse sagen allerdings kaum etwas über das Ausmaß der konjunkturellen Erholung innerhalb der nächsten zwölf Monate aus. Da empfiehlt es sich, den Optimismus in Grenzen zu halten und sich der Formulierung der Bank von England in ihrem letzten Quartalsbericht anzuschließen, daß es immer noch keine Veranlassung gäbe, etwas anderes als einen „graduellen Produktionsanstieg" im Verlauf dieses Jahres zu erwarten.

Wie richtig die Notenbank liegt, zeigt der jetzt veröffentlichte Index der Industrieproduktion für den Monat Juni, der völlig unerwartet gefallen ist. Zwar kann man von einer einzelnen *Monatsstatistik* keine Trend-Umkehr ableiten. Aber der überraschende Rückgang der Industrieproduktion zum zweiten Mal in diesem Jahr zeigt, wie holperig und langsam die Fahrt aus dem Tal heraus verläuft.

Und das ist so überraschend auch wieder nicht. Denn zum einen hat die allmähliche Konjunkturerholung längst noch nicht alle Bereiche der britischen Industrie erreicht. So hat etwa die Kapitalgüter-Branche bislang kaum eine Lageverbesserung erfahren. Zu schwach war und ist noch immer die Investitionsneigung.

Zum zweiten hat der lange währende Optimismus, der Konjunkturaufschwung erhalte wesentliche Impulse von der Exportseite, einen nicht unempfindlichen Rückschlag erlitten. Noch in ihrem letzten Quartalsbericht hob die Bank von England ausdrücklich hervor, daß die britischen Exporte nicht das volle Ausmaß der weltweiten Rezession zu spüren bekommen hätten und sich bislang relativ gut gehalten hätten. Doch der jüngsten CBI-Umfrage zufolge ist der stark ausgeprägte Exportoptimismus, der in der Quartalsumfrage zuvor (April dieses Jahres) zum Vorschein trat, einer plötzlichen Zurückhaltung gewichen. Jedenfalls ist die Zahl der Unternehmen gewachsen, die mit einer Beschränkung der Auftragseingänge aus dem Ausland aufgrund zu hoher Preise rechnen.

Dahinter steckt das Problem des steigenden Pfundkurses vor allem gegenüber den kontinentaleuropäischen Währungen. Zwischen Anfang April und heute hat das Pfund etwa gegenüber der D-Mark von 3,70 auf etwas mehr als vier Mark angezogen. Der Regierung in London ist das Problem der sich wieder verschlechternden Wettbewerbsfähigkeit britischer Firmen auf den wichtigen ausländischen Konkurrenzmärkten durchaus bewußt.

Vor allem deshalb hat sich die Bank von England nicht an den konzertierten Interventionsaktionen beteiligt, wie dies die Notenbanken Japans, Deutschlands und Frankreichs gegenüber dem Dollar getan haben. Im übrigen setzt London alles in seiner Macht Stehende daran, das Zinsniveau nicht wieder steigen zu lassen, um der britischen Wirtschaft diese zusätzliche Belastung und Wettbewerbsverschlechterung zu ersparen. *Inzwischen* wird *allerdings* von einigen Bank-Experten in der City bezweifelt, daß der Basis-Ausleihezins in der nächsten Zeit auf seinem gegenwärtigen Niveau von 9,5 Prozent gehalten werden kann.

Um so mehr konzentriert sich der *britische Konjunkturoptimismus* auf die anhaltend starke Verbrauchernachfrage. So haben die Einzelhandelsumsätze im extrem heißen Sommermonat Juli nur knapp einen neuen Rekordstand verfehlt. Ebenso ermutigend ist der Boom bei Neuwagenverkäufen.

Zuversichtlich stimmt auch die Tatsache, daß die Aktivitäten im privaten Haus- und Wohnungsbau sowie bei der Altbau-Sanierung ihr höchstes Niveau innerhalb der letzten zehn Jahre erreicht haben. Wenn es der britischen Wirtschaft gelingt, weitere Fortschritte im Produktivitätsbereich (von *allerdings* sehr *niedrigem* Niveau aus) zu machen, dann wäre im kommenden Jahr ein anhaltender und sich allmählich verstärkender Wirtschaftsaufschwung in Großbritannien keine Fata Morgana mehr, als die sich alle ersten Aufschwung-Indizien während der vergangenen zwei *Jahre letztlich erwiesen* haben.

AGRARPOLITIK / Bonner Ressortgerangel um die Brüsseler Reformvorschläge

Finanzministerium vermißt noch Sparmaßnahmen in Milliardenhöhe

HEINZ HECK, Bonn

Die Vorschläge der EG-Kommission zur Reform der gemeinsamen *Agrarpolitik sind aus der Sicht des Bundesfinanzministeriums* (BMF) in finanzieller Hinsicht nicht ausreichend und als „Gesamtpaket" aus mehreren Gründen nicht akzeptabel. Das ist das Fazit einer „ersten Wertung" für die derzeit laufenden Ressortgespräche zur Abstimmung der Bonner Position. Die Federführung liegt beim Ernährungsministerium.

Zwar wird die Zielsetzung der Kommission „begrüßt", den Zuwachs der Agrarausgaben über die nächsten Jahre unter dem Wachstum der Eigenmittel zu halten. Einschränkend heißt es dann aber: „Dem Papier ist jedoch nicht konkret zu entnehmen, ob und in welcher Form dieses Ziel bei Verwirklichung der Kommissionsvorschläge zu erreichen ist."

Die bisher nur global bezifferten finanziellen Auswirkungen der Reformansätze lägen zudem „an der unteren Grenze der erforderlichen Einsparungen". Außerdem seien für 1984 noch besondere Sparmaßnahmen in Milliardengrößenordnung erforderlich (nach BMF-Meinung etwa eine Milliarde ECU; entspricht etwa 2,28 Milliarden Mark), um den Ansatz im Haushaltsentwurf bei 16,5 Milliarden ECU und damit an der derzeit noch geltenden EG-Einnahmegrenze zu halten (ein Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen, die Kommission drängt auf eine Erhöhung auf 1,4 Prozent). Diese Bewertung setzt noch dazu voraus, daß die Kommissionsvorschläge „voll verwirklicht werden" und zu den genannten Einsparungen führen.

Neben „positiven Ansatzpunkten" sieht das BMF vor allem folgende Mängel:

- Sie seien „offensichtlich zu einseitig auf französische Interessen zugeschnitten" und in den für die einzelnen Marktbereiche vorgeschlagenen Maßnahmen „nicht ausgewogen".
- Von den Vorschlägen wie automatischer Abbau des Währungsausgleichs, Einführung einer Fettsteuer und Verhängung von Importrestriktionen für Getreidesubstitute sei zudem bekannt, „daß sie für uns nicht akzeptabel sind".
- Kritisch wird eingewandt, daß gerade die beiden letztgenannten Vorschläge „genügend Zündstoff enthalten, um den Handelskrieg mit den USA neu zu beleben".

Das Fazit aus den Einwänden: „Eine Annahme aller Vorschläge als ‚Gesamtpaket', wie es die Kommission vorsieht und als unerläßlich bezeichnet, erscheint damit ausgeschlossen."

Es sei zwar sachgerecht, wenn die Kommission die wesentlichen „Einsparungen" von der Sonderabgabe auf Milch erwartet, denn dies „ist und bleibt das Hauptproblem der teuren EG-Agrarpolitik". Doch wird die Sonderabgabe als „marktwirtschaftlich bedenklich" bezeichnet, die neben den Schwierigkeiten der politischen *Durchsetzung* „erhebliche Kontrollprobleme" aufwerfe. Bereits 1981 sei ihre Einführung schon einmal gescheitert.

Eine Fettsteuer bedeute keine Einsparung und sei bisher von der Bundesregierung „strikt abgelehnt" worden. Neben außen- und handelspolitischen gibt es auch finanzpolitische Bedenken (Vermehrung der EG-Finanzquellen).

Ein Einkommensausgleich aus der Gemeinschaftskasse für Kleinbetriebe oder Erzeuger in benachteiligten Gebieten sei „abzulehnen".

Um zu vermeiden, daß die Brüsseler Ausgaben für die Agrarpolitik weiterhin ausufern, sollten nach BMF-Meinung „durch materielle Änderungen der bestehenden Marktordnungen Einsparungen mindestens in der von der Kommission vorgeschlagenen Größenordnung erzielt werden" (die Kommission hofft nach eigenen Angaben auf Einsparungen im Wirtschaftsjahr 84/85 von 5,7 und in den folgenden Jahren von 6,6 und 7,3 Milliarden Mark. In diesem so abgesteckten finanziellen Rahmen sollten die Agrarminister dann ausdiskutieren, „wo und wie am zweckmäßigsten gespart wird".

Für die zukünftige Gestaltung der Agrarpolitik wird unabhängig von der anstehenden Entscheidung über die Kommissionsvorschläge die Festlegung „finanzieller Leitlinien„ empfohlen.

WERFTEN / Küstenländer fordern Exporthilfe

Lambsdorff kritisiert Bremer Wirtschaftspolitik

GRAF SCHWERIN/dpa, Hannover

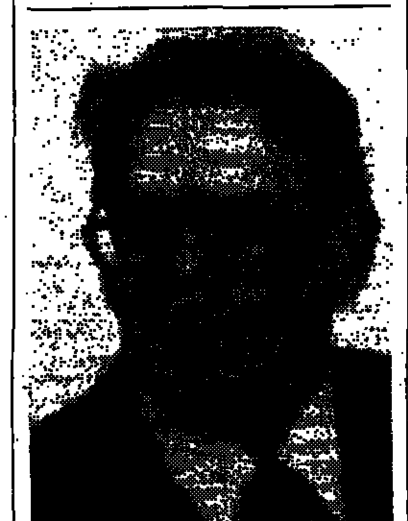
Als schlampig und nachlässig hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die Behandlung der Werftenfusionierung durch den Bremer Senat bezeichnet. In einem Interview des „Deutschlandfunk" erklärte Lambsdorff, er sei bereits vor vier Wochen überrascht worden mit der Meldung des Bremer Senats, man habe die Werften fusioniert, „nun Bundesregierung tritt an und zahle Subventionen. Ich habe damals gesagt, mir ist das alles noch nicht sicher, legt uns erstmal anständige Pläne vor. Vorgestern platzt diese Werftenfusion." So werde eben in Bremen Wirtschaftspolitik gemacht, sagte Lambsdorff.

Seit die niederländische Thyssen-Bornemisza-Gruppe, einer der beiden Hauptaktionäre der Vulkan-Werft, am vergangenen Freitag überraschend ihre Anteile für einen symbolischen Preis von einer Mark je Aktie der Bremer Landesregierung angeboten und erklärt hatte, daß „sie sich aus dem Schiffbau zurückziehen wolle und für weitere finanzielle Leistungen nicht mehr zur Verfügung" stehe, ist die geplante Fusion der vier Bremer Werften Vulkan, AG „Weser", Seebeck und Hapag-Lloyd mit insgesamt 11 000 Beschäftigten fraglich geworden.

Ohne Fusion will jedoch die Bundesregierung keine Unterstützung gewähren. Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) schloß in einer ersten Stellungnahme eine Übernahme der Thyssen-Anteile durch das Land aus. Koschnick hält es aber für möglich, daß aus Bonn doch noch Hilfe für die Bremer Werften kommt. In *einem NDR-Interview sagte er, nach*dem der Bund zunächst keine Möglichkeit zur Hilfe gesehen habe, klängen die Töne aus Bonn inzwischen moderater.

Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Werften-Krise in Bremen hatte die Konferenz der Wirtschaftsminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer und Berlins am Montag umgehende Verhandlungen mit dem Bund über „eine unerläßliche Hilfe für den Exportschiffbau" beschlossen. Die Minister erklärten, daß die Auftragseingänge an den Werften sich gegenüber 1978 wesentlich verschlechtert hätten (983 Millionen gegenüber 1,7 Milliarden Mark). Sie traten der Meinung von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff entgegen, der erklärt hatte, er sähe zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine vergleichbare Situation zum Jahre 78, um neue Fördermaßnahmen zu ergreifen, die dem Auftragsprogramm von 1978 bis 1981 entsprechen, das damals die Beschäftigung in der Werftindustrie stabilisiert hatte. Das Ausbleiben von Exportaufträgen aus den Industrieländern sowie die erhöhte Produktivität bei den mittelständischen Werften habe gegenüber der Exportzielvorgabe von einer Milliarde Mark eine Lücke von 600 Millionen Mark ergeben, die eine Förderung von fünf Prozent des Exportwertes für Lieferungen der nächsten zwei Jahre erfordert.

AUF EIN WORT



„Wir können nicht erwarten, daß sich jungen Deutschen Fortbildungsmöglichkeiten im Ausland eröffnen, wenn wir bei uns nicht ein entsprechendes Angebot an Praktikantenplätzen bereithalten."

Dr. Rudolf Schuster, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Carl Duisberg-Gesellschaft e. V., Köln.
FOTO: DIE WELT

Dollar treibt den Heizölpreis

dpa/VWD, Hamburg

Der Dollar heizt den Preis für Heizöl an. Wie eine dpa/VWD-Umfrage ergab, rechnen die Heizöl-Händler im Bundesgebiet *täglich mit weiter steigen*den Preisen. Während in Hamburg in der letzten Woche der Preis bei Abnahme von 5000 Litern Heizöl inklusive Mehrwertsteuer noch bei durchschnittlich 76 Mark pro 100 Liter lag, kletterte er am Montag auf rund 78 Mark. Nach der Umfrage gibt es das *billigste Heizöl zur Zeit für 66/67 Mark* in Karlsruhe. Mit 72,14 Mark wird es auch in Düsseldorf relativ günstig angeboten. Die Stuttgarter müssen zur Zeit im schlimmsten Fall für die geheizte Stube den Rekordpreis von 88,58 Mark zahlen. Mit im oberen Preisdrittel liegt auch Berlin, wo der Kunde zwischen *79,66* und *81,31* Mark aufwenden muß.

DOLLAR

Devisenhandel begrüßt das Verlassen der Einbahnstraße

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der bereits am Montag anfangs unter Druck geratene, später aber wieder gestiegene Dollar, hat sich gestern fühlbar abgeschwächt. Bei der amtlichen Notierung in Frankfurt sank der Kurs von 2,7114 auf 2,6772 D-Mark. Die Abwärtsbewegung hatte bereits am Montagabend in den USA eingesetzt; sie pflanzte sich gestern über die fernöstlichen Märkte nach Europa fort.

Begründet wurde die Abwärtsbewegung mit der Hoffnung auf sinkende Zinsen in den USA, obwohl die aktuelle Zinsbewegung in New York am Anleihemarkt am Montag eher leicht aufwärts gerichtet war. Viele Devisenhändler glauben, daß der Trend vor allem von spekulativen Dispositionen bestimmt wird. Offensichtlich hatten sich Haussiers in den ersten Augusttagen, als die Zentralbanken schätzungsweise 3½ Milliarden Dollar im Rahmen von Interventionen verkauften, mit Dollar zu reichlich eingedeckt. Sie begannen, wie vermutet wird, unruhig zu werden, als der Dollar nicht nachhaltig über 2,74 DM stieg und fingen dann an, die spekulativen Engagements wieder aufzulösen. Unter dem Eindruck der am Wochenende in den USA gesunkenen Zinsen und des ins Rutschen geratenen Dollarkurses ist gestern wohl auch gegen den Dollar, also à la baisse, spekuliert worden.

Im Devisenhandel ist man noch nicht sicher, ob nun nach dem monatelangen Höhenflug des Dollar endlich die Trendwende nach unten da ist. Man registriert aber mit Befriedigung, daß nun offenbar wird, daß der Dollarkurs sich nicht auf einer Einbahnstraße bewegt und man hofft, daß dies die spektulativ eingestellten Marktteilnehmer zur Vorsicht anhalten wird.

VEREINIGTE STAATEN

Bei der Exim-Bank häufen sich die „faulen" Kredite

H.-A. SIEBERT, Washington

Bei der staatlichen Export-Import-Bank in Washington, die amerikanische Ausfuhren im Waren- und Dienstleistungsbereich durch zinsgünstige Darlehen und Kreditgarantien fördert, türmen sich die „faulen" Kredite auf. Wie aus dem Jahresbericht der Behörde hervorgeht, erreichten sie am 30. September 1982, dem Ende des Fiskaljahres, 642,6 Millionen Dollar. Bis Juni stieg dieser Betrag auf 845,8 Millionen Dollar, weil Zaire, Polen, Jugoslawien, Argentinien, Mexiko, Nicaragua und andere Länder ihre Tilgungs- und Zinsverpflichtungen nicht erfüllten.

Nach amerikanischem Recht sind Kredite „dubios", wenn Zahlungen der Darlehensnehmer 90 Tage oder länger überfällig sind. Die Masse der Rückstände resultiert aus Krediten, *die* von der Exim-Bank ausländischen Regierungen und Staatsunternehmen gewährt worden sind. An der Spitze steht Iran mit 383,2 Millionen Dollar, das im Dezember 1979 während der Revolution für zahlungsunfähig erklärt worden ist, nachdem Teheran umgeschuldete Kreditrückzahlungen ignoriert hatte.

Zaire ist mit 76 Millionen Dollar im Rückstand. Bestimmt waren die Darlehen für das Inga-Shaba-Überlandleitungsprojekt, durch das in Wasserkraftwerken gewonnener Strom in die Kupferbergwerke geleitet werden sollte. Das Vorhaben wurde zur Bauruine. Als unzuverlässige Kunden erwiesen sich auch Bolivien, Brasilien, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Rumänien, Marokko, Sudan, die Zentralafrikanische Republik, Senegal und Sierra Leone. In den Büchern stehen auch Kredite über 53 und 81 Millionen Dollar, die China 1946 und Kuba in den 50er Jahren eingeräumt wurden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

SPD: Die Steuerzahler gleich behandeln

Bonn (HH) – Ein Gesetzentwurf, der gestern von der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht wurde, hat die Gleichstellung von Lohn- und Einkommensteuerzahlern zum Ziel. Nach geltendem Recht verfällt „der Erstattungsanspruch unweigerlich am 30. September", erklärte der Obmann der Fraktion im Finanzausschuß, Horst Gobrecht, zur Begründung. Dagegen könnten Einkommensteuerzahler auf Antrag eine Fristverlängerung zur Abgabe ihrer Erklärung erlangen. Gobrecht zitiert zur Stützung des SPD-Antrags Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts, wonach „die Steuerpolitik auf die Belange der schwächeren Schichten der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen hat" (Grundgesetz Artikel 20, Absatz 1).

Benzinpreis steigt weiter

Hamburg (AP) – Der von Texaco eingeleiteten dritten Benzinpreiserhöhung in diesem Monat werden sich heute Aral und BP und voraussichtlich Ende der Woche Esso anschließen. Ebenso wie ihr Vorreiter wollen auch sie Normal und Superkraftstoff sowie Diesel um drei Pfennig pro Liter verteuern. Eine Preisentscheidung bei Shell stand dagegen noch aus. Begründet wurde die Maßnahme erneut mit dem hohen Dollarkurs sowie der anhaltend schlechten Ertragslage im Mineralölbereich.

Neue Kassenobligationen

Frankfurt (VWD) – Das Bundesfinanzministerium bietet im Wege der Ausschreibung (Tender) Kassenobligationen mit einem Nominalzins von 8 *Prozent und einer Laufzeit von vier* Jahren an. Die Bietungsfrist läuft bis heute, 11.00 Uhr.

FDP: Mittelstand zur Börse

Bonn (HH) – Um die Eigenkapitalversorgung mittelständischer Betriebe zu verbessern, drängt die FDP-Bundestagsfraktion auf einen erleichterten Zugang zur Börse. Ihr finanzpolitischer Sprecher, Hermann Otto Solms, empfiehlt dazu unter anderem, die Bundesregierung sollte unverzüglich die Vorschläge der Börsensachverständigenkommission zur Schaffung eines zweiten Aktienmarktes in die Tat umsetzen und das Aktienrecht mit dem Ziel überprüfen, Erleichterungen für kleinere Aktiengesellschaften zu schaffen. Auch sollten steuerliche Erleichterungen bei der Einführung an der Börse erwogen werden.

Müheloses Sparen

Private Ersparnis in der Bundesrepublik Deutschland in Mrd DM

	1973	1977	1982
Ersparnis insgesamt	80,2	96,5	140
davon "echte" Ersparnis	50,5	53,4	75,7
wieder-angelegte Zinsen	29,7	43,1	64,3

Jede siebte verdiente Mark haben die privaten Haushalte 1982 auf die hohe Kante gelegt. Aber die Sparanstrengung erscheint größer als sie ist. Wenn man unterstellt, daß die Zins- und Dividendeneinnahmen wiederangelegt wurden, dann reichten sie 1982 für mehr als die Hälfte der gesamten privaten Ersparnis. QUELLE: GLOBUS

Hohe Insolvenzverluste

Wiesbaden (dpa/VWD) – Bei den 3235 im Jahr 1981 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren sind den Gläubigern mehr als acht Milliarden DM Verluste entstanden. Diesen Betrag nannte das Statistische Bundesamt aufgrund der vorliegenden Ergebnisse aus 78 Prozent aller 1981 eröffneten Verfahren. Für 1982 sei mit Insolvenzverlusten von zwischen zehn und elf Milliarden DM zu rechnen.

Opec produziert zuviel Öl

New York (dpa/UPI) – Die Ölproduktion der erdölproduzierenden Länder (Opec) ist inzwischen um eine Million Barrel (ein Barrel = 159 Liter) über die vereinbarte Höchstgrenze von 17,5 Millionen Barrel pro Tag gestiegen, berichtete die Fachinformation „Petroleum Intelligence Weekly". Die Überproduktion ist ausschließlich auf Saudi-Arabien zurückzuführen, das seine Förderung von 4,5 Millionen im Juni auf inzwischen fast 5,5 Millionen Barrel pro Tag steigerte.

ARGENTINIEN / Auflagen des IWF wurden erfüllt – Weg für Neukredit jetzt frei

Britische Regierung gibt grünes Licht

WILHELM FURLER, London

Ein Sonderausschuß des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat jetzt offiziell bestätigt, daß Argentinien den an eine weitere Kreditvergabe geknüpften Bedingungen im Devisenbereich, bei der Sanierung der Wirtschaft des Landes und bei der Aufhebung diskriminierender Maßnahmen gegenüber ausländischen Unternehmen nachgekommen ist. Daraufhin hat die Regierung in London den britischen Großbanken grünes Licht zur Unterzeichnung eines Konsortialkredits an Argentinien in Höhe von insgesamt 1,5 Milliarden Dollar gegeben. Der Anteil der britischen Banken an diesem Kredit liegt bei etwa zehn Prozent.

Wie berichtet, hatte Premierministerin Margaret Thatcher in der vergangenen Woche persönlich die vier britischen Clearingbanken aufgefordert, den Konsortialkredit vorerst nicht zu unterzeichnen. Ursprünglich hätte er am vergangenen Freitag ratifiziert werden sollen. Als Begründung hatte die Regierung angegeben, daß es für britische Banken verfrüht sei, angesichts der finanziellen Sanktionen gegenüber britischen Firmen in Argentinien oder deren Tochterunternehmen diesen Kredit zu unterzeichnen. Diese Sanktionen (unter anderem Behinderung des Dividenden- und Kapitaltransfers nach Großbritannien) waren im Zusammenhang mit dem Falkland-Konflikt im vergangenen Jahr verhängt worden.

Bereits Ende vergangener Woche hatte die Regierung in Buenos Aires offiziell erklärt, daß mit sofortiger Wirkung alle Sanktionen gegenüber britischen Unternehmen aufgehoben worden seien. Dennoch wollte London auf eine offizielle Bestätigung durch den IWF warten. Daraufhin wurde die Unterzeichnung des Banken-Kredits auf diese Woche verschoben.

Insgesamt beträgt die Auslandsverschuldung Argentiniens gegenwärtig 39 Milliarden Dollar, davon alleine knapp 26 Milliarden Dollar gegenüber den Mitgliedsländern der Zehner-Gruppe sowie der Schweiz, Dänemark und Irland. Der 1,5-Milliarden-Dollar-Kredit ist Teil eines Finanzhilfe-Pakets, um Buenos Aires bei der in Rückstand geratenen Bedienung seiner Auslandsverschuldung Überbrückung zu gewähren.

Als Ergebnis der jüngsten Überprüfung Argentiniens durch den IWF-Sonderausschuß kann das Land nun auch die nächste Tranche in Höhe von 300 Millionen Dollar eines Anfang dieses Jahres eingeräumten Beistandskredits des IWF in Höhe von insgesamt knapp 2,2 Milliarden Dollar ziehen.

Im Zusammenhang mit der Aufhebung finanzieller Sanktionen gegenüber britischen Firmen wurde in Londoner Außenhandelskreisen darauf hingewiesen, daß die Firmen jetzt zwar wieder Gewinne und Dividenden nach Großbritannien transferieren könnten, daß aber andere Restriktionen gegenüber britischen Firmen fortbestünden.

Trinkwasser gut und ausreichend

Rei. Bonn

Staatssekretär Wolfgang van Geldern vom Ernährungsministerium bezeichnete gestern in Bonn den Jahresbericht der Wasserwirtschaft für 1982 als „positive Fortschreibung früherer Berichte". Auch für 1983 werde es keine Versorgungsengpässe geben, da nach dem regenreichen Frühjahr die Talsperren gut gefüllt seien. Wenn es auch Probleme bei den Verschmutzungen der Flüsse wie Elbe, Rhein und Weser gebe, so sei Trinkwasser doch in ausreichender Menge und guter Qualität vorhanden.

Van Geldern verwies auf die Probleme mit der Industrie der Nachbarstaaten wie der „DDR", der Tschechoslowakei und Frankreich, auf die ein großer Teil der Flußverunreinigungen zurückgehe. Für die deutsche Industrie kündigte er „in absehbarer Zeit unbequeme Maßnahmen" an. So dürfe es z. B. nicht länger ein Vorzug Hamburgs als Industriestandort bleiben, Abwässer ungeklärt in die Elbe zu leiten.

Der FDP-Abgeordnete Eimer hat bei der Bundesregierung angefragt, ob es stimme, daß im Trinkwasser immer Zink- und Kupfer-Ionen durch die Korrosion von Trinkwasserleitungen auftauchten. Der SPD-Abgeordnete Sperling verwies darauf, daß Wasser langfristig knapp und teuer sei, weil es aus immer weiter entfernten Orten geholt und immer stärker aufbereitet werden müsse.

Iran-Handel ist kräftig gestiegen

dpa/VWD, Hamburg

Der deutsch-iranische Handel weist in diesem Jahr außerordentlich hohe Steigerungsraten auf. Bereits im vergangenen Jahr war die Bundesrepublik mit Ausfuhren in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar (3,4 Milliarden Mark) größter Handelspartner Irans. Die deutschen Ausfuhren in dieses Land nahmen nach Angaben der Deutschen Bundesbank in den ersten fünf Monaten 1983 um 142 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 2,72 Milliarden Mark zu. Die Einfuhren aus Iran übertrafen mit 629 Millionen Mark den Vorjahreswert um 176 Prozent. Der Nah- und Mittelost-Verein, Hamburg, wandte sich jedoch dagegen, diese hohen Steigerungsraten auf das Gesamtjahr 1983 hochzurechnen. Dies hänge vor allem mit der Haushaltspolitik der iranischen Regierung zusammen. Wenn auch die deutsche Wirtschaft, gemessen an den Exporten, der wichtigste Handelspartner der Iraner ist, so sind die Japaner „Nummer eins", wenn Exporte und Importe zusammengezählt werden. Japans Exporte nach Iran erreichten nach Angaben des Nah- und Mittelost-Vereins 1982 rund 943 Millionen Dollar, während die Importe 2,5 Milliarden Dollar betrugen. Die Bundesrepublik exportierte für 1,4 Milliarden Dollar und importierte für 703 Millionen Dollar (1,67 Milliarden Mark).

BAUPREISE / „Absprachen nur im Aufschwung"

Öffentliche Hand wehrt sich

HANNA GIESKES, Bonn

„Preisabsprachen am Bau gleichen nur den Nachteil aus, der den Bauunternehmen dadurch entsteht, daß es am Baumarkt keinen ordnungsgemäßen Wettbewerb gibt." Dieser aus der Branche immer wieder vorgebrachten Behauptung sind die öffentlichen Auftraggeber in den Bundesministerien Bau, Post und Verkehr jetzt entschieden entgegengetreten. Baupreisabsprachen fänden nämlich „interessanterweise nur bei guter Konjunkturlage statt, wenn auf dem Baumarkt sowieso gute Preise erzielt werden", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der für das öffentliche Bauauftragswesen zuständigen Referenten.

Abgestritten wird auch der Vorwurf, daß die öffentliche Hand sich nicht an die Vorschriften der Verdingungsordnung für Bauleistungen halte und dadurch die Auftragnehmer zu Absprachen gewissermaßen zwinge. Wenig überzeugend sei auch „die behauptete Notwendigkeit der Absprachen wegen Überwälzung unzumutbarer Risiken durch die öffentlichen Auftraggeber". Der öffentlichen Hand sei aufgegeben, die Vergabevorschriften strikt einzuhalten, betonen die Autoren des Papiers, „jeder Verstoß wird verfolgt".

Hierzu ist freilich anzumerken, daß eine Verfolgung nur dann möglich ist, wenn die von Verstößen gegen die Vergabeordnung Betroffene dies auch kundtun. Das geschieht indes häufig nicht, weil die Unternehmen um Anschlußaufträge fürchten. Aus demselben Grund gelangen Fälle von Nachfragemacht-Mißbrauch durch die öffentliche Hand vielfach nicht auf den Tisch des Bundeskartellamtes, obwohl sie durch das Kartellgesetz verboten sind. Allerdings hatte der Präsident des Amtes, Wolfgang Kartte, den Verbänden der Bauwirtschaft in einem „Spitzengespräch" im Juli 1981 angeboten, ihm Fälle mißbrauchter öffentlicher Nachfragemacht anonym zu melden; seine Behörde werde sich dann an den „Sünder" wenden. Von diesem Angebot hat die Branche bisher kaum Gebrauch gemacht.

Die Konzentration der Baupreisabsprachen auf öffentliche Aufträge sprechen gleichwohl für den von der Bauindustrie behaupteten Zusammenhang mit den Vergabeverfahren der öffentlichen Hand, heißt es in dem Papier weiter. Die strikte Einhaltung der Verdingungsordnung für Bauleistungen begünstige nämlich Kartelle: Durch die zwingend vorgeschriebene Bekanntgabe der Angebotspreise im Eröffnungstermin werde garantiert, daß sich die an der Absprache Beteiligten auch an ihr Kartell halten, zumal das Verbot bestehe, nachträglich durch Verhandlungen eine Änderung der Angebote und Preise zu erreichen. Es sei darum ausgeschlossen, die Bauindustrie ihren Forderungen entsprechend bei öffentlichen Aufträgen vom Kartellverbot des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auszunehmen.

BAUHERRENMODELL / Positive Effekte errechnet

Mehreinnahmen für den Staat

HEINZ HECK, Bonn

Die Finanzierung von Mietwohnungen nach dem Bauherrenmodell führt nicht zu Steuerausfällen. Vielmehr entstünden, entgegen der landläufigen Meinung, sogar Mehreinnahmen für den Fiskus, 1981 zum Beispiel in Höhe von etwa 2,6 Milliarden Mark. Das ist jedenfalls die These von Lutz Schumann, die er als Ergebnis einer Modellrechnung in einer gestern vorgestellten Veröffentlichung („Das Bauherrenmodell im Wohnungsbau", Dr. Peter Deubner Verlag GmbH, Köln, 122 Seiten broschiert, 48 DM) vertreten hat.

Schumann, Vorstandsvorsitzender der Lübecker Treuwo AG, geht nicht ganz unbefangen an dieses Thema heran. In aller Bescheidenheit nennt er selbst sein Unternehmen „einen stillen Riesen", der über das Bauherrenmodell in den letzten rund zehn Jahren etwa 10 000 Wohnungen gebaut habe und damit zu den Marktführern gehöre.

Das Zusammentreffen seiner Veröffentlichung mit den von der Bundesregierung beschlossenen Einschränkungen des Bauherrenmodells bezeichnet er als „Zufall". Er zeigte sich allerdings auch enttäuscht über die Beschlüsse, da er „von dieser Regierung" eine solche Änderung nicht erwartet habe.

Schumann wendet kritisch ein, daß die öffentliche Diskussion das Bauherrenmodell falsch beurteile. Nach seiner Auffassung führt die Anwendung des Bauherrenmodells bei nicht ausgelasteten Baukapazitäten (was seit Jahren der Fall sei) nicht nur zu höheren Steuereinnahmen, sondern habe auch einen positiven Beschäftigungseffekt, den er zum Beispiel für 1981 auf etwa 60 000 Arbeitsplätze beziffert. Er erinnert daran, daß die Alternativkosten je Arbeitslosen auf jährlich 33 000 Mark zu veranschlagen wären. Im frei finanzierten Mietwohnungsbau sei das Bauherrenmodell in Ballungsgebieten mit 65 bis 75 Prozent ohnehin das wichtigste Finanzierungsinstrument.

Er zeigt Verständnis dafür, daß „unwirtschaftliche Steuerkonstruktionen" abgeschafft werden sollten. Dazu zählt er Umfinanzierungen und Auslandsprojekte, nicht jedoch das Bauherrenmodell im Inland.

VOLKSWAGEN / Vom neuen Golf erwartet der Konzern Ertragsverbesserungen

„Roboter garantieren Qualität"

rtr, München

Die Volkswagenwerk AG erwartet nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Carl Hahn von ihrem neuen Golf-Modell ab 1984 positive Impulse auf die derzeit unbefriedigende Ertragslage. Der Konzernchef sagte gestern bei der Präsentation des neuen Golf in München, in diesem Jahr werde die Umstellung der Produktion noch „Belastungen" mit sich bringen. Der Konzernumsatz sei im ersten Halbjahr 1983 nur geringfügig von knapp 20 auf 20,115 Mrd. DM gestiegen. Die Ertragsentwicklung sei „noch nicht befriedigend", eine Gewinnprognose für das Gesamtjahr könne man derzeit nicht wagen.

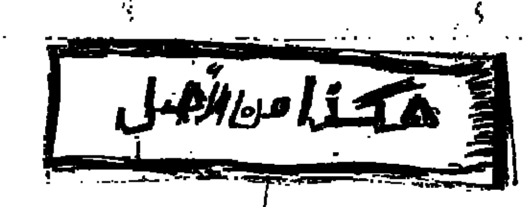
In den USA seien zwar „Verlustquellen beseitigt" worden, sagte Hahn. Noch immer unbefriedigend sei aber die Entwicklung in Lateinamerika. Im zweiten Halbjahr rechne man im Konzern aber mit einer besseren Umsatzentwicklung als im ersten, da man bei der VW-Mutter voraussichtlich den bisherigen Umsatzrückstand gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit aufholen werde.

VW-Produktionschef Günter Hartwich kündigte an, daß die bereits angelaufene Produktion des neuen Golf bis zum Jahresende von derzeit täglich 260 auf rund 2000 Autos hochgefahren wird. Später sollen im In- und Ausland täglich mehr als 4000 Golf von den Bändern rollen. Vertriebschef Werner Schmidt sagte, man wolle schon 1984 die Golf-Kapazität in den europäischen VW-Werken von täglich etwa 3500 Einheiten ausschöpfen.

Die Auslieferung des neuen Golf, dessen billigste Version bei verbesserter Ausstattung mit 13 490 DM um 3,3 Prozent teurer ist als das Vorgängermodell, wird laut Hahn am 10. September in der Bundesrepublik beginnen. Die Produktion des alten Golf, von dem in neun Jahren rund 6,5 Mill. Autos vom Band gelaufen waren, läuft am Jahresende in der Bundesrepublik aus.

Für den neuen Golf hat VW nach den Worten Hartwichs insgesamt 2,1 Mrd. DM aufgewandt, davon etwa 80 Prozent Investitionen und 20 Prozent Entwicklungskosten. In Wolfsburg hat VW für den neuen Golf allein in die neue Montagehalle 54 insgesamt 548 Mill. DM investiert. Auf die Mechanisierung der Montage mit Hilfe zahlreicher Industrieroboter entfallen davon 221 Mill. DM.

Die weitgehende Automatisierung der Montage bietet nach den Worten Hahns außer Kosteneinsparungen auch die „Garantie einer beinahe absolut gleichbleibenden Qualität". Mit dem neuen Modell habe sich VW in dieser „konjunkturell interessanten Zeit" eine gute Ausgangsbasis geschaffen. Man sehe daher „trotz noch nicht verzogener dunkler Wolken über dem europäischen Konjunkturhimmel" mit Zuversicht in das zweite Halbjahr 1983 und das Jahr 1984.



RWE / Konzernaußenumsatz stieg um fünf Prozent

Stromabsatz ist gesunken

HANS BAUMANN, Essen

Die schwache Konjunktur, der milde Winter und der unverändert sparsame Umgang mit Energie haben den Stromverbrauch beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, Essen, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) gedämpft. Wie das Unternehmen in einem Aktionärsbrief mitteilt, waren auch die Verbundlieferungen an süddeutsche Versorger geringer, nachdem sich dort die Möglichkeiten der kostengünstigen Stromversorgung aus Kernkraft verbessert haben.

Insgesamt hat das RWE im Berichtsjahr 110,4 Mrd. kWh geliefert, das sind 3,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Da aber Sonderlieferungen außerhalb vertraglicher Vereinbarungen in Höhe von 5,8 Mrd. kWh (plus 20,3 Prozent) möglich waren, ermäßigte sich die gesamte Stromabgabe nur um 2,3 Prozent auf 116,2 Mrd. kWh.

Der Konzernaußenumsatz hat sich jedoch in der Berichtszeit um 4,8 Prozent auf 24,1 Mrd. DM erhöht. Hiervon stammen rund 55 Prozent aus dem Stromverkauf. Auch im Konzernbereich Braunkohle lag der Außenumsatz etwas über dem des Vorjahres. Rheinbraun förderte im Berichtsjahr rund 117 Mill. Tonnen. Nach wie vor unbefriedigend sind die Mengen und Erlösentwicklung im Mineralöl- und Chemiebereich. Zufriedenstellend sind die Ergebnisse im Anlagen- und Maschinenbau.

Die Investitionen des RWE haben sich im Berichtsjahr für Sach-, Finanzanlagen und Kernbrennelemente um rund 400 Mill. DM auf 2,1 Mrd. DM erhöht. Bei den Sachinvestitionen entfällt der Anstieg hauptsächlich auf das in Bau befindliche Steinkohlenkraftwerk Ibbenbüren, an dem die Preussag mit 34 Prozent beteiligt ist, sowie auf Erweiterungen und Erneuerungen von Leitungsnetzanlagen. Weitere 1,42 Mrd. DM wurden für die Kernkraftwerke Gundremmingen (Blöcke B und C) und Mühlheim-Kärlich aufgewendet.

Nach eineinhalbjähriger Pause wurden zu Beginn des neuen Geschäftsjahres die Preise angehoben, um dem Auseinanderlaufen von Kosten und Erlösen entgegenzuwirken.

Steigende Abnehmerverpflichtungen für Steinkohle engen nach Auskunft der Verwaltung die Möglichkeiten der optimalen Nutzung des Primärenergieeinsatzes ein.

Ein Rückgang des Jahresüberschusses wird aber nach Auskunft der Verwaltung vermieden werden können. „Aus heutiger Sicht", so wird den Aktionären signalisiert, könne daher wieder eine Dividende von 8 DM je 50 DM nominal erwartet werden. Die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung 1983 sind dann erstmals mit einem Viertel dividendenberechtigt.

STROMPREISE / Unterschied zwischen dem billigsten und dem teuersten Anbieter bei vierzig Prozent

Industrie zahlt im Schnitt 3,5 Prozent mehr

HANS BAUMANN, Essen

Elf von 50 befragten Energieversorgungsunternehmen haben in der Zeit vom 1. Juli 1982 bis zum 1. Juli 1983 ihre Preise nicht erhöht. Dies ist eines der Ergebnisse des Bundesverbandes der Energieabnehmer aus dem jüngsten Strompreisvergleich für Sonderabnehmer (Industrie). Die mittlere Preiserhöhung für den Berichtszeitraum lag bei 3,5 Prozent. Sie ergibt sich aus unterschiedlichen Preisanhebungen zwischen null und 9,5 Prozent.

Für den Zeitraum der letzten fünf Jahre ergibt sich eine kumulierte durchschnittliche Strompreiserhöhung um 35,5 Prozent. Die Erhöhungen im einzelnen liegen zwischen 22 Prozent bei der Heag, Darmstadt, und 49,9 Prozent bei der EVS Stuttgart. Erhöhungen über 45 Prozent wurden auch bei den VEW, Dortmund (48,3 Prozent), dem Kraftwerk Laufenburg (48,2), den Neckarwerken, Esslingen (47), der Bewag, Berlin (46,8), den Stadtwerken Mannheim (46,5), den Stadtwerken Bielefeld (46,4) und dem ÜNH Bremen (45,2) festgestellt.

Verschoben haben sich die Preisrelationen der verschiedenen bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen – insbesondere bei den bayerischen, die vor einigen Jahren noch zu den teuersten gehörten, heute aber im Mittelfeld des Vergleichs liegen. An der Breite des gesamten Preisfächers hat sich jedoch nur wenig geändert.

Als die zehn teuersten Versorger hat der Verband die Bewag, Berlin, die HEW, Hamburg, die ÜNH Bremen, die Stadtwerke Kiel und Lübeck, LKH Osterode, EVS Stuttgart, EWE Oldenburg, Schleswag, Rendsburg und Badenwerk, Karlsruhe, ermittelt. Gegenüber dem Preisvergleich im 1. Quartal 1983 sind die Stadtwerke Mannheim aus der Gruppe der zehn teuersten Versorger ausgeschieden. Dafür ist EVS Stuttgart zum erstenmal unter den teuersten zehn. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß bis auf LKH Osterode, Badenberk und EWE Oldenburg alle übrigen EVU dieser Gruppe sogenannte Starklastzeiten anbieten, die die Preise ermäßigen.

Zur Gruppe der 10 preisgünstigsten Unternehmen gehören nach den Ermittlungen des Verbandes: Heag, Frankfurt, Stadtwerke Duisburg und Düsseldorf, REW, Essen, EMR Herford, Lech-EW, Augsburg, AÜW Kempten, Pfalzwerke, Ludwigshafen, Kawag Ludwigsburg und Stadtwerke Frankfurt. Kawag ist an die Stelle von EV Offenbach getreten. Die in der Tabelle angegebenen Preise sind Netto-Preise, sie gelten also ohne Mehrwertsteuer und ohne den „Kohlepfennig" von zur Zeit 3,5 Prozent im Bundesdurchschnitt.

Die Durchschnittspreise der Gruppe der 10 preisgünstigsten Versorger liegen im Mittel um 9,2 Prozent unter dem Durchschnitt aller verglichenen EVU. Die Gruppe der zehn teuersten liegen im Mittel um 9,1 Prozent über diesem Durchschnitt. Bezogen auf die zehn preisgünstigsten Versorger liegen die Preise der zehn teuersten um 20,2 Prozent höher. Der Preisunterschied zwischen dem preisgünstigsten (Heag) und dem teuersten (Bewag) beträgt immerhin rund 36 Prozent.

Wer bezahlt den höchsten Strompreis?

Versorger	Bezugsmenge in Mill. kWh im Jahr (in () Benutzungsdauer Std./Jahr) Preise in Pfennig je kWh			Veränderung in % gegenüber	
	0,250 (2 500)	2.0 (4 000)	25.2 (6 300)	1. 7. 78	1. 7. 82
RWE, Essen	20,5	16,4	11,5	33,2	4,7
VEW, Dortmund	23,5	17,9	13,2	48,3	7,4
HEW, Hamburg	24,5	18,3	14,2	37,2	1,6
Bewag, Berlin	26,4	19,4	15,4	46,8	–
Heag, Hessen	19,0	15,1	11,1	22,0	–
EV Offenbach	23,3	16,8	13,1	35,3	5,7
AÜW Kempten	19,8	18,8	15,7	39,7	6,4
Durchschn. a. EVU	21,8	17,3	13,6	35,5	3,5

UNILEVER

Einbußen in Afrika

JAN BRECH, Hamburg

Ein nur mäßiges Umsatzwachstum und sinkende Erträge kennzeichnen die Entwicklung des niederländisch-britischen Lebensmittelkonzerns Unilever in diesem Jahr, der nach der jüngsten „Fortune"-Liste unter den größten Unternehmen der Welt auf Platz 17 rangiert. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, ist der Umsatz im ersten Halbjahr 1983 um 2 Prozent auf 28,2 Mrd. hfl gestiegen. Der Betriebsgewinn verbesserte sich um 1 Prozent auf 1,66 Mrd. hfl, während der den Inhabern von Stammaktionären zustehende Reingewinn mit 822 Mill. hfl im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozent niedriger liegt. Die Rendite verschlechterte sich von 3,1 auf 2,9 Prozent. Der Gewinn je 20-hfl-Stammaktie betrug 14,75 nach 15,26 hfl.

Beeinträchtigt hat das Ergebnis in erster Linie das schlechte Abschneiden der Gruppe UAC International, die aufgrund der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen in Nigeria und auch im französischsprechenden Afrika erheblich an Umsatz und Ertrag einbüßte. Der Anteil am Bruttogewinn von assoziierten Gesellschaften ging bei Unilever im ersten Halbjahr um fast ein Viertel auf 89 Mill. hlf zurück. Hierin, so heißt es, spiegele sich besonders das niedrigere Ergebnis der UAC of Nigeria wider, an der Unilever zu 40 Prozent beteiligt ist.

Erhebliche Verbesserungen meldet Unilever dagegen von den Unternehmen in Nordamerika. Sowohl Lever Brothers als auch National Strach hätten weitere Fortschritte gemacht. Auch auf anderen Märkten außerhalb Nordamerikas und Europas seien Absatz und Ertrag gestiegen. Erfolgreich werden besonders die neuen Aktivitäten in Chile und der Elfenbeinküste genannt.

In Europa haben sich die Ergebnisse ebenfalls verbessert, wenn auch mit Unterschieden in den einzelnen Ländern und Sparten. Rückschläge erlitt Unilever vor allem im Transportbereich und bei Industriezulieferbetrieben. Reorganisationskosten bei englischen Unternehmen seien durch Buchgewinne ausgeglichen worden.

KAUTEX / Plus bei technischen Kunststoffteilen

Hoffen auf Marktbelebung

VWD, Bonn

Die Kautex Werke Reinold Hagen AG, Bonn, hat sich im Berichtsjahr 1982, dem Jahr ihrer Umwandlung von einer GmbH in eine AG, gut behaupten können. Wie aus dem Geschäftsbericht des Familienunternehmens hervorgeht, hat sich der Gesamtumsatz von 124,0 auf 131,9 Mill. DM erhöht. Diese Steigerung um 6,4 Prozent liege, wie es heißt, deutlich über dem Zuwachs von durchschnittlich 4,6 Prozent der gesamten deutschen Kunststoffverarbeitungsbranche. Besonders beteiligt an der Umsatzsteigerung war neben dem größten Geschäftsbereich Verpackungen die Sparte der technischen Kunststoffteile.

Das Unternehmensergebnis habe dieser positiven Entwicklung allerdings nicht folgen können, da die Kostensteigerungen nicht in vollem Umfang in den Verkaufspreisen weitergegeben werden konnten. Rationalisierungserfolge hätten es aber möglich gemacht, das Unternehmen aus der Verlustzone herauszuhalten.

Für das Geschäftsjahr 1983 gibt sich Kautex optimistisch: Die gegenwärtige Auftragslage und die Hoffnung auf eine weitere Marktbelebung lassen erwarten, daß das Unternehmen 1983 „gut überstehen" wird.

Der Jahresüberschuß für 1982 stellte sich auf 0,46 Mill. DM, der Gewinnvortrag aus dem Vorjahr auf 0,63 Mill. DM und der Bilanzgewinn auf 1,06 Mill. DM. Dieser soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Das Unternehmen beschäftigte zum Jahresende 1240 Mitarbeiter.

Wertsteigerung bei Dekafonds

cd. Frankfurt

Wer Ende 1982 die optimistischen Börsenerwartungen der Sparkassen-Investmentgesellschaft Deka mit dem Kauf von Aktienfondszertifikaten honoriert hat, wurde bis zur Jahresmitte mit guten Wertsteigerungen belohnt. Dekafonds-Anteile stiegen um 20,4 Prozent und Dekaspezial-Anteile um 16,9 Prozent. Doch die Dekamanager redeten offenbar – wie viele ihrer Kollegen bei anderen Investmentgesellschaften – in den Wind. Die Investmentsparer trennten sich im ersten Halbjahr von netto 39 Mill. DM Dekafonds-Anteilen und kauften lediglich für 2,5 Mill. DM Dekaspezial. Statt dessen investierten sie 59 Mill. DM in den Rentenfonds Reditdeka, der wegen des Zinsanstiegs nur bescheidene 1,9 Prozent im Wert zulegte, und 166 Mill. DM in der internationalen Rentenfonds Dekarent (+ 3,3 Prozent). Der gemischte Aktien-/Rentenfonds Arideka mußte bei 10,9 Prozent Wertsteigerung mangels Anlegerinteresse für 3,5 Mill. DM Anteile zurücknehmen. Die Sparkassenfondsmanager sind auch weiter zuversichtlich für deutsche Aktien gestimmt. Sie haben beim Dekafonds die Engagements in Bank-, Chemie- und Elektroaktien aufgestockt, Maschinen- und Versorgungswerte abgebaut.

MAN / Die Nutzfahrzeug-Nachfrage erreichte weltweit einen Tiefpunkt

Ertragseinbruch im „schwierigsten Jahr"

rtr, Augsburg

Das Augsburger Unternehmen MAN AG (zu 75 Prozent im Besitz der GHH) hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 1982/83 einen schweren Ertragseinbruch erlitten. In dem am 30. Juni zu Ende gegangenen Geschäftsjahr hat das Unternehmen einschließlich der Tochtergesellschaft MAN-Roland nach vorläufigen Zahlen ein „negatives Ergebnis" von 300 Mill. DM hinnehmen müssen, schreibt MAN in einem Aktionärsbrief. Dieser Verlust werde etwa zur Hälfte durch die Realisierung außerordentlicher Erträge ausgeglichen. Dem steht im vorangegangenen Geschäftsjahr ein Jahresüberschuß von 31,7 Mill. DM gegenüber.

Das abgelaufene Geschäftsjahr sei „eines der schwierigsten" bisher gewesen, schreibt das Unternehmen. In 1983/84, so betont MAN, seien außergewöhnliche Belastungen vergleichbarer Größenordnung nicht zu erwarten. Durch die sich nur zögernd belebende Inlandskonjunktur, einen „zunehmenden Hang zum Protektionismus" und die hohe Verschuldung wichtiger Abnehmerländer sei aber keine rasche Belebung des Marktes zu erwarten, schreibt MAN in dem Aktionärsbrief weiter. Dies gelte insbesondere für den Bereich der Investitionsgüter, auf dem MAN mit verschiedenen Produktgruppen ausschließlich tätig sei. Der Vorstand habe deshalb in allen Unternehmensbereichen umfangreiche und „weit gefächerte" Maßnahmen ergriffen und eingeleitet. Das Personal wurde bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr bei MAN einschließlich Roland um knapp 4000 auf 45 505 reduziert.

Der Auftragseingang von MAN einschließlich der inländischen Beteiligungsgesellschaften (über 50 Prozent) ging im abgelaufenen Geschäftsjahr um knapp 21 Prozent auf 8,38 Mrd. DM zurück, bei MAN (einschließlich Roland) allein um 26 Prozent auf 6,18 Mrd. DM. Die Umsätze schrumpften in der Gruppe um 8,9 Prozent auf 8,76 Mrd. DM und bei Roland um 14 Prozent auf 6,25 Mrd. DM. Die Nachfrage nach Nutzfahrzeugen habe weltweit einen Tiefpunkt erreicht. Nur im Inland zeichne sich seit der Jahreswende eine Zunahme der Nachfrage ab, die jedoch vom niedrigsten Niveau seit den fünfziger Jahren ausging. 1982/83 konnte MAN nur 16 000 Lkw ab sechs Tonnen absetzen nach 24 000 im Vorjahr.

MITTELSTAND / Gegen „Scheinprivatisierungen"

Problem mit dem Müll

AP, Bonn

Kritik an der „Scheinprivatisierung der öffentlichen Hand" hat die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) als Dachorganisation von rund 100 Verbänden aus dem Dienstleistungsbereich geübt.

Die AWM forderte gestern in Bonn die Bundesregierung auf, Wettbewerbsverzerrungen, wie sie nicht nur zwischen privaten Unternehmen und Einrichtungen der öffentlichen Hand vor allem bei der Abfallbeseitigung bestehen, zu beseitigen. AWM-Präsidialrat Rudolf Trum forderte unter anderem, die Vorschriften der Gemeinnützigkeit „den offenkundigen Verhältnissen anzupassen und damit negative Auswirkungen im Wettbewerb zu vermeiden".

Die Konkurrenzprobleme stellten sich besonders bei der Abfallbeseitigung, erklärte Trum. Städte und Kommunen bildeten Entsorgungsgesellschaften, die Abfälle und Müll beseitigten. Diese gemeinnützigen Unternehmen müßten jedoch im Gegensatz zur Privatwirtschaft keine Steuern zahlen und könnten daher die Abfallbeseitigung praktisch preisgünstiger vornehmen. Nach außen entstehe der Eindruck, als wären diese Betriebe Privatunternehmen. Sie gehörten jedoch den Kommunen selbst. Gegenwärtig seien mehr als 500 private Unternehmen in der Bundesrepublik auf dem Sektor der Abfallbeseitigung, der Städtereinigung und der Abfallwirtschaft tätig.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: „Palma GmbH"; **Aschaffenburg:** Olaf Lucas, Inh. e. Bekleidungswerks, Kleinostheim; **Bersenbrück:** Trend Team Janizewski & Co. GmbH, Fürstenau; **Düsseldorf:** Laden 13 W. Kloeth GmbH; KBK Rohrleitungsbau GmbH, Hilden; m & m fashion müller & müller GmbH; **Flensburg:** Nachl. d. Ewald Jacobsen, Zimmermann; **Hof:** Hermann Opel, Alleininh. d. Fa. Hermann Opel, Bagger- und Raupenbetrieb, Konradsreuth; **Kassel:** Georg Schüßler GmbH & Co. KG, Elektroinstallationen; **Lingen/Ems:** Dipl.-Ing. (FH) Manfred Heinz Theodor Hübbers; **Soest:** Clemens Gerke, Kaufmann, Inh. d. Fa. Clemens Gerke, Werl.

Anschlußkonkurs eröffnet: Neumünster: Löwen-Plastic GmbH.

Vergleich eröffnet: Düsseldorf: Buchhandlung Adolf Keymer Büroeinrichtungen, Inh. Nolte KG, Hilden.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Jerotrams GmbH internationale Spedition, Hilden; **Hamm:** Format Fertighaus AG, Kamen; **Köln:** Lucky's Leder Import–Export GmbH.

KABELMETAL NIGERIA / Bundeseigenes Finanzierungsinstitut DEG als Partner

Trotz Umsatzminus gesunde Erträge

H. G. STÜWE, Bonn

Die Präsidentschaftswahl mit dem Sieg des bisherigen Amtsinhabers Shagari liegt erst wenige Tage zurück, die Parlamentswahlen stehen unmittelbar bevor – in Nigeria werden die politischen Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Bei der Kabelmetal Electro GmbH in Hannover, die in Nigeria zwei Beteiligungsunternehmen besitzt, knüpfen sich an diese Ereignisse einige Hoffnungen: „Wir erwarten, daß Nigeria nach den Wahlen das Devisenproblem in den Griff bekommt", erklärte Dieter Rullmann für den Kabelproduzenten gegenüber der WELT. Aufgrund der hohen Auslandsverschuldung erlassene strenge Import- und Devisenbeschränkungen machen heute allen Betrieben, die auf Zulieferungen aus dem Ausland angewiesen sind, das Leben schwer.

Trotz solcher Probleme gibt sich auch der Mitgesellschafter in Nigeria, die bundeseigene Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG), Köln, optimistisch. Schließlich können die Partner mit der Kabelmetal Nigeria Ltd. (KER) in Ikeja bei Lagos ein Unternehmen vorweisen, das seit mehr als zehn Jahren besteht, „sich hervorragend entwickelt hat" – so Wolfgang Lehmann von der DEG – und heute der wichtigste Kabelproduzent in Nigeria ist.

Bereits ein Jahr nach der Gründung wurden Gewinne erzielt. Die 1982/83 (30. 6.) erwirtschaftete Umsatzrendite von fünf Prozent belegt eine Ertragskraft, die viele andere Joint Ventures in Afrika nicht besitzen. 695 Beschäftigte produzieren Kupfer- und Aluminium-Freileitungen, isolierte Kabel für Hausanschlüsse, Leitungen zur Untergrundverlegung, für Radio- und Fernsehgeräte sowie Telefonkabel – ausschließlich für den nigerianischen Markt.

Das zweite Unternehmen, die Northern Cable Processing and Manufacturing Company Ltd. (Nocaco) in Kaduna, etwa 800 Kilometer nördlich von Lagos, hat erst im letzten Jahr die Produktion voll aufgenommen. In diesem Betrieb, der als einziger in Nigeria komplette Kabelsätze (vor allem für die Automobilindustrie) fertigt, sind 262 Menschen beschäftigt. 1982/83 wurden 9,8 Millionen Mark umgesetzt, die Umsatzrendite betrug nach Angaben Rullmanns zwei Prozent.

Mit Canada Wire, Sumitomo und Siemens sind wichtige Wettbewerber auf dem Weltmarkt vertreten. Ihre Unternehmen werden wie alle Auslandsfirmen als Joint Ventures betrieben.

Vom Gesamtkapital bei KER (4 Mill. Naira) und Nocaco (2 Mill. Naira) befinden sich jeweils 40 Prozent in nigerianischen Händen. An KER hält der nigerianische Staat eine 2,5prozentige Beteiligung, 31,8 Prozent verteilen sich auf 20 Privatpersonen. Entsprechend den Beteiligungsverhältnissen sind im Board of Directors, der ähnliche Funktionen wie ein deutscher Vorstand wahrnimmt, von 8 (KER) bzw. 7 Mitgliedern jeweils drei Nigerianer. Die DEG stellt einen Vertreter.

Die sich zuspitzenden Probleme Nigerias schlugen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr bei KER in einem Umsatzrückgang von 15 Prozent auf umgerechnet 93 Millionen Mark nieder. Die staatlichen Auftraggeber konnten aus Devisenmangel Projekte nicht weiterführen, „obwohl die Elektrifizierung und der Ausbau des Telefonnetzes nach wie vor hohen Stellenwert haben", wie Rullmann versichert.

Kabelmetal Electro sieht die Gesamtbilanz des Nigeria-Engagements trotz der aktuellen Schwierigkeiten keineswegs negativ. Bereits in den sechziger Jahren, so Rullmann, sei man davon ausgegangen, daß Export allein die Märkte in der Dritten Welt nicht sichern könne. Diese Politik sieht er bestätigt, denn „Produkte, die wir in Nigeria fertigen, können heute nicht mehr importiert werden".

Benötigt eine weltweit tätige Firmengruppe wie Kabelmetal überhaupt einen Partner wie die DEG? Zweifellos seien Länderkenntnis und Kontakte, über die die DEG verfügt, für kleinere Firmen noch wichtiger, räumt Rullmann ein. Die Antwort sei dennoch ein klares Ja. Der Kabelmetal-Manager betont die Mitwirkung der DEG an allen wichtigen Entscheidungen und ihren Finanzierungsbeitrag, der bei KER immerhin sechs, bei Nocaco 5,6 Millionen Mark ausmacht. Davon sind allerdings nur insgesamt 0,8 Millionen Mark Kapitalbeteiligung, der Rest entfällt auf langfristige Darlehen.

Warenpreise – Termine

Deutlich fester schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Kupfer legte ebenfalls zu. Überwiegend höher notierte Kaffee, Kakao verbesserte sich auf breiter Front.

Getreide und Getreideprodukte

	15. 8.	12. 8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	395,25	381,50
Dez.	413,50	399,50
März	421,50	408,50
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	15. 8.	12. 8.
St. Lawrence 1 CW	234,59	241,29
Amber Durum	252,84	249,84
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	153,10	151,30
Dez.	156,10	153,80
März	163,00	160,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	104,00	100,50
Dez.	104,80	101,30
März	106,70	103,70
Hafer Chicago (c/bush)	15. 8.	12. 8.
Sept.	184,00	171,50
Dez.	198,00	189,25
März	209,25	200,00
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	367,50	357,50
Dez.	366,50	357,00
März	373,25	363,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	15. 8.	12. 8.
Okt.	121,30	118,30
Dez.	122,70	117,70
März	125,40	120,70

Genußmittel

	15. 8.	12. 8.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	127,45	127,10
Dez.	128,40	127,25
März	126,00	125,50
Kakao New York ($/t)	15. 8.	12. 8.
Sept.	2220	2116
Dez.	2288	2225
Terminkontr. März	2297	2240
Umsatz	6223	3280
Zucker New York (c/lb)		
contrakt Nr. 11 Sept.	11,05	10,35
Okt.	11,38	11,62
Jan.	12,00	11,50
März	12,59	12,08
Mai	12,88	12,35
Umsatz	16 105	14 440
Ise-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	15. 8. 10,23	12. 8. 10,47
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Sept.	15. 8. 1705–1707	12. 8. 1708–1710
Nov.	1686–1687	1691–1692
Jan.	1654–1656	1663–1664
Umsatz	2270	4066
Kakao London (£/t) Terminkontrakt Sept.	1583–1584	1586–1587
Dez.	1620–1621	1625–1626
März	1614–1615	1616–1617
Umsatz	1699	4448
Zucker London (£/t) Rohzucker Okt.	176,85–176,90	181-25–181,50
Dez.	185,50–186,75	189,75–190,50
März	197,50–197,60	–
Mai	201,25–201,75	204,75–205,25
Aug.	–	–
Umsatz	4626	5890
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	15. 8.	12. 8.
schw. Sarawak spez.	260,00	260,00
weißer Sarawak	350,00	350,00
weißer Muntok	350,00	350,00
Orangensaft New York (c/lb)	15. 8.	12. 8.
Sept.	118,00	117,70
Nov.	115,75	116,10
Jan.	111,00	111,65
März	109,85	110,30
Mai	110,15	110,70
Umsatz	183	200

Öle, Fette, Tierprodukte

	15. 8.	12. 8.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	41,50	40,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	29,50	28,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Aug.	30,70	29,20
Sept.	30,09	29,12
Okt.	30,22	29,20
Dez.	30,35	29,40
Jan.	30,50	29,50
März	30,60	29,60
Mai	30,20	29,20
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	32,00	32,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	21,00	20,50
Choise white hog 4% fr. F.	17,50	17,25
Talg New York (c/lb) top white	16,00	15,50
fancy	15,50	15,00
bleichfähig	15,25	14,75
yellow max. 10% fr. F.	13,00	12,75
Schweine Chicago (c/lb) Aug.	50,60	49,55
Okt.	44,35	43,20
Dez.	46,15	45,00
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Aug.	68,65	66,65
Febr.	68,92	67,00
März	69,02	66,90
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	54,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Aug.	883,00	853,00
Sept.	887,00	859,00
Nov.	905,00	877,00
Jan.	916,00	888,00
März	926,50	896,00
Mai	924,00	894,00
Juli	918,50	888,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Aug.	254,30	244,00
Sept.	253,80	243,50
Okt.	254,50	244,00
Dez.	258,50	248,00
Jan.	258,50	249,00
März	258,50	249,50
Mai	257,50	247,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	15. 8.	12. 8.
Okt.	357,50	347,50
Dez.	364,50	354,50
März	373,00	383,00
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	15. 8. 46,50	12. 8. 46,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	16. 8. 1040,00	15. 8. 1010,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	566,00	555,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	555,00	532,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Nederl. fob Werk	178,00	191,00
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1020,00	995,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	291,50	282,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	15. 8.	12. 8.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	80,45	78,50
Dez.	81,20	79,40
März	82,20	80,50
Mai	82,30	80,80
Juli	82,25	81,10
Okt.	75,80	75,70
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS–1:	60,00	60,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	15. 8.	12. 8.
Aug.	428	430
Okt.	430–440	434–438
Dez.	434–438	437–438
Umsatz	322	131
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	15. 8.	12. 8.
Okt.	geschl.	45,30
Dez.	geschl.	45,80
März	geschl.	46,10
Mai	geschl.	46,50
Umsatz	–	4500
Tendenz		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	15. 8.	12. 8.
Okt.	565,0–567,0	585,0–587,0
Dez.	582,1–583,0	582,1–582,5
März	596,1–600,0	589,1–590,0
Umsatz	19	39
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	15. 8.	12. 8.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	15. 8.	12. 8.
Aug.	13 830	13 800
Sept.	13 834	13 680
Kautschuk London (p/kg)	15. 8.	12. 8.
Nr. 1 RSS loco	80,50–82,00	80,50–81,50
Sept.	80,50–81,50	80,60–81,20
Okt.	80,70–81,40	80,70–81,50
Okt./Dez.	80,70–80,90	80,80–81,00
Tendenz: ruhig/stetig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	15. 8.	12. 8.
Nr. 1 RSS loco:	259,00–260,00	265,50–266,50
Sep.	264,50–265,50	267,50–268,50
Okt.	266,00–267,00	270,50–271,50
Nr. 2 RSS Sep.	269,50–270,50	263,50–264,50
Nr. 3 RSS Sep.	259,00–260,00	260,00–261,00
Nr. 4 RSS Sep.	253,00–254,00	256,00–257,00
Tendenz: sehr ruhig		
Jute London (£/lgt)	15. 8.	12. 8.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	380,00	380,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	16. 8.	15. 8.
Blei: Basis London:		
laufend. Monat	107,70–107,90	109,30–109,50
drittfolg. Monat	111,72–111,92	113,34–113,74
Zink: Basis London.		
laufend. Monat	217,61–218,01	217,58–217,98
drittfolg. Monat	224,05–224,25	224,06–224,16
Produz.-Preis	219,65	222,86
Reinzinn 99,9%	3775–3813	3823–3860

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16. 8.	15. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	448,50–450,92	449,94–452,37
Blei in Kabeln	115,50–116,50	117,00–118,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher.

Messingnotierungen

	16. 8.	15. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	367–384	369–395
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	420	420–422
MS 63	429–434	430–435

Zinn-Preis Penang

	15. 8.	12. 8.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,32	30,32

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	16. 8.	15. 8.
Leg. 225	369–380	369–380
Leg. 226	372–382	372–382
Leg. 231	408–410	408–410
Leg. 233	419–425	419–425

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	16. 8.	15. 8.
Platin (DM je g)	41,40	40,45
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	36 700	36 700
Rücknahmepr.	35 900	35 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	36 630	36 630
Rücknahmepr.	35 500	35 530
verarbeitet	38 440	38 440
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	36 260	36 370
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1086,70	1063,80
Rücknahmepr.	1048,70	1026,60
verarbeitet	1134,90	1110,90

Internationale Edelmetalle

	16. 8.	15. 8.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	419,75	415,30
15.00	420,50	416,00
Zürich mittags	420,60–421,10	415,70–416,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	109 200	geschlossen
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	826,60	805,05
3 Monate	846,20	824,35
6 Monate	867,10	844,60
12 Monate	909,10	885,60
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	15. 8. 293,70	12. 8. 290,75
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	102,05	98,70

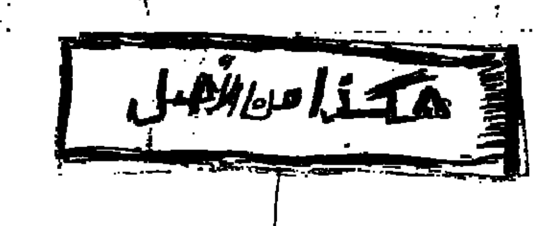
New Yorker Preise	15. 8.	12. 8.
Gold H & H Ankauf	416,00	412,45
Silber H & H Ankauf	1220,00	1185,00
Platin fr. Händlerpr.	420,00–422,00	420,00–422,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	151,50–153,50	145,00–147,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Aug.	1230,50	1199,00
Sept.	1239,00	1189,50
Okt.	1254,00	1204,00
Dez.	1273,00	1222,00
Jan.	1286,30	1236,00
März	1309,00	1260,00
Mai	1330,00	1280,00
Umsatz	28 000	24 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	15. 8.	12. 8.
Aug.	74,25	73,35
Sept.	74,50	73,70
Okt.	75,45	74,55
Dez.	76,90	76,05
Jan.	77,80	76,30
März	79,20	78,55
Mai	80,95	79,45
Umsatz	14 500	8 500

Londoner Metallbörse

	16. 8.	15. 8.
Aluminium (£/t) Kasse	1075,5–1076,0	1081,0–1082,0
3 Monate	1103,5–1104,0	1110,0–1110,5
Blei (£/t) Kasse	267,50–268,00	269,50–270,50
3 Monate	277,50–278,00	279,50–280,00
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	1101,0–1102,0	1099,0–1099,5
3 Monate	1128,5–1129,0	1125,5–1126,0
abends Kasse	–	1102,0–1103,0
3 Monate	–	1129,5–1130,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1069,0–1070,0	1071,0–1072,0
3 Monate	1096,0–1098,0	1097,5–1098,5
Zink (£/t) Kasse	540,50–541,50	541,50–542,50
3 Monate	556,50–557,00	557,50–558,00
Zinn (£/t) Kasse	8443–8445	8435–8440
3 Monate	8540–8541	8535–8540
Quecksilber ($/Fl.)	–	275–285
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	71,50–74,50



Renditen auf dem Rückzug

Obwohl sich die Zinssenkung in den USA schon wieder verlangsamt hat, blieb auf dem deutschen Rentenmarkt die freundliche Tendenz erhalten. Hier werden offensichtlich sinkende Dollarkurse mit einem Rückgang der Zinsen gleich gesetzt. In den öffentlichen Anleihen des längeren Laufzeitbereiches wurden die Kurse bis zu einem halben Punkt heraufgesetzt. Der Bund nutzt die neue Ergiebigkeit des Marktes mit dem Angebot neuer achtprozentiger Kassenobligationen mit vierjähriger Laufzeit. DM-Auslandsanleihen lagen gut behauptet. Bei den Pfandbriefen bildeten sich die Renditen vorsichtig zurück.

VW-Aktien weiter aufwärts

Zinshoffnungen und sinkender Dollar lösten Meinungskäufe aus

DW. – Die vorangegangenen Kurssteigerungen an der New Yorker Börse sowie der weiter rückläufige Dollarkurs hatten den Berufshandel vorbörslich veranlaßt, einige Aktienbestände aufzubauen. Die dabei gezahlten Kurse konnten im Börsenhandel nicht durchgesetzt werden, so daß die erste Börsenstunde für die Kulisse verbreitet enttäuschend verlief. Die Stimmung besserte sich erst, als im späteren Verlauf einige Kaufaufträge aus der Schweiz eintrafen, die für eine Tendenzstabilisierung sorgten. Die Mehrzahl der Standardaktien schloß über ihren Vortagsnotierungen. VW-Aktien erreichten bei lebhaften Umsätzen mit 229 DM (plus 4 DM) einen neuen Jahreshöchststand.

Unter dem Eindruck des Hoechster Zwischenberichtes, der von einer Gewinnsteigerung im 1. Halbjahr vor Steuern von 44 Prozent berichtet, lagen die Großchemietitel weiter freundlich. Hier gab es Kursgewinne bis zu 2 DM. Kali u. Salz-Aktien setzten ihre Aufwärtsbewegung um weitere 7 DM auf 210 DM fort. Etwas besser ins Rennen kommen neuerdings auch die Maschinenbauaktien. Der sich in dieser Branche stabilisierende Auftragsbestand sorgte bei den als teilweise vernachlässigt geltenden Papieren für vorsichtige Meinungskäufe. Dadurch erholten sich auch MAN-Stämme um 2 DM auf 130 DM und Deutsche Babcock-Stämme um 3 DM auf 168 DM. Mannesmann-Aktien wurden bei lebhaften Umsätzen um 1,50 DM heraufgesetzt. Abgesehen von den VW-Aktien blieben Autowerte im Hintergrund.

Düsseldorf: Düwag verbesserten sich um 4 DM auf 147 DM, Hageda zogen um 2 DM auf 110 DM an und Gildemeister stiegen um 1,80 DM auf 57,80 DM. Bilfinger verminderten sich um 6,50 DM auf 224 DM, Hochtief fielen um 5 DM auf 470 DM und Schiess sanken um 6 DM auf 111 DM.

Frankfurt: VW setzten ihre Aufwärtsbewegung auf 227 DM plus 2 DM fort, die übrigen Standardwerte schlossen bis zu 4 DM niedriger. Binding-Bezugsrechte blieben 18 DM minus 0,60 DM bei 7000 Stück Umsatz, Bremer Vulkan bei Doppelminus 37,20 DM minus 7,40 DM im Zusammenhang mit dem vorläufigen Scheitern der Bremer Werftfusion, außerdem Kraftwerk Altwürttemberg 585 DM minus 30 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan schwächten sich um 4,20 DM auf 39 DM ab. Beiersdorf gingen zu 340,50 DM plus 1,50 DM aus dem Markt. Von Versorgungswerten gaben HEW nach 100 DM auf 99 DM minus 1,10 DM nach und NWK-Vz. waren bei 158,50 DM unverändert.

München: Agrob Vz. gaben um 0,50 DM auf 329,50 DM nach, Deckel AG verminderten sich um 4 DM auf 99 DM, Dywidag fielen um 1 DM auf 278 DM und Leonische Draht sanken um 4 DM auf 325 DM. Gebe AG konnten sich um 0,50 DM auf 205 DM verbessern.

Berlin: Engelhardt verbesserten sich um 5 DM, Orenstein um 4,30 DM und Berthold um 3,50 DM. Bekula lagen um 0,80 DM sowie Herlitz Vorzüge und Berliner Kindl um 0,50 DM geringfügig freundlicher.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

AEG, BASF, Bayer, Bayer Hypo, Bayer Vbk., BMW, Commerzb., Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk, DUB, GHH, Harpener*, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W*, Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann*, MAN, Mercedes-H., Metallges., Preussag*, RWE St., RWE VA, Rütgers, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips**, Royal D**, Unilever**

Kurswert in 1000 DM

	16. 8.	15. 8.		16. 8.	15. 8.		16. 8.	15. 8.		16. 8.	15. 8.
H AachM Beteil. 9	724	720	H Brerenb.-C. *28	525G	525bG	M En. Ostb. 5	280	–	H Holsten-Br. 6	264,8	264
H Aach. M. Vers. 6+1	313G	305G	H Br. Straßb. *0	385T	365T	H Bilfraft 0	50	49G	F Holzmann 10	421	430
D Aach. Rück. 9+7,5	1010G	1000G	H Br. Vulkan 0	38bG	44,1	B Engelhardt 7	258	253	D Horten 2,5	162,5	162,5
D Aseag *4	180G	185	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	126	128	D Enka 2,67	155	149	B Hw. Kayser *12	250G	250G
M Ack-Gogg 0	115bG	–	F BBC 6	207,6	207,5	M Erlus 10	470bB	–	D Hussel 7	263	262,5
H Adca 0	121	119G	S BSU Textil %28	1300G	1300G	M Erste Kulmb. 8	773	–	D Hutschenr. Heg. 5	116bB	116bB
D Adler 9	291G	291G	D Buckau-W. 0	115	115	S esbl *0	22,9	22,5G	M Hutschenr. 9	255TB	–
F Adt AG 4	169	165	D Buderus *12	430	438G	S Essl. Masch. *10	520G	520G	H Hypo Hbg. 10+2,5	440	436
F AEG-Telef. 0	72	73	M Bgl. Br. Ing. *11+1	735G	–	M Esterer **10	530G	–			
D AEG-Kabel 7,5	235G	235G	S Bgl. Brh. Rav. *0	410TB	420TB	D Farb. Liqu. RM 0	11,3	11,5	D IKB 7	195	197
S Aesculap 8	300bB	297G	S Calw D. **18	685bG	630G	F Flachglas 8	261	265	S IWKA 0	149,9	149,8
D Agrippina *7	660T	660T	F Cassella *7	470	458	D Ford *0	1500T	1500T	M Isar-Amper 6	300	–
M Agrob *0	366bG	–	F Ceag 0	112	109,5	B Forst Ebn. *4	1950G	2000G	D Isenbeck *9,5	315G	315G
M dgl. Vz. *0	329,5G	–	F Chem. Vw. *0	300	297,1	M Fr. Obid.W. 5	301	–	H Jacobsen *8	617G	617G
M Alz. Kaufb. *17	1060G	–	D Colonia 5	227	224	F Frf. Hypo 11	580	579	H Jute Bremen *6	280G	285
D AG f. Chemie **0	–	–	D Commerzb. 0	175	175,8	F Frankona R. 8	405bG	400G			

DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Zürich

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Madrid

Paris

Hongkong

Singapur

Sydney

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel vom 16. 8.

... bank 10-300/10, Bay. Ver.-Bank 1-330/13, BBC 10-210/10, 4-210/15,50, Daimler 1-370/18,50, Kali u. Salz 10-190/6, Karstadt 10-280/5, 1-280/8, Kaufhof 4-380/14, MAN 10-140/11, 1-130/9,40, 4-140/15, Metallges. 10-220/5, 1-220/16, Chrysler 10-70/2,90, General Motors 1-180/8, IBM 1-330/22.

1012 Optionen 52 450 (53 850) Aktien, davon 85 Verkaufsoptionen = 4650 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10	5 –5⅛	4⅛–4½
3 Monate	10⅛–10⅜	5¼–5⅜	4⅜–4⅝
6 Monate	10⅜–10⅝	5⅝–5⅞	4⅜–4⅝
12 Monate	10⅝–11⅛	6¼–6⅜	4⅞–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1605,00	1955,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1265,00	1481,95
5 US-Dollar (Liberty)	545,00	674,10
1 £ Sovereign alt	258,00	316,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	252,00	310,08
20 belgische Franken	196,00	257,64
10 Rubel Tscherwonez	273,00	339,72
2 südafrikanische Rand	257,00	315,48
Krüger Rand, neu	1142,00	1347,48
Maple Leaf	1142,00	1347,48
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	328,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	218,00	277,02
20 franz. Franken „Napoléon"	215,00	273,60
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1060,00	1276,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	214,00	266,76
10 österr. Kronen (Neuprägung)	111,00	142,64
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	491,00	599,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	117,00	156,18

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Etwas überraschend kam es am 16. 8. zu einem kräftigen Dollar-Rückgang mit Kursen zwischen 2.6725 und 2.6840 als Tageshöchstkurs. Ausgelöst wurde die Bewegung durch Dollar-Verkäufe an der IMM in Chicago. Offensichtlich ist der Markt bereit für den Dollar eine Konsolidierungsphase zu akzeptieren. Die amtliche Notiz wurde mit 2.6772 festgestellt. Die Bundesbank verkaufte 14.1 Mio. Dollar. Eine kräftige Erholung verbuchte die D-Mark auch gegenüber den anderen Währungen. Das Britische Pfund gab um 5.4 Promille auf 4.019, der Schweizer Franken um 3 Promille auf 124.48 und der Japanische Yen um 4.1 Promille auf 1.0965 nach. Sehr schwach lag auch der Kanadische Dollar mit einen fast einprozentigen Rückgang auf 2.1715. US-Dollar in: Amsterdam 2.9950; Brüssel 54.81; Paris 8.0540; Mailand 1588.30; Wien 1881.90; Zürich 2.1511; Ir. Pfund/DM 3.159; Pfund/Dollar 1.5012; FF/DM 33.24.

Ostmarkkurs am 16. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei nochmals schwächeren Dollar- und DM-Zinssätzen veränderten sich die Dollar-Deports am 16. August kaum. Pfund-Deports wurden etwas erhöht gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,16/1,06	3,26/3,16	6,20/6,10
Pfund/Dollar	0,065/0,085	0,18/0,22	0,36/0,40
Pfund/DM	2,10/0,70	5,00/3,60	8,90/7,50
FF/DM	32/16	87/71	175/159

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16. 8.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,40–5,50 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 16. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25)–6,50 (5,35)–8,25 (6,25)–9,00 (6,87)–9,25 (7,27)–9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25)–6,50 (5,37)–8,25 (6,32)–9,00 (6,98)–9,25 (7,43)–9,75 (7,82)–9,75 (8,09). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Mittags ein Huhn im Topf

cf – Dieses Jahr ist ein schlechtes Jahr für schottische Moorhühner. Schottische Moorhuhn-Pest (oder irgendein Leiden dieser Art) hat viele Exemplare hinweggerafft. Trotzdem gab es noch genügend Tiere, die dann von den Spitzen der europäischen Gesellschaft und Schickeria per Schießgewehr aus der Luft geholt werden konnten: ein Society-Ritual, wie es jeden August auf den Hochmooren der *Lairds* fällig ist. Warum, weiß kein Mensch.

Moorhühner haben einen Geschmack, der ihren Genuß soeben noch zuläßt. Gleichwohl gibt es Esser, die mit mehr oder minder tropfenden Lefzen auf diesen Genuß warten, und zwar immer zur Mittagsstunde des 12. August, und nur dann. Schon abends ist dieser wesentliche Konsumentenkreis kaum noch interessiert, weder in London noch anderswo. Das kommt daher, daß auf diese Tiere erst von der Morgendämmerung des 12. 8. an geballert *werden darf*. Wer *dann* schon mittags an den Tieren knabbert (und möglichst weit weg von den Hochmooren, versteht sich), der gehört zu einer ganz speziellen Elite – jenem bevorzugten Kreis, der schon am 12. 8. mittags Moorhuhn ißt. Es sind dies wahrscheinlich Menschen, denen der Weg in alle anderen Eliten verschlossen ist.

Dies muß man wissen, um das Phänomen zu würdigen. Denn es ist ja so, daß ein Gourmet sein Leben lang durchaus ohne Moorhühner auskommen kann, da entgeht ihm nicht viel. Wer die Tiere aber auch noch am Tag ihres Todes zu sich nimmt, überhaupt nicht abgehangen, der ist, soweit der Konsum von Nahrung in Frage kommt, schlicht ein Barbar. Insofern ist dieses Jahr ein gutes Jahr für Zivilisation und auch Kultur: Wenn die Moorhühner knapp sind, gibt es weniger Barbaren.

Im Aufwind: Puccini-Festival von Torre del Lago

Mit Haut und Haaren

Während sich die meisten italienischen Sommerfestspiele in historischem Gemäuer angesiedelt haben, in einer Arena, einer Therme oder doch wenigstens einem historischen Theater, und schon dadurch neben dem musikalischen auch ein touristisches Interesse wecken, vertraut Torre del Lago ganz auf die Landschaft und den Genius loci: Giacomo Puccini, der hier, an den Ufern des kleinen Massaciuccoli-Sees seine Villa baute, Enten jagte und seine letzte Ruhestätte fand. Zu Torre del Lago gehört der Greis, der Puccini noch persönlich gekannt hat und dienstfertig ein Widmungsfoto aus seiner alten Jacke zieht. Zu Torre gehört der Gang zum Mausoleum des Maestro, gehört allerlei puccinesker Devotionalienhandel, aber vor allem natürlich eine Aufführung auf der lose am See aufgeschlagenen Sommerbühne.

Jedenfalls neuerdings wieder. Seit der Avantgarde-Komponist Sylvano Bussotti die Leitung des Festivals übernommen hat, machen die Aufführungen von Torre, jahrelang beinahe selig entschlafen, wieder von sich reden. Italienischer Pragmatismus: Bussotti liebt seinen Puccini, vor allem dessen Melismen, und setzt sich mit Haut und Haaren für ihn ein. Vielleicht spielt dabei auch eine Rolle, daß Puccini in seiner letzten Oper, der „Turandot", zur dissonanten Härte und einem bis zum Schrei verzerrten Chorgesang fand und damit der italienischen Oper tatsächlich weit die Tür zur Moderne aufstieß.

Neben der „Manon Lescaut", Puccinis erstem großen Erfolg, von dessen Einkünften er sich die Villa in Torre bauen konnte, steht denn auch die „Turandot" auf dem Spielplan dieses Jahres. Bussotti, der Tausendsasa des Musiktheaters, führte Regie und hatte selbst Bühnenbilder und Kostüme entworfen – für eine recht eigenwillige, die Grenzen des Manierismus streifende Konzeption.

Olivia Stapp bringt für die Turandot die nötige Härte und Schärfe mit: fürwahr jener Eisblock, als der die Prinzessin ja mehrfach apostrophiert wird. Auch Ermanno Mauro zollte den dramatischen, ja heldischen Aspekten des Kalaf Tribut, fand aber in seinem „Nessun dorma" auch zu jenem lyrischen Belcanto, der hier vonnöten ist. Aber der Star des Abends war zweifellos Cecilia Gasdia als Liu. Die Gasdia führt, was den internationalen Erfolg angeht, im Moment das Trio der hochbegabten jungen lyrischen Soprane Italiens an; die beiden anderen sind Lucia Aliberti und Luciana Serra. Ihre bewegende Liu, die Spanne von zarter Lyrik bis zum dramatischen Ausbruch voll ausmessend, untermauerte ihren Erfolg.

OTTO BANTEL

Rückkehr der Kraftprotze: Der Film „Herkules"

Des Helden Liebesleben

In den fünfziger Jahren wurden die Kinos in aller Welt von einer Welle mit Filmen überrollt, die in Italien entstanden waren. Ihre Helden hießen Herkules oder Maciste, und ihre Hauptbeschäftigung war es, mit Pappfelsen um sich zu werfen und ihre Muskeln im Scheinwerferlicht spielen zu lassen. Jahrelang interessierte sich dann kein Mensch mehr für die Muskelpakete – bis im letzten Jahr Arnold Schwarzenegger, einstiger Mister Universum, als der kraftstrotzende „Conan der Barbar" zu beweisen versuchte, daß Muskeln immer noch *schön* sind.

In diesem Sommer kommt nun wieder ein solcher Ex-Mister-Universum in unsere Kinos. Louis Ferrigno wurde einst zum stärksten Mann der Welt gekürt und begann seine Filmkarriere als der „Grüne Hulk", ein Muskelmann, der sich insbesondere durch seine spinatgrüne Färbung aus der Schar anderer Supermänner hervorhob. In seinem neuen Film aber mimt der amerikanische Darsteller einen Halbgott, nämlich Herkules, den Sohn des Zeus und der Leda.

Der amerikanische Regisseur Lewis Coates knüpft mit seiner Version von „Herkules" an die Filme aus den frühen fünfziger Jahren an. Nicht umsonst entstand dieser Film auch in den Studios von Rom, wo der amerikanische Darsteller Steve Reeves einst als Herkules mit Papierdrachen rang. Zum Unterschied aber zu den Herkules-Filmen früherer Jahre sieht der Zuschauer nicht auf den ersten Blick, daß der Held mit Hilfe technischer Tricks Ungeheuer erlegt und mit Gestein um sich wirft, das nur aus Styropor besteht. Die Filmtechnik ist eben inzwischen aus den Kinderschuhen herausgewachsen, und die Produzenten haben im Gegensatz zu den billig gemachten alten Herkules-Dramen kein Geld gescheut, um ihren Helden mit den modernsten Waffen aus der Kinotrickkiste auszustatten.

Zudem darf Herkules im Gegensatz zu den keuschen Filmen der fünfziger Jahre nun auch beweisen, daß er ein großartiger Liebhaber ist. Auch an die zur Zeit immer noch gängigen Science-fiction-Filme macht Regisseur Coates Konzessionen. Herkules kämpft mit einem Leuchtschwert, das an Darth Vaders Waffe aus dem „Krieg der Sterne" erinnert. Mit dem „echten" Herkules haben Ferrignos Anstrengungen allerdings nur noch wenig gemein. Und statt zehn Aufgaben muß der gute Held in diesem Film auch nur fünf erfüllen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Polens Künstler auf Konfliktkurs zu Jaruzelski

Neue Kultur-Solidarnosc

Obwohl das Kriegsrecht theoretisch aufgehoben ist, geht die Auseinandersetzung zwischen Künstlern und Wissenschaftlern einerseits und dem Jaruzelski-Regime andererseits weiter. Auf dem Papier existiert zwar schon der neue Bühnenkünstlerverband, aber die meisten Schauspieler sind eindeutig im oppositionellen Lager verankert, wie die Lektüre des illegalen „Theaterbulletins" beweist.

Den Filmemachern mit Andrzej Wajda an der Spitze wirft die Untergrundpresse, darunter das „Bulletin des Ateliers für Dokumentarfilme", zu große Kompromißbereitschaft vor. Schon allein deswegen, weil sie im Verbandsvorstand Platz für regimegenehme Kollegen machen, was dann andere zum Austritt bewegt. Den Verband der bildenden Künstler hat man nach einigem Tauziehen aufgelöst, die Futterkrippe mit Aufträgen höhergehängt, um die Künstler weiter gefügig zu machen.

Suspendiert ist weiterhin der Schriftstellerverband, deren prominente Mitglieder jegliche Zusammenarbeit ablehnen, obwohl das Präsidium des Hauptvorstandes eigentlich zu weitgehenden Konzessionen bereit war. Da gibt es trotz Verhören und Hausdurchsuchungen weiter mutige Beispiele, wie der Brief von Wictor Woroszylski an seinen Exfreund, Vizepremier Rakowski, wegen Ermordung des Jungpoeten Grzegorz Przemik, Sohn seiner langjährigen Schülerin Barbara Sadowska. Und da lehnten Kinderbuchautoren bereits im Vorstadium den Kinderbuchpreis des polnischen Ministerpräsidenten ab. Die danach prämierte Katarzyna Witwicki gab den Preis zurück – aus Solidarität für die Kollegin Sadowska und ihren ermordeten Sohn sowie mit der Bitte, die Summe den politisch Verfolgten und ihren Familien zukommen zu lassen. Und man kann nur ahnen, wie viele Künstler illegal der neugegründeten und ebenso illegalen „Solidarität der Kreativen" beigetreten sind.

JOACHIM G. GÖRLICH

„Kunst am Bau" – Bilanzversuche in Berlin

Hochachtung auf Gegenseitigkeit

„Kunst am Bau" – dieser Begriff, der die höchst problematische Prozedur einer ästhetischen Addition in drei Worten zusammenleimt, läßt niemandem recht wohl werden, höchstens ein paar Interessenfunktionären, *die damit auf jene Pflicht*prozente pochen, mit denen öffentlichen Bauvorhaben automatisch ihr künstlerisches Zubehör verpeßt wird. Tatsächlich schließt das Etikett, das zunächst einmal durch soziale und keineswegs hochgeschraubt künstlerische Erwartungen zustande kam, heute so viele negative Assoziationen ein, daß bei Ausstellungen zu diesem Thema am liebsten gleich darauf verzichtet und mit kaschierten Euphemismen gearbeitet wird.

So auch jetzt in Berlin bei der Premiere einer Schau, die Dieter Honisch, Direktor der Nationalgalerie, im Auftrage des Stuttgarter Instituts für Auslandsbeziehungen erarbeitet hat. Titel: „Kunst, Landschaft, Architektur, architekturbezogene Kunst in der Bundesrepublik Deutschland". Eine geradezu unangenehm schöne Ausstellung. Dies vor allem durch die hervorragenden Fotos, mit denen Robert Häusser nach einjähriger Safari von den Objekten zurückkehrte, die ihm Honisch notiert hatte. Ästhetik hoch zwei: Die Fotografie sublimiert die Sujets noch einmal, sie „macht sie auf". Ob es überdies der Thematik angemessen war, den Abbildungen kleine Originalarbeiten oder „Werkstücke" der beteiligten Künstler zuzugesellen, mag man bezweifeln.

Die Veranstaltung ist zuallererst gar *nicht für den inländischen* Gebrauch gedacht. Sie wird nach Mittel- und Osteuropa, später auch nach Lateinamerika reisen. Eine Ausstellung also zur Repräsentation. Sie wird draußen vom hohen Level berichten, auf dem in Deutschland Architektur und bildende Kunst zusammenwirken. Nur diese Export-Absicht rechtfertigt das Unternehmen in dieser glatten und schnittigen Form. Da werden eben, laut Honisch, „Glücksfälle hervorgehoben".

Im Katalog immerhin, in der Ausstellung selbst aber, deren bester Teil ohnehin eine praktisch-schöne Multivision ist, kommen sie gar nicht vor, die zahllosen Beispiele lieblicher Fassadenpinseleien, die dilettantischen Putzschnörkel und Brandmauer-„Anliegen", mit denen der Stadtbewohner heute leben muß. Keine Rede auch von der Mühsal oft kunstfremder Jurydiskussionen. Keine Spur von jenem „architektonischen" Pfusch, jenen baulichen Halb- und Plumpheiten, die nach dem Kriege aus dem Boden schossen und die mit künstlerischen Nettigkeiten aufgemotzt oder ein *bißchen „menschlicher"* und „schöner" gemacht werden sollten. Die Ausstellung zeigt fast durchweg Architektur und Kunst als Partner, die sich per Qualität respektieren können, die sich dialogisch steigern.

Nicht das Heer der Zweit- und Drittrangigen ist da am Werke (die mancherorts über Aufträge nicht zu klagen haben), sondern eine Elite von namhaften Könnern, die öffentlichen Bauten, Schwimmbädern, Museen, Schulzentren, Unis, Hauptverwaltungen, Spitälern, Plätzen, Funkhäusern und Stadien Kunst hinzugefügt haben oder sie sogar nahtlos zu integrieren vermochten. Da nämlich liegt eine deutliche Grenze. Einzelne Künstler dienen der Architektur unmittelbar: Karl Ehlers schuf gar noch im Kloster Corvey stilistische Kapitell-Symbiosen. Hann Trier malte, weil man nicht mehr wußte, wie die Farben im zerstörten Pesne-Bild aussa*hen, im Schloß Charlottenburg ein* voll abstraktes, aber „geistverwandtes" Deckenbild. Ruprecht Geiger hat gezeigt, daß meditativ gestimmte Kunst durchaus, losgelöst von ikonographischen Traditionen, sakralen Räumen dienlich sein kann. Erich *Reusch beweist am Ehrenmal des 20.* Juli im Bendlerblock, wie selbst geometrisch ungegenständliche Markierungen einen Raum atmosphärisch eindrucksvoll akzentuieren können.

Wesentlich hervorgehoben aber bleiben Beispiele, bei denen die Kunst, vorsätzlich oder beiläufig, den Bauwerken und darin beheimateten Institutionen zum Signet wird (wie Krickes minimaler Metallbogen vor der Deutschen Welle in Köln und Matschinsky-Denninghoffs wirklich großartiges Emblem am Wasseraufbereitungswerk Sipplingen), oder wo sie jedwede Applikations- oder Dekorationsfunktionen verweigert, wo sie „verfremdet", wo sie autonom Landschaft akzentuiert, Architektur nicht ausfüllt, sondern ihr spannungsvoll Paroli und Widerpart bietet. Mag zwar einerseits als Übel der Kunst-am-Bau-Prozeduren *gelten, daß* die Künstler allzu spät erst an Projekten beteiligt werden, so gilt gleichermaßen, daß sich gute Architektur bestens mit ebenso guter Kunst vertragen kann, die nicht einmal ausdrücklich auf sie zurechtgeschnitten wurde. Skulpturen von Calder und Moore am Ort der Ausstellung selbst, Mies van der Rohes Nationalgalerie-Bau, sind der beste Beweis.

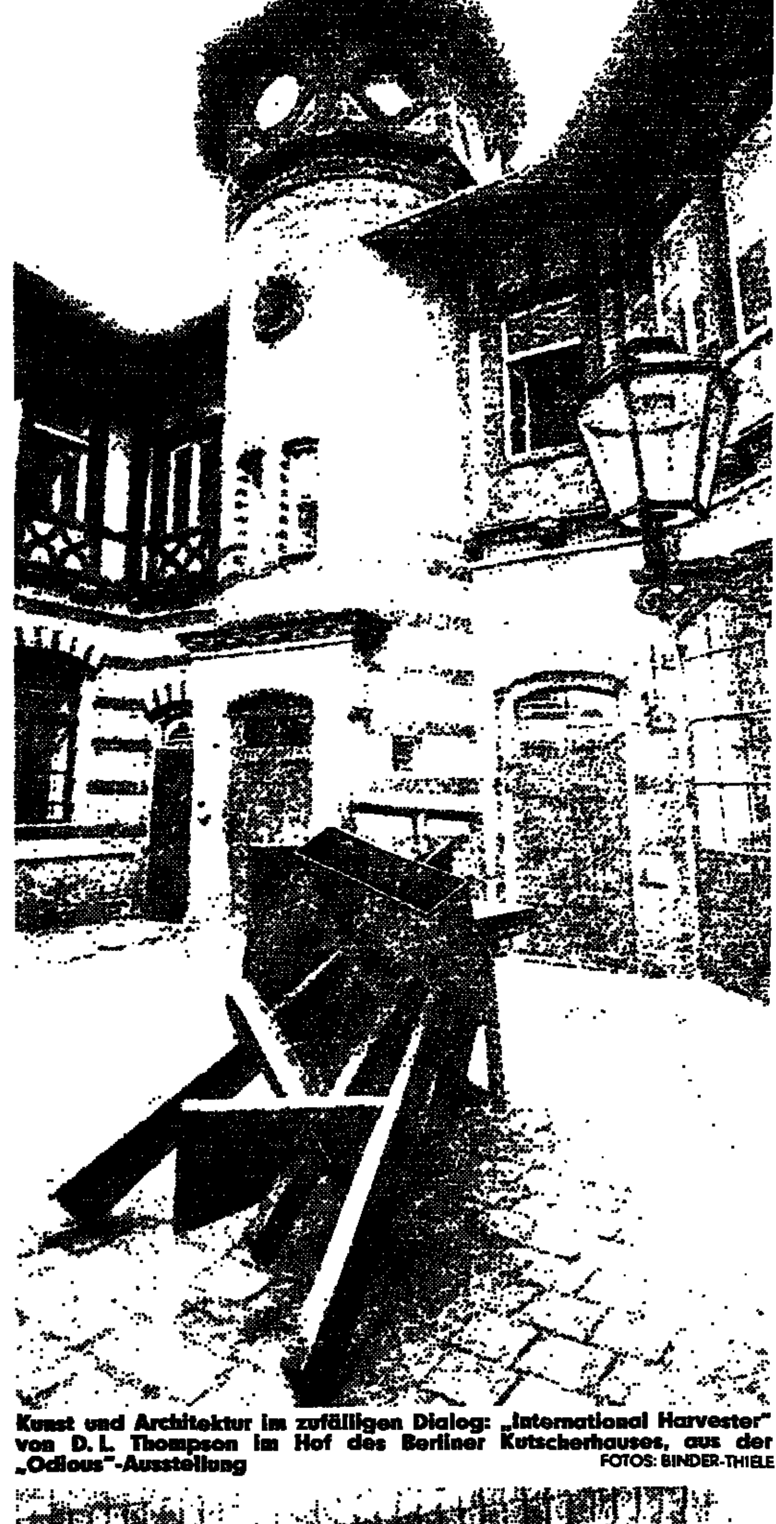
Variiert wird dieses Thema der Kunst für Bauwerke von einer zweiten Berliner Ausstellung, die einer Gruppe von sechs Metallbildhauern gewidmet ist, die sich nach einer Zufallslaune „Odious" nennen: „widerlich".

Alle sechs stehen mit ihren Stahlplastiken in der von Gonzalez so bravourös begründeten Tradition metallischer Skulptur dieses Jahrhunderts. Hans Stober hat die sechs jetzt in sein schönes „Kutscherhaus" auf einem Kreuzberger Hinterhof zu einer Ausstellung im Freien und in den Innenräumen eingeladen. Das Remisen-Gebäude hat sich binnen kurzem zu einer findigen Galerie gemausert. *Und auch diesmal glückt wieder ein* Treffer. Denn die „Odious"-Leute erzielen mit ihren voll abstrakten Arbeiten durchgehend überzeugende Qualität.

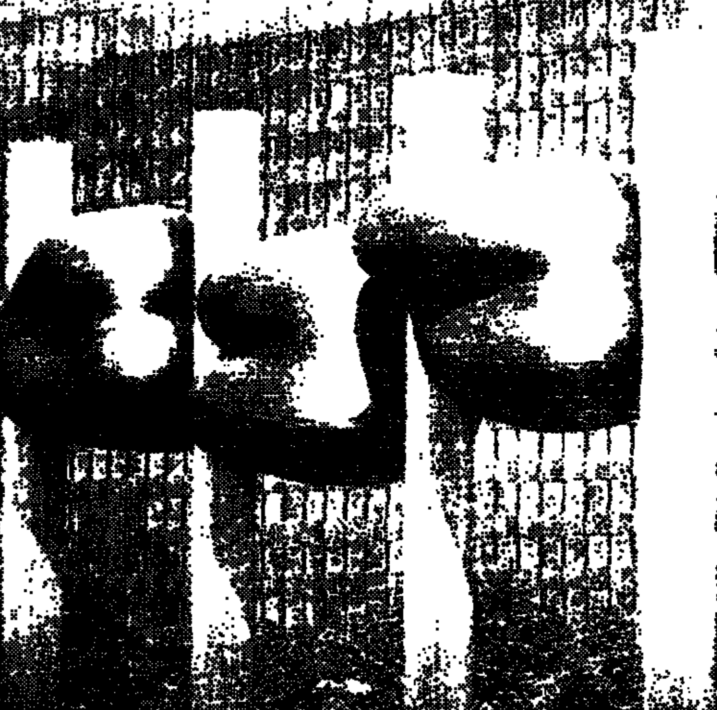
Der Witzigste ist sicher David Lee Thompson, der das Assemblage-Prinzip auch heiter auf dicke Glassegmente ausdehnt und schon einmal ein farbiges Gelenkstück vom Schrott einfügt. Mehr in Richtung Minimal tendiert Hartmut Stielow, der, biegend, winkend, dem Metall Steinquader und -abrisse aufpfropft. Beinahe signethafte „Reliefs" und dynamisch bildhafte Kompositionen sieht man von Gisela von Bruchhausen, der einzigen Frau des Sextetts.

Rost is beautiful. Und widerspenstiges Metall wird gefügig. Respekt vor den Abscheulichen! Nationalgalerie: bis 21. August, Katalog (Ahrtal Verlag) 36 Mark, im Buchhandel 68 Mark; Kutscherhaus: bis 28. August, später in Köln und Stuttgart, Katalog 10 Mark.

PETER HANS GÖPFERT



Kunst und Architektur im zufälligen Dialog: „International Harvester" von D. L. Thompson im Hof des Berliner Kutscherhauses, aus der „Odious"-Ausstellung FOTOS: BINDER-THIELE



Signet für ein Bauwerk: Plastik von Mattschinsky und Denninghoff vor dem Mainzer ZDF-Zentrum, aus der Ausstellung der Nationalgalerie

„American Folk-Art" – Ausstellung in München

Unter Stars and Stripes

Eine farbig leuchtende Palette: „Folk-Art" – populäre Kunst der Vereinigten Staaten von 1720 bis heute", zu sehen im Münchner Stadtmuseum. Es handelt sich um die auch drüben lange vernachlässigte Kunst der Amateure „aus dem Volke", die nun seit ein paar Jahren einen angemessenen Platz auf der amerikanischen Kunstszene einnimmt.

Die Münchner Präsentation ist so kunterbunt wie ein Jahrmarkt: Vom Ölgemälde reicht die Skala der Exponate bis zum Backmodel, von der Galionsfigur bis zu den gesteppten Indianerdecken. Überlieferte Handwerkskunst greift schier grenzenlos über in das Revier der bildenden Künste. Manche Besucher sträuben sich gegen diese Übergriffe, sehen darin eine unzulässige Vermengung der Genres, eine Aufweichung des anspruchsvollen Kunstbegriffs. Doch welche Kraft und Identität strömen einem aus dieser fröhlichen Schau entgegen! Und wie lehrreich ist es, nachzustudieren, wie in charakteristischer Weise Techniken und Motive der europäischen Herkunftländer aufgenommen und in den einzelnen Objekten verarbeitet werden!

Zwangsläufig muß sich die Ausstellung janusköpfig präsentieren: einerseits gute Form – andererseits „Zeitgeschmack"; auf der einen Seite Luxus, auf der anderen Gegenstände des täglichen Gebrauchs. Würdig und ernst, ganz unamerikanisch, schauen die Herren und Damen aus dem Rahmen, die es in der Neuen Welt früh zu Reichtum brachten und sich in Öl verewigen ließen.

Diese Porträtmalerei des 18. Jahrhunderts orientierte sich hauptsächlich an englischen Vorbildern. Samual A. Shute und William M. Prior waren die bekanntesten Wandermaler. Sie konzentrierten sich auf Gesichtszüge und Kopf des Modells, Kleidung und Hintergründe blieben einfach unsd stilisiert. Später kamen Landschaftsbilder, Schlachtengemälde in Mode – malerische, idealisierte Hymnen auf die neue Heimat. Auch in anderen Bereichen, so in der Steinmetzkunst und in der Holzschnitzerei, wurden früh schon hervorragende Ergebnisse erzielt. Faszinierend z. B. die Holzschnitzereien für die Schiffe.

Den dritten Teil der Schau bilden die form- und farbschönen Indianerdecken, die Quilts, die heute längst zu einem speziellen Sammelgebiet geworden sind und horrende Preise auf Auktionen erzielen. Diese handgearbeiteten Decken für den täglichen Gebrauch wurden in verschiedenen Techniken und Materialien vor allem im 17. und 18. *Jahrhundert* hergestellt – eine ungemein dekorative Kunst, die von den amerikanischen Frauen perfekt beherrscht wurde. Verblüffende Muster wurden in Patchwork-Arbeiten appliziert: Sie reichen vom kühlen metrischen Muster bis zum grellbunten Symbol der Stars & Stripes (Bis 28. August, Katalog 28 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Die Lyrik-Telefone der Post breiten sich aus

Vier Minuten Kurzprosa

Was in Kiel im September 1978 als Versuchsballon gestartet wurde, gibt es heute bereits in zwölf Regionen der Bundesrepublik: den telefonischen Ansagedienst „Lyrik und Kurzprosa" der Bundespost. Neben der Wettervorhersage, den Toto- und Lottozahlen und dem Kinoprogramm hat sich damit eine Institution etabliert, deren Erfolg für viele verblüffend ist. Für 23 Pfennig kann der Telefonbenutzer mit literarischem Interesse rund vier Minuten lang einem Autor zuhören, der aus der jeweiligen Region stammt, sich kurz vorstellt und seine Gedichte oder Kurzprosa durch den Draht übermittelt.

Die Lyriktelefone gehen zumeist auf die Initiative der Kulturämter zurück, die hier einen Versuch sehen, Menschen an Literatur heranzuführen, die sonst nicht mit ihr in Berührung kommen. Eine weitere Zielgruppe sind kranke, gehbehinderte und blinde Menschen, die sich auf diesem Weg Kunst ins Haus holen können. In Mainz wurde das Lyrikte*lefon im Dezember 1980 eingeführt*; 1981 folgten Münster, Düsseldorf, Hamburg und Lübeck; 1982 wurden Stuttgart, Nürnberg und Osnabrück an die lyrische Leitung angeschlossen; 1983 kamen bisher Karlsruhe, Hagen und Ulm hinzu. Voraussetzung dafür, daß die Post ihre Anlagen für diesen Ansagedienst zur Verfügung stellt, sind 1000 Gebühreneinheiten pro Monat, die kostendeckend sind. An dieser Hürde sind die Kulturämter einiger Städte gescheitert. so wurden die bestehenden Lyriktelefone in den offensichtlich unmusischen Städten Dortmund und Mannheim wieder abgeschaltet.

Das Programm der Lyrik-Telefone wird von den Kulturämtern oder von *eigens dazu berufenen Arbeitskrei*sen gestaltet; die Zahl der Anrufe ist abhängig von der Prominenz des jeweiligen Autors und darüber hinaus von der zusätzlichen Reklame, die für das Lyrik-Telefon gemacht wird. In Hamburg beispielsweise wird im *monatlichen Veranstaltungskalender* auf das Lyrik-Telefon hingewiesen, in Kiel wird der Autor jeweils in der Tagespresse vorgestellt.

Viele junge Autoren sehen im postalischen Ansagedienst eine will*kommene Möglichkeit, mit ihren* Werken an die Öffentlichkeit zu treten: Vielfach ist es ihnen erlaubt, ihre Adresse mitzuteilen, so daß sich der Interessierte unmittelbar mit ihnen in Verbindung setzen kann. Die Kunst kann, wenn sie überleben will in einer ihr nicht eben wohlgesonnenen Zeit, auf die neuen Medien nicht verzichten. Das Lyrik-Telefon kann – anonym und bequem – Interesse für Literatur wecken. Ein Anruf kann aber auch zu einem Ruhepunkt während der allgemeinen pragmatisch-materialistischen Geschäftigkeit unserer Zeit werden.

KARL P. APONER

JOURNAL

Archäologen finden die Anfänge Jerusalems

AP, Jerusalem

Israelische Archäologen sind bei Ausgrabungen in Jerusalem auf die Grundmauern der um 1000 vor Christus von König David eroberten kanaanäischen Zitadelle und mehr als 5000 Jahre alte Reste des Beginns der Zivilisation an diesem Ort gestoßen. Die frühesten Funde wurden in der Talsohle entdeckt und reichen in die Zeit bis 3200 vor Christus zurück, als die judäischen Stämme Ortschaften zu gründen begannen. Im Laufe der Jahrhunderte zogen sich die Gebäude immer weiter den Talhang hinauf. Von der Festung, die König David auf der von ihm eroberten Zitadelle am Talausgang erbauen ließ, blieb nichts als eine Stützmauer übrig. Das gesamte Gebiet, in dem Shiloh zufolge noch rund 20 Jahre weitergegraben werden könnte, soll in eine Art archäologischen Garten verwandelt werden, der auch Funde aus der Zeit Jesu Christi umfassen wird.

Dijon zeigt die „Gesichter Libanons"

AFP, Dijon

„Lettres et visages du Liban et de l'Orient" (Briefe und Gesichter Libanons und des Orient) heißt eine Ausstellung, die vom 16. September bis 2. Oktober *im Palast der Herzöge* von Burgund in Dijon 500 ausgewählte Werke – Bücher, Manuskripte, Stiche und Gravuren – zeigt. Veranstalter ist die Vereinigung „Palimpseste", die sich der Entwicklung der Kulturbeziehungen des Orients mit dem Westen verschrieben hat.

Nach „Superman" jetzt „Supergirl"

dpa, London

Mit „Supergirl" soll einer weiteren bekannten amerikanischen Comic-Figur auf der Leinwand das Fliegen beigebracht werden. Der Film über das weibliche Gegenstück zu „Superman", dessen Heldentaten erfolgreich in den Kinos gezeigt wurden, ist ein ehrgeiziges Projekt der britischen Filmindustrie, die in letzter Zeit wieder finanziellen Auftrieb spürt. Der Etat beträgt 25 Millionen Pfund (hundert Millionen Mark), allein die Kulissenkosten betragen 250 000 Pfund (eine Million Mark).

Ein Festival für die Commedia dell'Arte

AFP, Paris

Vittorio Gassman, Dario Fo, die Brüder Colombaioni, die Schule des Piccolo Teatro sind nur einige Namen auf der Gästeliste des ersten Internationalen Festivals der Commedia dell'Arte, das vom 1. bis 30. Oktober in Villejuif bei Paris stattfindet. Auf dem Programm der Novität stehen 17 Bühnenaufführungen und etwa 30 Vorführungen auf den Straßen von Villejuif, in denen Harlekin und Pulcinella Wiederauferstehung feiern. Gespielt werden unter anderem Werke von Goldoni und Ruzante, die Inszenierungen stammen von Carlo G. Boso, Gianfranco de Bosio, Angelo Savelli und Alessandro Merchetti.

Montreal blickt auf russischen Film

AFP, Montreal

Dem „Sowjetischen Film von heute" ist eine Reihe beim 7. Internationalen Filmfestival in Montreal gewidmet, das vom 18. bis 28. August stattfindet. Im Rahmen dieser Auswahl werden acht Beiträge gezeigt, darunter der jüngste Film von Sergej Bondartschuk über den amerikanischen Journalisten John Reed, der an der Oktoberrevolution von 1917 teilgenommen hat. Außerdem sind „Privatleben" von Juri Raizman, „Ein Bahnhof für zwei" von Elgar Riazoanow und „Valentina" von Gleb Panfilow im Programm. Am offiziellen Wettbewerb nimmt „Wir vom Jazz" von K. Schachzanow teil.

Bücher aus der CSSR am deutschen Markt

rst. Prag

Die Bundesrepublik steht an erster Stelle der westlichen Länder in der Zahl der Buchübersetzungen aus dem Tschechischen und Slowakischen. Jährlich erscheinen hier laut Zeitschrift „Literární Mesicnik" 10 bis 15 Buchtitel. An zweiter Stelle folgt Japan, wo vorwiegend Bücher für Kinder und Jugendliche aus der CSSR verlegt werden, und dann die Niederlande. Jährlich, so die Zeitschrift, werden rund 250 Bücher übersetzt, davon vier Fünftel in den osteuropäischen sozialistischen Staaten. Im Artikel wird die tschechoslowakische Emigration im Westen beschuldigt, daß sie durch ihre Aktivitäten die Verbreitung von Werken dem „Sozialismus treuer Autoren" behindert.

Amoroso Lima tot

AFP, Rio de Janeiro

Der brasilianische Schriftsteller Alceu de Amoroso Lima ist im Alter von 89 Jahren in seinem Wohnort Petropolis bei Rio de Janeiro verstorben. Unter dem Pseudonym Tristao de Athayde war der katholische Denker und Schriftsteller in vielen Bereichen hervorgetreten. Zu seinen wesentlichen Werken gehören ein Buch über Papst Johannes XXIII. sowie eine Einführung in die moderne Wirtschaftslehre.





In der berühmten Werkstatt von Hermann Noack wurden die Bronzefiguren gegossen, die sich rings um den sprudelnden Quell des Ku'damm tummeln.

Millionen für den guten Ruf von Bismarcks altem Reitweg

Von HANS-R. KARUTZ

Der „hohle Zahn", weltberühmte Silhouette der Gedächtniskirchen-Ruine, bekommt seit einigen Tagen nasse Füße. Berlin putzt sich wieder heraus – und das ganz ungemein, mit einer frisch aus der Taufe gehobenen Piazza im Herzen des westlichen Berlin. Zu Füßen des Europa-Centers, wo in den goldenen Zwanzigern das „Romanische Café" zu Hause war, läßt ein Weltkugel-Brunnen mit stündlichem Umlauf von 400 000 Litern Wasser die Berliner und ihre 1,4 Millionen Jahres-Gäste vor Wonne zerfließen. Eine Stadt, die sich gewaschen hat, macht sich wieder fein.

Der Platz voll sommerlicher Heiterkeit mitten im Verkehrsmief – nach dem Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid benannt – besaß seit Jahren einen schlechten Leumund. Er verkümmerte als Symbol für Berlins vermeintlichen Niedergang zum Logenplatz für Dealer, zum Start und Ziel häufig militanter Demonstrationen. Hier aber begann andererseits Königin Elizabeth II. vor fünf Jahren ihre Sightseeing-Tour über den Kurfürstendamm. Hier standen die Berliner in Sechserreihen gestaffelt, wenn Hohenzollern-Sprößlinge in der neuen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche von Egon Eiermann ihr Ja-Wort hauchten.

Jahrmarktbuden zur Weihnachtzeit, Kippen-Berge, ein Dorado der „Flippis" und Wermut-Brüder – der wichtigste Platz der West-Stadt mit seiner internationalen Ausstrahlung brauchte dringend neue Lebenskraft. 25 Millionen Mark ließ der Senat schließlich „springen", um den schlechten Ruf zu tilgen.

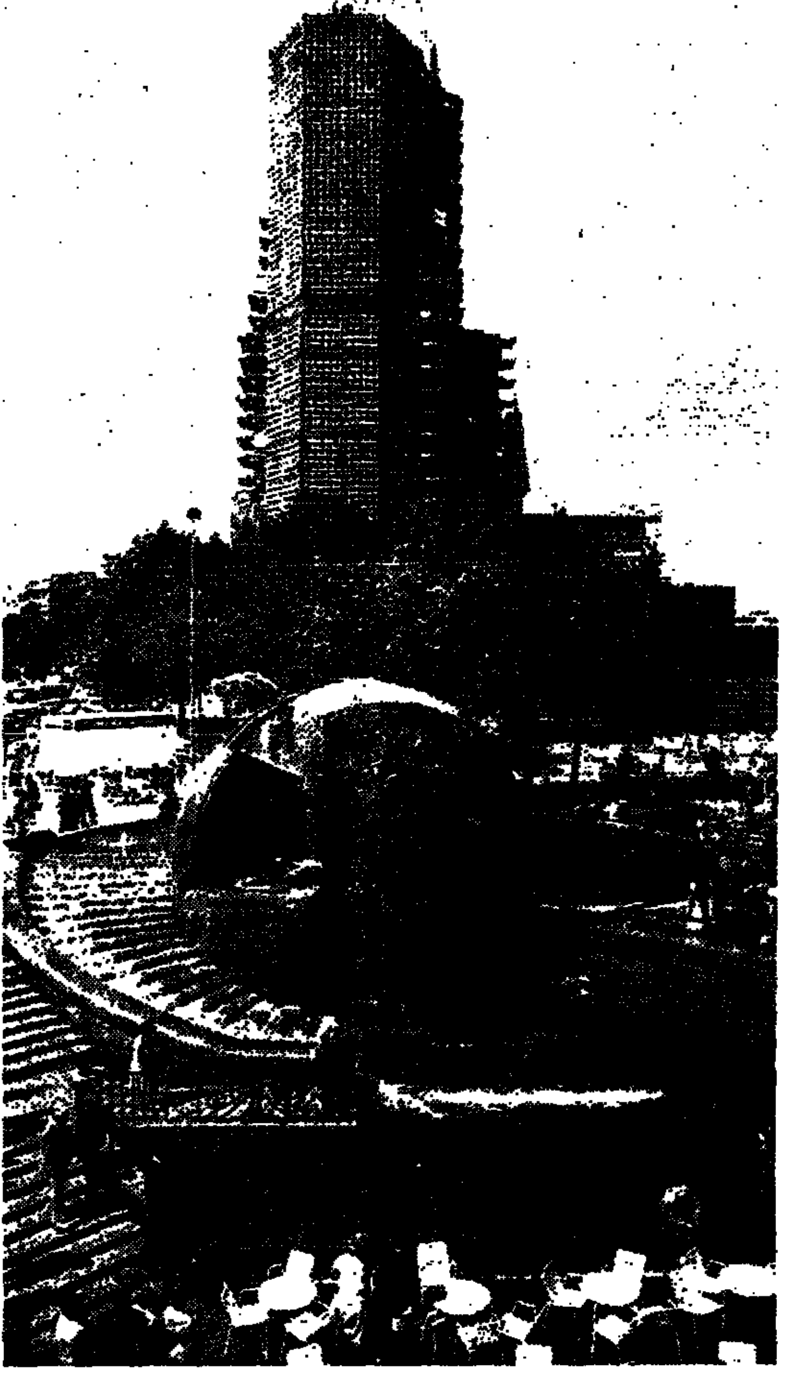
Die Entscheidung fiel schon, Ehre, wem Ehre gebührt, unter dem „grünen" SPD-Senator Harry Ristock. CDU-Bauressortchef Ulrich Rastemborski zog nun den Schieber vor den gestauten Wassermassen heraus und gab dem flüssigen Element seine verschlungenen Bahnen frei.

Einen „Brunnen zum Anfassen" nennt der Berliner Professor Joachim Schmettau sein Sechs-Millionen-Werk. „Entspannen, plaudern und, wenn's not tut, auch mal die pflastermüden Füße kühlen" – so will er seine Kunst verstanden wissen. Der Sinngehalt der rund fünf Meter hohen und gespaltenen Weltkugel aus rötlichem Montfort-Granit liegt auf der Hand – Berlin und die Welt, sie sind gleichermaßen gespalten.

Rings um das Zentrum tummelt sich ein Mikrokosmos von Bronzefiguren: der Arbeiter Harry, eine Frau beim Blumengießen, die Arche Noah, ein Krokodil, das Sternbild des Stiers, ein Liebespaar. Gegossen hat dies alles in seiner weltberühmten Werkstaat ein Prominenter unserer Tage – Hermann Noack, Eigner der „Admiral's-Cup"-Mitgewinnerin „Sabina" und Schöpfer der anmutigen Quadriga auf dem Brandenburger Tor: Das Gespann galoppierte noch vor dem Mauerbau in einer Ost-West-Aktion wieder in Richtung der berühmten „Linden".

Berlins neue Kraftakte, wieder unter positiven Vorzeichen bilanziert zu werden, richten sich nicht nur auf diese Piazza. Als „Visitenkarte Berlins" will Wirtschaftssenator Elmar Pieroth den Kurfürstendamm herrichten. „Wir haben den Trend zur St.-Paulisierung und zur Buletten-Meile zumindest gestoppt." Jeder verhinderten Peepshow-Etablierung, jeder neuen Boutique, jedem First-Class-Shop gilt seither eine Siegesmeldung des Senators. Jede mißlungene Mietpreiserhöhung am ehemaligen Reitweg des alten Bismarck wird mit einer Fanfare bedacht. Berlin macht sich wieder...

Aber bis jemand wie Gregor von Rezzori wieder über den Boulevard schreiben kann, vergehen gewiß noch Jahre: „Er... fand sich auf dem Kurfürstendamm, Garküchenwärme-Stimmgesumm-Nachtwind-Benzin-parfumumflossen, unter einem Himmel strahlender Gestirne: Wie in einem morgenländischen Märchen füllte sich Kupferbergs Sektglas geisterhaft glitzernd bis zum Rand... und drüben pulsierte Charleys schmissiger Namenszug krokusfarben im Indigo der Nacht..."



Sechs Millionen Mark ließ sich Berlin die gespaltene Weltkugel aus Granit am Fuße der Gedächtniskirche kosten. FOTO: MROTZKOWSKI

Im Sternbild des Schwan liegt eine „Fabrik"

Deutsche Forscher stießen auf Geburtsstätte junger Sterne

dpa, **Hamburg**

Eine neue Geburtsstätte junger Sterne am Rande des Milchstraßensystems vermuten deutsche Wissenschaftler. In der Region des Nordamerika- und des Pelikan-Nebels im Sternbild Schwan fanden sie durch radioastronomische Messungen Hinweise auf mindestens acht solcher Sterne, in denen bereits Kern-Prozesse wie in der Sonne ablaufen. Die Sterne lassen sich nur im Radio- oder vielleicht im Infrarotbereich beobachten, weil die sie umgebenden dichten Gas- und Staubwolken optische Strahlung völlig abschirmen.

Wie Professor Heinrich J. Wendker mit seinen Mitarbeitern von der Hamburger Sternwarte und in Zusammenarbeit mit J. W. M. Baars vom Max-Planck-Institut für Radioastronomie in Bonn in der neuesten Ausgabe der europäischen Fachzeitschrift „Astronomy and Astrophysics" berichtet, ist diese Entdeckung das Ergebnis einer radioastronomischen Neukartierung der Region des Nordamerika-/Pelikan-Nebel-Komplexes. Außerdem wurde die Entfernung dieses Gebietes turbulenter interstellarer Materie neu mit 1650 Lichtjahren (ein Lichtjahr = 9,4 Billionen Kilometer) bestimmt. Frühere Angaben reichten von 600 bis 3300 Lichtjahren.

Schon lange weiß man, daß es im Milchstraßensystem zahlreiche Nebel aus Gas und Staub gibt, die als Geburtsstätten neuer Sterne gelten. Amerikanische Forscher haben in den letzten Jahren ihre Anzahl auf 5000 hochgerechnet und ermittelt, daß sie zum größten Teil in einem breiten Ring zwischen 12 000 und 24 000 Lichtjahren um das Zentrum der Galaxis stehen.

Nordamerika- und Pelikan-Nebel sind optisch zwei galaktische Nebel, in denen das interstellare Gas, aufgeheizt durch heiße Sterne, hell leuchtet. Wendker hatte jedoch schon 1968 nachgewiesen, daß beide Nebel Teile eines ausgedehnten Gebietes ionisierten Wasserstoffs sind, d. h., durch die Aufheizung auf 10 000 Grad werden die Wasserstoffatome in ihre Bestandteile (Elektron und Proton) zerlegt.

Kohlenstoffmonoxid-Beobachtungen der letzten Jahre führten zu dem Schluß, daß die dem Nordamerika-/Pelikan-Nebel-Komplex vorgelagerte Dunkelwolke eine riesige Molekülwolke von rund 50 000 Sonnenmassen und ein potentielles Entstehungsgebiet neuer Sterne ist. Diese Dunkelwolke verschluckt mit ihrem extrem dichten Gas und Staub das Licht der dahinterstehenden Sterne. Mit Radioteleskopen konnten die deutschen Forscher jedoch durch die Dunkelwolke in den ionisierten „Hinterhof" der Stern-Fabrik sehen. Wendker und seine Mitarbeiter benutzten dazu das größte vollbewegliche Radioteleskop der Welt in Effelsberg bei Bonn mit seiner 100-Meter-Parabolantenne sowie das hochauflösende Radiointerferometer im holländischen Westerbork.

In der Verteilung der Strahlungsintensität traten acht besonders geformte Zentren hinter der Dunkelwolke auf, von denen die deutschen Wissenschaftler auf die Standorte von acht jungen Sternen der Spektralklasse 0 schließen. Sterne dieser Kategorie sind heiß und massereich, doch ist ihnen nur ein relativ kurzes Leben beschieden (weniger als zehn Millionen Jahre, unser Sonnensystem ist 4,5 Milliarden Jahre alt).

WETTER: Weiterhin sommerlich

Wetterlage: Bei geringen Luftdruckgegensätzen über Mitteleuropa bleibt warme, im Südwesten zum Teil auch feuchte Luft für Deutschland wetterbestimmend.

Deutscher Wetterdienst 16. August 1983, nachm.

Vorhersage für Mittwoch:

Nord-, Westdeutschland und Raum Berlin: In den Küstengebieten zeitweise bewölkt, sonst sonnig. Allgemein niederschlagsfrei.

Südwest- und Süddeutschland: Teils heiter, teils wolkig. Einzelne Wärmegewitter. Nachmittags 25 bis 30 Grad, nachts 13 bis 17 Grad.

Weitere Aussichten:

Gewitterneigung auch im Süden abnehmend. Im ganzen freundlich. Weiterhin sommerlich warm.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	24°	Kairo	29°
Bonn	24°	Kopenh.	23°
Dresden	26°	Las Palmas	23°
Essen	22°	London	21°
Frankfurt	24°	Madrid	23°
Hamburg	24°	Mailand	24°
List/Sylt	19°	Mallorca	28°
München	25°	Moskau	18°
Stuttgart	25°	Nizza	26°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	21°	Paris	23°
Athen	28°	Prag	24°
Barcelona	28°	Rom	26°
Brüssel	22°	Stockholm	19°
Budapest	25°	Tel Aviv	30°
Bukarest	24°	Tunis	28°
Helsinki	16°	Wien	25°
Istanbul	25°	Zürich	24°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.12 Uhr, Untergang: 20.39 Uhr, Mondaufgang: 17.57 Uhr, Untergang: –.– Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Chinas Männer lassen wieder die Muskeln spielen

GRAHAM EARNSHAW, **Shanghai**

Gut zwei Jahrzehnte lang war Bodybuilding in der Volksrepublik China als Zeichen bourgeoiser westlicher Dekadenz verpönt. Damit ist es vorbei. Chinas Männer dürfen wieder ihre Muskeln spielen lassen und sich in Zentren für Bodybuilding jene Muskelpakete auf den Leib trainieren, über die die Meinungen auch diesseits der großen Mauer auseinandergehen.

Obwohl ein paar Hänflinge noch ideologische Rückzugsgefechte gegen den neuen Trend führen, wächst der Zustrom im Sportpalast von Shanghai, wo Abend für Abend die Werktätigen im Schweiße ihres Angesichts Gewichte stemmen. Diese angehenden Muskelmänner ignorieren ihre ideologischen Kritiker einfach und schauen lieber in den Spiegel – ein Trend, der im ganzen Land zu beobachten ist.

Der Organisator des Trainingszentrums für Bodybuilding in Shanghai, Lou Zhouyu, erzählt: „Wir starteten die Abendklassen für Bodybuilding im März 1981. Jedesmal wenn wir einen neuen Anfängerkurs ankündigen, stehen draußen über 700 Leute Schlange." Sinn und Zweck dieser Muskel-Abendschule sieht er in den Wünschen und Bedürfnissen junger Männer, „die einen schönen Körper haben und physisch fit werden wollen. Viele chinesische Jungs sind ja so dünn wie Bohnenstangen. Bodybuilding verleiht ihnen eine maskuline Schönheit."

Im vorigen Monat wurde in Shanghai der erste nationale Wettbewerb im Bodybuilding ausgetragen. Wang Yuyi, ein 31jähriger Werktätiger, der dabei auf den zweiten Platz kam, stimmte der Ansicht des Sport-Organisators über die Motivation zu: „Einige Leute qualifizieren Bodybuilding als bourgeois und Zeitverschwendung ab. Ich habe Bodybuilder zum ersten Mal in ausländischen Zeitschriften gesehen, und ich dachte: Wenn die das können, warum sollten wir Chinesen es nicht auch können? Ich ließ es auf einen Versuch ankommen."

Wird es eines Tages auch einen chinesischen Mr. World oder Mr. Universe geben? Lou hat bereits Verbindung zu dem internationalen Verband für Bodybuilding aufgenommen, aber er glaubt nicht so recht daran, daß ein chinesischer Adonis bis auf weiteres an internationalen Wettbewerben der Muskelmänner teilnehmen wird. Chinas Bodybuilder seien sämtlich Amateure, die nicht die Zeit hätten, die überdimensionalen Muskeln zu entwickeln, wie sie für einen internationalen Sieg nötig seien: „Unsere Leute bekommen auch nicht ausreichend Nährstoffe."

Inzwischen nehmen auch Frauen am Bodybuilding-Training teil. Das Geschrei darüber sei groß gewesen. Eines steht fest: Nationale Wettbewerbe der Frauen wird es nicht geben. „Im Westen tragen diese Frauen Bikinis. Das würde man in China auf keinen Fall zulassen", versicherte Lou Zhouyu.

Kakteen sind die letzte Rettung für die Rinderherden von Texas

Mit der „großen Dürre" droht den Vereinigten Staaten eine katastrophale Mißernte

WOLFGANG WILL, *New York*

Der Bauer im US-Mittelwesten steht am Rande seines Maisfeldes, er bückt sich, hält seine Hand über die Spitze des Kolbens und seine verdorrten, braungebrannten, versengten Blätter – der Mais steht in Kniehöhe. Der Mann ist den Tränen nahe: „Jetzt, Mitte August, müßte das alles mannshoch sein..." Diese Szene illustriert die Situation großer Landwirtschaftsgebiete der USA, im Mittelwesten, im Süden, im Südwesten einschließlich Texas: Eine seit Wochen andauernde Hitzewelle mit Temperaturen um die 35 Grad Celsius ohne einen einzigen Tropfen Regen hat zu einer Trockenheit geführt, die schon als „die große Dürre" bezeichnet wird. Die Aussichten für Amerikas Landwirtschaft, Ackerbau und Viehzucht gleichermaßen, sind deprimierend, eine Mißernte ist unausweichlich.

Maispreise stark gestiegen

„Das alles ist längst nicht mehr nur erschreckend", urteilt der Mais-Farmer Norman Megginson, „das hier – das ist die Katastrophe." Das Landwirtschaftsministerium in Washington sagte soeben voraus, daß die amerikanischen Maiserträge 38 Prozent unter denen des Vorjahres zurückbleiben und damit die niedrigsten seit neun Jahren sein werden. Mais aber ist die Hauptfutterquelle für Schlachtrinder, Milchkühe und Geflügel, so daß Auswirkungen auf die Viehzucht nicht ausbleiben können. Der Farmer Bob van Horn in Bloomfield, Iowa, baut seinen eigenen Futtermais an, rechnet damit, daß er weniger als ein Viertel der Vorjahresernte einbringen kann, so daß ihm nur dies übrigbleibt: Er muß den Bestand seiner 300 Schlachtschweine, 40 Rinder und 80 Milchkühe reduzieren. Der Ausweg, Mais auf dem Markt zu kaufen – vorwiegend aus Einlager- oder Überschußbeständen vorangegangener guter Erntejahre –, würde ihn, so sagt er, „ruinieren", denn die Mais-Preise sind zu sehr gestiegen.

Bei Weizen, Sojabohnen und bei den Baumwoll-Farmern im Süden sieht es nicht besser aus. In Texas sind die Rancher dazu übergegangen, mit Flammenwerfern die Stacheln von den großen Kakteen, die wild und in großer Anzahl auf den Weiden wachsen, abzubrennen, so daß sich die Rinder an ihnen laben können – das Weidegras ist verdorrt und verbrannt. Kühe und Rinder magern ab, Kälber erreichen oft nur die Größe von Schäferhunden – deutliche Anzeichen der Unterernährung.

Lamesa in Texas ist ein reines Baumwollanbaugebiet. Ein ganzer Landkreis ist völlig von den Baumwollernteergebnissen abhängig – Fazit, schon jetzt: Die Einzelhandelsumsätze sind stark zurückgegangen.

Das Wetter spielt verrückt

Die große Dürre, die im Herbst und Winter zwangsläufig zu steigenden Lebensmittelpreisen führen muß, ist Teil einer äußerst bizarren und ungewöhnlichen Witterung, von der die USA in diesem Jahr heimgesucht werden: Im Frühjahr wurden die heftigen Regenfälle zur Sintflut, sättigten das Erdreich in einem Ausmaß wie nie zuvor, seit entsprechende Daten gesammelt werden – dann setzte Anfang Juli eine Serie von beispiellosen Hitzewellen ein, deren letzte noch immer nicht gebrochen ist. Neben Illinois, Iowa und Indiana ist West-Texas am schlimmsten betroffen: Dort mangelt es seit 18 Monaten an Niederschlägen, und das ist damit Amerikas längste und schlimmste „große Dürre". (SAD)

Rotes Licht bei Radio Caroline

Nach drei Jahren Funkstille geht der berühmteste Ätherpirat wieder auf Sendung

HELMUT VOSS, **London**

Ein seltsamer Trawler schwimmt seit einigen Tagen in der sommerlich ruhigen Dünung der Themsemündung vor dem Seebad Margate. Das genau zwanzig Meilen vor der Küste verankerte, rotweiße Schiff ist nach einem John-Lennon-Song „Imagine" getauft worden und ist anstelle von Fanggeschirr mit einem hundert Meter hohen Sendemast ausgerüstet. Ausrüstung, Name und vor allem die Entfernung von der Küste kommen nicht von ungefähr: Der in Island gekaufte 970-Tonner, der früher den wesentlich kernigeren Namen „Ross Revenge" getragen hatte, soll noch in dieser Woche als Nachfolger von „Radio Caroline", dem berühmtesten aller Piratensender, den Sendebetrieb aufnehmen. Die Erkennungsmelodie für 8,5 Millionen mögliche Hörer im Sendebereich beiderseits des Ärmelkanals wird das melancholisch-klagende „Imagine" sein, die Position auf der Mittelwellenskala wird bei 319 Metern liegen. Der für das vergangene Wochenende geplante Start mußte auf heute verschoben werden, weil es in letzter Minute Probleme mit einem Isolator gegeben hatte.

Flotte Unterhaltung

„Radio Caroline" war in den sechziger Jahren die Stimme von „Swinging London", ein zum Kult gewordenes Freibeuterunternehmen, daß der seinerzeit auf altmodische Unterhaltungsmusik eingeschworenen BBC vormachte, wie man junge Leute flott unterhalten kann. 1964 von dem damals 24jährigen irischen Klubbesitzer Ronan O'Rahilly ins Leben gerufen, sendete „Radio Caroline" jahrelang von Bord des vor der Küste Ostenglands verankerten Motorschiffes.

Als einziger schwimmender Piratensender überlebte „Radio Caroline" ein 1967 verabschiedetes britisches Gesetz, das jede Unterstützung von Ätherpiraten unter Strafe stellte. Erst das Wetter erzwang schließlich eine Sendepause, als die „Mi Amigo" auf Grund lief und sank.

Für das Wiederauferstehen von „Radio Caroline" ist erneut der noch immer lang-, inzwischen aber auch weißhaarige O'Rahilly verantwortlich. Der fast krankhaft menschenscheue Ätherpirat – er hat in seiner Londoner Wohnung kein Telefon und ist nur über seine Lieblingsrestaurants zu erreichen – versuchte seinen Popdampfer erstmals vor eineinhalb Jahren mit amerikanischer Hilfe wieder flottzumachen: Dann überwarf er sich aber mit seinen Kompagnons und war lange durch Gerichtsverfahren in mehreren Ländern zu Untätigkeit verdammt.

Mittlerweile sind die Probleme, „die klassische Geschichte vom Kampf zwischen Idealismus und Gier", (ein O'Rahilly-Mitarbeiter) überwunden. Die „Imagine" wurde für umgerechnet vier Millionen Mark in ein zwar immer noch leicht nach Fisch riechendes, aber hochmodernes Plattenstudio umgerüstet. Mehrere internationale Großunternehmen versprachen finanzielle Unterstützung und auch Amerikas bekanntester Plattenjockey „Wolfman" Jack gab Schützenhilfe.

Doch auch BBC tut etwas

Kenner der englischen Popszene bezweifeln allerdings, daß O'Rahilly mit seinem nach Caroline Kennedy genannten Themse-Trawler einen ähnlichen Marktanteil wird zurückerobern können wie in den goldenen sechziger Jahren. Die BBC hat ihr Hörprogramm inzwischen drastisch umorganisiert und Programme für junge Leute gestartet, bei denen ehemalige „Radio-Caroline"-Plattenjokkeys für Stimmung sorgen. Außer ihnen gibt es mittlerweile kommerzielle Sender wie „Capital Radio" und zahlreiche von Land aus operierende Piratensender. Die Crew von „RC" aber ist optimistisch.

Sechs Plattenjockeys befinden sich bereits an Bord. Einer von ihnen, Andy Archer, versprach: „Wir werden uns bewußt zurückhalten. Die Musik ist der wichtigste Aspekt bei uns. Wenn nötig, werden wir Jockeys ein paar intelligente Sätze von uns geben. Es wird aber nicht dieses nervtötende Gequatsche geben wie bei „Radio 1' der BBC." (SAD)

„Ufo" ließ Verabredung platzen

SAD, **Paris**

Rund tausend Menschen warteten in der Nacht zum Dienstag vergeblich auf die Ankunft eines Ufos mit „kleinen grünen Männchen" aus dem Weltall an Bord, die für 21 Uhr vorausgesagt war. Die Ufo-Gläubigen waren aus ganz Frankreich und sogar Belgien und Großbritannien zu einem Rübenacker bei Cergy-Pontoise nördlich von Paris gekommen. Sie hatten Fotoapparate und Kassettenrecorder mitgebracht, und einer war gar in einer Art Raumfahrtanzug mit Köfferchen in der Hand gekommen, um mit dem Ufo gleich wegfliegen zu können.

Auf dem Acker bei Cergy-Pontoise war am 26. November 1979 der 19jährige Frank Fontaine verschwunden, angeblich vor den Augen von zwei Freunden von den Insassen eines Ufos „entführt". Er tauchte erst eine Woche später wieder auf und veröffentlichte mehrere Monate darauf ein Buch mit der Erzählung seiner wunderbaren Erlebnisse bei den Weltraumbewohnern. Einer der beiden Freunde, der die „Entführung" miterlebte, hatte unter Hypnose verkündet, das Fahrzeug aus dem All würde am 15. August 1983 um Punkt 21 Uhr wieder auf dem Acker bei Cergy-Pontoise landen.

Bluttat mit Zuschauern

AFP, **Peking**

Gleichgültig sahen 40 Mitreisende in einem Zug der Ermordung einer jungen Chinesin durch ihren Ex-Verlobten zu. Wie die Tageszeitung „Yunnan Ribao" meldete, stach der eifersüchtige Mann zehnmal mit dem Messer auf sein Opfer ein. Auf die Hilfeschreie der jungen Frau habe keiner der Mitreisenden reagiert. Auch zwei hochrangige Verwaltungsbeamte hätten dem Geschehen teilnahmslos zugeschaut.

Beweise sicherstellen

dpa, **Wien**

Österreich wartet mit einer für Autofahrer unangenehmen Neuerung auf: Bei Unfällen mit reinen Sachschäden nimmt die österreichische Polizei nur noch Unfallort, Uhrzeit, die persönlichen Daten der Beteiligten und die augenfälligen Schäden am Fahrzeug auf. Die Concordia-Versicherung empfiehlt deshalb jedem Autofahrer, unbedingt selbst die nötigen Beweise wie Fotos von der Unfallstelle und der Stellung der beteiligten Fahrzeuge zueinander, das Vermessen von Bremsspuren und Zeugenanschriften zu beschaffen.

Revision eingelegt

rtr, **Düsseldorf**

Nach dem Hauptangeklagten Manfred Otto Rieper (30) hat gestern auch die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil im Düsseldorfer „Polizisten-Prozeß", bei dem es um die Mißhandlung von Stadtstreichern ging, Revision eingelegt. Staatsanwalt Dieter Berger begründete den Antrag mit dem niedrigen Strafmaß für Rieper.

Zu viele Nackte

SAD, **Port Grimaud**

Im romantischen Mittelmeer-Hafenstädtchen Grimaud fiel in diesem Jahr das traditionelle Fest der Fischer blanken Busen zum Opfer. Der Pfarrer von Grimaud weigerte sich, die Fischer und Segelboote von Port Grimaud zu segnen, weil an Deck der Segelboote zu viele barbusige Frauen lagen.

Turbo-Premiere

rtr, **St. Louis**

Chrysler, drittgrößter Automobilhersteller der USA, hat gestern mit der Produktion der ersten in den Vereinigten Staaten hergestellten Turbolader-Sportwagen mit Vorderradantrieb begonnen.

Paßzwang abgeschafft

AFP, **Rabat**

Deutsche Urlauber brauchen bei Reisen nach Marokko künftig keinen Reisepaß mehr, sondern nur noch ihren Personalausweis. Gleichzeitig schaffte Rabat den Paßzwang auch für Schweizer, Österreicher, Franzosen, Briten, Norweger, Finnen, Schweden, Dänen, Holländer und Spanier ab.

Mission verlängert

AFP, **Washington**

Der am 30. August beginnende Flug der amerikanischen Raumfähre Challenger ist von der Nasa um einen Tag auf sechs verlängert worden. Die Nasa will der Besatzung mehr Zeit für Tests mit dem Fernmeldesatelliten TDRS-A geben.

ZU GUTER LETZT

„Falscher Geistlicher kippte Hochgeistiges und dann vom Hocker." Überschrift einer dpa-Meldung.